

Rainer Hering/Meik Woyke (Hrsg.)

## **Perspektiven auf Helmut Schmidt**

Rainer Hering/Meik Woyke (Hrsg.)

## **Perspektiven auf Helmut Schmidt**

---

Beiträge aus dem  
**Archiv der sozialen Demokratie**  
Heft 23

Friedrich-Ebert-Stiftung  
Archiv der sozialen Demokratie

## **IMPRESSUM**

Beiträge aus dem **Archiv der sozialen Demokratie**

herausgegeben von Anja Kruke und Stefan Müller

Archiv der sozialen Demokratie

der Friedrich-Ebert-Stiftung

Godesberger Allee 149

53175 Bonn

Kostenloser Bezug beim Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung

[public.history@fes.de](mailto:public.history@fes.de)

<https://www.fes.de/bibliothek/fes-publikationen>

Der Text dieser Publikation unterliegt der Creative Commons Lizenz CC BY-NC-ND

4.0. Unter Nennung des Urhebervermerks darf dieser für nicht-kommerzielle

Zwecke verwendet und unter gleichen Bedingungen weitergegeben werden.

Weiterführende Hinweise zu dieser CC-Lizenz und dem ihr zugrunde liegenden

Standardlizenzvertrag finden sich unter:

<https://creativecommons.org/licenses/?lang=de>

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0/legalcode.de>

Redaktion:

PD Dr. Stefan Müller

Gestaltung und Satz:

PAPYRUS – Lektorat + Textdesign, Anja Rosenthal, Buxtehude

Umschlag:

Kreativrudel GmbH & Co. KG, Bonn

Bildnachweise (Umschlag):

Bild Vorderseite: Helmut Schmidt, 1973 (Rechte und Quelle: J. H. Darchinger/FES, AdsD, 6/FJHD001600)

Bild Rückseite: Helmut Schmidt, 1974 (Rechte und Quelle: J. H. Darchinger/FES, AdsD, 6/FJHD006045)

Druck:

Druckerei Brandt GmbH, Bonn

Printed in Germany 2024

ISBN 978-3-98628-530-2

ISSN 1431-6080

# Inhalt

Rainer Hering/Meik Woyke

## **Einleitung**

**Über Helmut Schmidt reden und forschen** ..... 5

Rainer Hering

## **Brücken in den Osten. Die DDR-Reisen Helmut Schmidts**

**1983 bis 1989** ..... 11

Małgorzata Świder

## **»Kumpelbeziehungen zu den Kommunisten« oder eine verantwortungsvolle Politik?**

**Über die schwierige Partnerschaft der SPD zur Volksrepublik Polen** ..... 19

Meik Woyke

## **Ungleiche Partner: Die Neue Ostpolitik als Thema des**

**Briefwechsels zwischen Willy Brandt und Helmut Schmidt** . 55

Rainer Hering

**Helmut Schmidts christlicher Glaube** ..... 67

Volker Berghahn

## **Helmut Schmidt und die Vereinigten Staaten von**

**Amerika** ..... 81

Jennifer L. Rodgers

## **Averting Oblivion? Archival Access and the International**

**Tracing Service in the 1970s** ..... 99

**Zu den Autorinnen und Autoren** ..... 117



Rainer Hering/Meik Woyke

## Einleitung

# Über Helmut Schmidt reden und forschen

---

### Forschungsstand und historische Kontextualisierung

An Biografien über Helmut Schmidt herrscht kein Mangel. Besonders hervorsteicht das zweibändige Werk von Hartmut Soell, das 2003 und 2008 noch zu Lebzeiten des Sozialdemokraten und ehemaligen Bundeskanzlers erschienen ist.<sup>1</sup> Daneben gibt es Bücher von Journalisten wie Gunter Hofmann (2015)<sup>2</sup>, die sich – auf Basis von historischen Quellen geschrieben und in Kenntnis ausgewählter Sekundärliteratur – vornehmlich an ein breiteres Publikum richten. Auch kompakte Einführungen in die Biografie und das politische Wirken Schmidts<sup>3</sup> zielen auf diese Leserschaft.

Daneben existieren Analysen zu bestimmten thematischen Schwerpunkten, etwa zu Helmut Schmidts politischer Sozialisation nach dem Zweiten Weltkrieg im Sozialistischen Deutschen Studentenbund<sup>4</sup>, seinem philosophischen, soziologischen und religiösen Wertekanon<sup>5</sup>, zu seinem Handeln als Fraktionsvorsitzender der SPD während der ersten Großen Koalition (1966/67–1969) im Deutschen Bundestag<sup>6</sup>, zu seinen verteidigungs- und sicherheitspolitischen Grundüberzeugen<sup>7</sup>,

---

1 *Hartmut Soell*, Helmut Schmidt 1918–1969. Vernunft und Leidenschaft, München 2003; *ders.*, Helmut Schmidt 1969 bis heute. Macht und Verantwortung, München 2008.

2 *Gunter Hofmann*, Helmut Schmidt. Soldat, Kanzler, Ikone, München 2015.

3 *Meik Woyke*, Helmut Schmidt. 100 Seiten, Ditzingen 2018.

4 *Uwe Rohwedder*, Helmut Schmidt und der SDS. Die Anfänge des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes nach dem Zweiten Weltkrieg, Bremen 2007.

5 *Henning Albrecht*, »Pragmatisches Handeln zu sittlichen Zwecken«. Helmut Schmidt und die Philosophie, Bremen 2008; *Rainer Hering*, »Aber ich brauche die Gebote...«. Helmut Schmidt, die Kirchen und die Religion, Bremen 2012; *Karl-Josef Kuschel*, »Dass wir alle Kinder Abrahams sind...«. Helmut Schmidt begegnet Anwar as-Sadat. Ein Religionsgespräch auf dem Nil, Ostfildern 2018.

6 *Andrea H. Schneider*, Die Kunst des Kompromisses: Helmut Schmidt und die Große Koalition 1966–1969, Paderborn 1999.

7 *Detlef Bald*, Politik der Verantwortung. Das Beispiel Helmut Schmidt. Der Primat des Politischen über das Militärische 1965–1975, Berlin 2008.

seinem Verhältnis zu und geschicktem Spiel mit den Medien<sup>8</sup> sowie zur Etablierung der Weltwirtschaftsgipfel in den 1970er-Jahren als ökonomische Dialogplattform auf höchster Ebene<sup>9</sup> – um nur einige Beispiele aus der Fülle der Literatur zu nennen.

Hier setzt diese Publikation an – auch die beiden Herausgeber des vorliegenden Bandes sind mit Arbeiten über Helmut Schmidt hervorgetreten –, führt aber darüber hinaus, indem sie neue Akzente auf bisher wenig bearbeiteten Politikerfeldern in der Schmidt-Forschung setzt. Hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang die Neue Ostpolitik mit besonderem Augenmerk auf Schmidts Verhältnis zur DDR und zu Polen sowie die Längsschnittanalyse des USA-Bilds von Helmut Schmidt und dessen anhaltende Wirkung auf seine Politik als Bundesminister und fünfter Kanzler der Bundesrepublik Deutschland. Schmidt war anglophon geprägt, bereits 1932 führte ihn ein Schüleraustausch ins britische Manchester<sup>10</sup>, und fraglos ein überzeugter Transatlantiker, was sein dezidiertes Eintreten für den NATO-Doppelbeschluss untermauerte. Frankreich – um eine aussagekräftiges Bonmot Von Hélène Miard-Delacroix zu paraphrasieren<sup>11</sup> – hat er im Grunde nicht richtig verstanden, wohl aber habe die Europäische Gemeinschaft und der Rat von seiner politischen Freundschaft mit dem französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing ungemein profitiert. Die in dieser Publikation versammelten Beiträge gehen auf Vorträge zurück, die in den USA gehalten wurden, und sollen diese nun in die deutsche Diskussion einspeisen.

---

8 *Astrid Zipfel*, *Der Macher und die Medien. Helmut Schmidts politische Öffentlichkeitsarbeit*, Tübingen/Stuttgart etc. 2005; *Thomas Birkner*, *Mann des gedruckten Wortes. Helmut Schmidt und die Medien*, Bremen 2014.

9 *Johannes von Karczewski*, »Weltwirtschaft ist unser Schicksal«. *Helmut Schmidt und die Schaffung der Weltwirtschaftsgipfel*, Bonn 2008.

10 *Manchester Evening Chronicle*, 18.7.1932.

11 *Hélène Miard-Delacroix*, *Willy Brandt, Helmut Schmidt und François Mitterrand. Vom Komitee gegen »Berufsverbote« 1976 bis zum Streit um die Mittelstreckenwaffen 1983*, in: *Horst Möller/Maurice Vaisse* (Hrsg.), *Willy Brandt und Frankreich*, München 2005, S. 231–245; vgl. auch *Michael Wirth*, *Die Deutsch-Französischen Beziehungen während der Kanzlerschaft von Helmut Schmidt (1974-1982). »Bonne Entente« oder öffentlichkeitswirksame Zweckbeziehung?*, Berlin 2007.

## Abstracts der einzelnen Beiträge

Angesichts der internationalen Bedeutung Helmut Schmidts wird über ihn auch im Ausland geforscht. Gerade in den USA und Kanada kommt der interdisziplinären Zusammenarbeit eine große Bedeutung zu. Deutlich wird das im Feld der German Studies, das alle zum deutschsprachigen Raum arbeitenden Disziplinen, die in Deutschland akademisch getrennt sind, zusammenfasst: Germanistik, Geschichtswissenschaft, Politikwissenschaft, Soziologie, Archivwissenschaft, historische Musikwissenschaft, Kunstgeschichte, Kirchengeschichte, Medizingeschichte und Wirtschaft. Geographisch liegt der Schwerpunkt auf Deutschland, Österreich und der Schweiz, zeitlich auf dem 20. Jahrhundert.

Die wichtigste Organisation im Bereich der German Studies in Nordamerika ist die German Studies Association (GSA). Gegründet 1976 als Western Association for German Studies (WAGS), wurde sie 1984 in German Studies Association umbenannt. Auf zwei Jahrestagungen 2013 in Denver/Colorado und 2016 in San Diego wurden Sektionen zu Helmut Schmidt angeboten, deren Beiträge hier publiziert werden, um sie in die deutsche Diskussion einzuspeisen.

Rainer Hering untersucht die DDR-Reisen Helmut Schmidts zwischen 1983 und 1989. Nur wenig bekannt ist, dass er nach dem Ausscheiden aus dem Amt des Bundeskanzlers kontinuierlich zu öffentlichen Vorträgen und Gesprächen im kirchlichen Kontext in der DDR gewesen ist. Über den institutionalisierten Katholizismus und Protestantismus liefen viele Kontakte zwischen der Bundesrepublik und der DDR, wurden Informationen über die Lage vor Ort ausgetauscht und politische Signale gesendet, die auf offiziellen Kanälen nicht hätten kommuniziert werden können. Die kirchliche Ebene bot die Möglichkeit, das Terrain für politische Schritte im Vorwege zu sondieren und Reaktionen einzuholen, ohne dass sich eine Seite offiziell festlegen musste. Außerdem wurde letztlich vielen Menschen in der DDR über den kirchlichen Kontakt geholfen bzw. ihnen die Ausreise in den Westen ermöglicht. Unbefangener als während seiner Zeit in hohen Staatsämtern konnte Helmut Schmidt nunmehr Gespräche führen und zugleich den Bürgerinnen und Bürgern in der DDR durch seine Präsenz zeigen, dass die bundesdeutsche Politik sie nicht vergessen habe, sondern sich weiterhin konkret für sie einsetzen werde. Diese Signale wurden von der Bevölkerung gehört. Zugleich bot der kirchliche Kontext Gesprächsmöglichkeiten, die nur in diesem Raum möglich waren.

Małgorzata Swider analysiert die außergewöhnlich schwierigen deutsch-polnischen Beziehungen, die ja aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges und der daraus folgenden Grenzverschiebungen resultieren. Die ersten Versuche, die deutsch-polnischen Beziehungen zu normalisieren, sind untrennbar mit der »neuen Ostpolitik« verbunden, die von der deutschen Sozialdemokratie geschaffen wurde. Dank der Umorientierung in der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland kam es zur Unterzeichnung der Ostverträge. Das Abkommen vom Dezember 1970 und die symbolische Geste von Willy Brandt in Warschau eröffneten ein neues Kapitel der politischen Beziehungen zwischen beiden Staaten. Die SPD als Partei, die mitregierte und die Ostpolitik schuf, wurde zum geforderten politischen Partner Warschaus. Zu Beginn der 1980er Jahre kam es gleichzeitig mit der Entstehung des Unabhängigen Selbstverwaltungs-Gewerkschaftsbunds Solidarność zu Komplikationen in den Beziehungen der SPD zur Volksrepublik Polen. Neben Partnern aus Partei- und Regierungskreisen tauchte der Bedarf an Kontakten und Gesprächen mit der Opposition auf, die sich in der breiten Bewegung Solidarność konzentrierte. Die Furcht, dass die Spannungen eskalieren könnten, dominierten das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Volksrepublik Polen, wodurch zwei parallele Politiken entstanden: eine Politik der ausgebauten Kontakte zur Regierung und eine weniger hervorgehobene Politik der Hilfe für die Solidarność. Nachdem die SPD im Oktober 1982 ihre Macht verloren hatte, wurden weiterhin ausgebaut Beziehungen zur Regierungs- und Parteikreisen in Warschau aufrechterhalten. Gleichzeitig wurde die Taktik der Distanz in Bezug auf die Opposition angenommen, indem z.B. Treffen mit ihren Funktionären vermieden wurden, wofür die Haltung Willy Brandts im Dezember 1985 ein Beispiel sein kann. Dies bewirkte, dass viele ungünstige Meinungen zum Thema SPD und ihrer Verbindungen zu den kommunistischen Mächten aufkamen. Diese Meinungen haben für lange Zeit das vielschichtige Bild der Beziehungen der SPD zur Regierung und Opposition in Polen verdeckt, wobei es grundlegend auf die Wahrnehmung der Sozialdemokratie durch die Bevölkerung an der Weichsel Einfluss genommen hat.

Das Verhältnis von Willy Brandt und Helmut Schmidt gilt als kompliziert und schwierig, weil ihre Sozialisation, ihr Politikverständnis und ihr Führungsstil sich deutlich voneinander unterschieden. Dennoch verband die beiden führenden Sozialdemokraten neben ihrer Rivalität eine jahrzehntelange Partnerschaft, deren

Höhen und Tiefen in ihrem Briefwechsel facettenreich zum Ausdruck kommen, wie Meik Woyke herausgearbeitet hat. Die wechselseitige Korrespondenz von Brandt und Schmidt bietet tiefe Einblicke in die persönliche Beziehung der beiden Staatsmänner. Waren sie zunächst enge Weggefährten bei ihrem Aufstieg zu sozialdemokratischen Spitzenpolitikern, vertraten sie während der Großen Koalition (1966–1969) und später als Bundeskanzler in der sozial-liberalen Ära nicht selten gegenläufige Positionen. Trotz aller Meinungsverschiedenheiten und Rivalitäten arbeiteten Brandt und Schmidt jedoch immer wieder vertrauensvoll zusammen. Ihre politischen Differenzen und Kontroversen über die eigene Partei und deren Regierungspolitik, über die Nachrüstungsfrage sowie den Umgang mit der Ökologie- und Friedensbewegung machen den besonderen Reiz der Briefe aus.

Einen weiteren sehr persönlichen Aspekt Helmut Schmidts zeigt Rainer Hering auf. Er analysiert dessen Verhältnis zur Religion. Helmut Schmidt wird als protestantischer Christ geschildert, dessen Distanz zum Christentum im Laufe seines Lebens deutlich zunahm. Zugleich waren ihm Kirchen wichtig als Vermittler von ethischen Werten.

Angesichts der Tagungsorte lag die Frage nach Helmut Schmidts Verhältnis zu den Vereinigten Staaten von Amerika nahe. Während seines langen Lebens in der Politik besuchte Schmidt nach eigener Aussage die Vereinigten Staaten mehr als ein hundert Mal. Volker Berghahn untersucht Schmidts Einstellungen von der Zeit des »Dritten Reiches« bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts und arbeitet dabei die erheblichen Wandlungen in dessen Amerikabild in einem Zeitraum von mehr als 70 Jahren heraus.

Der Beitrag von Jennifer L. Rodgers fällt auf dem ersten Blick aus dem Rahmen, bietet aber doch wertvolle Perspektiven zur inhaltlichen Erweiterung dieser Publikation. Sie beleuchtet, tief aus den Quellen schöpfend, die Arbeit des Internationalen Suchdiensts in Bad Arolsen und stellt deren Wert für die historische Forschung und erinnerungskulturelle Bedeutung heraus. Einen wichtigen Hintergrund der Analyse bildet (neben der fragwürdigen Politik des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz) die Neue Ostpolitik, die – von Willy Brandt und Egon Bahr unter dem Leitbild »Wandel durch Annäherung« initiiert – von Helmut Schmidt

als Bundeskanzler fortgesetzt wurde, bis der NATO-Doppelbeschluss den Beginn des zweiten Kalten Kriegs<sup>12</sup> markierte.

## Forschungsperspektiven

Am Ende bleibt die Frage nach den Forschungsperspektiven. Weitere biografische Darstellungen über Helmut Schmidt, zumal nach der Arbeit seines langjährigen Lektors Thomas Karlauf über die »späten Jahre«<sup>13</sup>, sind kein Desiderat. Auch Untersuchungen zu Schwerpunkten und Einzelaspekten von Schmidts Leben und politischen Wirken dürften nicht mehr in großer Zahl erscheinen, obwohl manche Themengebiete durchaus lohnenswert wären, nicht zuletzt ein Blick auf seine Erfahrungen und Prägungen unter dem NS-Regime, die bisher wesentlich gestützt auf Ego-Dokumenten von Schmidt betrachtet worden sind.<sup>14</sup> Wesentlich tiefergehende Erkenntnisse verspricht es jedoch, die Politik von Helmut Schmidt in diachrone Analysen der bundesrepublikanischen Zeitgeschichte zu betrachten und dabei einen besonderen Akzent auf ihre deutsch-deutschen Verflechtungen und internationalen Beziehungen zu setzen.

---

12 Für den Begriff vgl. *Philipp Gassert/Tim Geiger/Hermann Wentker* (Hrsg.), *Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive*, München 2011.

13 *Thomas Karlauf*, *Helmut Schmidt. Die späten Jahre*, München 2016.

14 Die immer wieder zitierten und nacherzählten Bausteine lieferte Schmidt selbst durch seinen Beitrag in: *Kindheit und Jugend unter Hitler. Helmut Schmidt, Willi und Willfriede Berkhan, Ruth Loah, Ursula Philipp, Dietrich Strothmann, Hannelore Schmidt*, Berlin 1992. Die Verfasserin der einzigen Monografie, die bisher dazu erschienen ist, kann zwar damit punkten, die Wehrmachtsakte von Helmut Schmidt ausgewertet zu haben, neigt aber zu polemisch-einseitigen und damit zu wenig ausgewogenen Darstellungen. Vgl. *Sabine Pamperrien*, *Helmut Schmidt und der Scheißkrieg. Die Biografie 1918 bis 1945*, München/Zürich 2014.

Rainer Hering

## Brücken in den Osten. Die DDR-Reisen Helmut Schmidts 1983 bis 1989<sup>1</sup>

---

Nur wenig bekannt ist, dass Helmut Schmidt (1918–2015) nach dem Ausscheiden aus dem Amt des Bundeskanzlers 1982 noch bis wenige Tage vor dem Fall der Mauer im November 1989 kontinuierlich zu öffentlichen Vorträgen und Gesprächen im kirchlichen Kontext in der DDR gewesen ist. Über den institutionalisierten Katholizismus und Protestantismus liefen viele Kontakte zwischen der Bundesrepublik und der DDR, wurden Informationen über die Lage vor Ort ausgetauscht und politische Signale gesendet, die auf offiziellen Kanälen nicht hätten kommuniziert werden können. Die kirchliche Ebene bot die Möglichkeit, das Terrain für politische Schritte im Vorwege zu sondieren und Reaktionen einzuholen, ohne dass sich eine Seite offiziell festlegen musste. Außerdem wurde letztlich vielen Menschen in der DDR über den kirchlichen Kontakt geholfen beziehungsweise ihnen die Ausreise in den Westen ermöglicht.

Unbefangener als während seiner Zeit in hohen Staatsämtern konnte Helmut Schmidt nunmehr Gespräche führen und zugleich den Bürgerinnen und Bürgern in der DDR durch seine Präsenz zeigen, dass die bundesdeutsche Politik sie nicht vergessen habe, sondern sich weiterhin konkret für sie einsetzen werde. Diese Signale wurden von der Bevölkerung gehört. Zugleich bot der kirchliche Kontext Gesprächsmöglichkeiten, die nur in diesem Raum möglich waren.

Helmut Schmidt sprach zwischen 1983 und 1989 zweimal in Potsdam sowie je einmal in Rostock sowie in Meißen. Im Folgenden werde ich exemplarisch auf seine beiden Reisen nach Potsdam eingehen.

Quellengrundlage meiner Ausführungen sind die umfangreichen Aktenbestände im Archiv der sozialen Demokratie in Bonn sowie im Privatarchiv Helmut Schmidts

---

<sup>1</sup> Vortrag, gehalten in der Sektion »Die SPD und der Osten. Sozialdemokratische Ostpolitik in den siebziger und achtziger Jahren« am 5. Oktober 2013 auf der 37. Jahrestagung der German Studies Association in Denver/Colorado. Die Vortragsform wurde beibehalten, der Text um Anmerkungen ergänzt.

in Hamburg-Langenhorn sowie zahlreiche Zeitzeugeninterviews, unter anderem mit Helmut und Loki Schmidt (1919–2010), Egon Bahr (1922–2015), Schmidts langjährigem Mitarbeiter Jens Fischer (1943–2020), Landesbischof i.R. Heinrich Rathke (1928–2024), Landesbischof Eduard Lohse (1924–2015), Prälat Heinz Georg Binder (1929–2009), Ministerpräsident a.D. Manfred Stolpe (1936–2020), dem Direktor des Oberlin-Hauses in Potsdam, Friedrich-Wilhelm Pape (\*1941).<sup>2</sup>

## Potsdam 1983

Schmidts erster DDR-Besuch im kirchlichen Kontext führte ihn vom 3. bis 6. September 1983 nach Potsdam. Die Einladung ging von der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg aus. Schmidt traf sich mit der Konferenz der Kirchenleitungen der DDR, mit dem Kreiskirchenrat Potsdam und hielt einen Vortrag vor dem Konvent der Generalsuperintendentur Potsdam. Das Ehepaar Schmidt übernachtete in Potsdam nicht in einem staatlichen Hotel, sondern in einer diakonischen Einrichtung, dem Oberlinhaus. Dort sprach Helmut Schmidt vor dem Konvent der Generalsuperintendentur Potsdam über »Verantwortung der Christen für die Lebensfragen unserer Zeit«. Er und seine Frau empfänden den Aufenthalt »besonders lebhaft [als] ein Moment der Gemeinsamkeit, wenn Sie so wollen der Einheit...«. Durch das Luther-Jubiläum in diesem Jahr, in dem der 500. Geburtstag des Reformators in beiden deutschen Staaten gefeiert wurde, sei das Verbindende besonders hervorgehoben worden. Die Betonung der deutschen Einheit blieb in den folgenden Jahren das Leitmotiv Schmidts bei seinen DDR-Besuchen.

Helmut Schmidt ging kurz auf die nach der Reformation folgende Kirchenspaltung und konfessionell motivierte Konflikte bis in die Gegenwart ein. Er leitete über zu einem 50. Jubiläum im folgenden Jahr, der Barmer Theologischen Erklärung von 1934, die nach wie vor ihre Bedeutung habe. Besonders auf die fünfte These verwies er immer wieder, in der es um das Verhältnis von Kirche und Staat ging. In Grenzsituationen könne der Konflikt auftreten, für den diese These eine

---

<sup>2</sup> Vgl. zum Kontext mit weiterführenden Literaturhinweisen *Rainer Hering*, »Aber ich brauche die Gebote...«. Helmut Schmidt, die Kirchen und die Religion, Bremen 2012; *ders.*: Im Dienst ohne Amt: Helmut Schmidt, in: *Michael Epkenhans/Ewald Frie* (Hrsg.), *Politiker ohne Amt. Von Metternich bis Helmut Schmidt*, Paderborn 2020, S. 183–202. Für die wichtige Unterstützung bei der Quellenarbeit danke ich Heike Lemke (Hamburg) und Dr. Christoph Stamm (Bonn) herzlich.

»Grundorientierung« liefere, da »sie für beide Seiten einen Totalitätsanspruch« zurückweise: »Weder kann der Staat für sich in Anspruch nehmen, durch seine Ordnung eine letztgültige Antwort auf das zu geben, was nach biblischem Sprachgebrauch Erlösung der Welt heißt, noch kann die Kirche sich anmaßen, in allen Fragen der politischen Existenz ein ausschlaggebendes Mandat zu besitzen.« Der Staat könne keine weltanschauliche Orientierung als verbindlich vorschreiben, »aber seine eigenen Grundlagen in der Würde des Menschen« begründen. Damit akzeptiere er, dass »die Kirchen hier ein orientierendes Mitspracherecht haben«. Wichtig war Schmidt, dass »die Regierenden und die Regierten verantwortlich sind«, wie es schon Gustav Heinemann (1899–1976) formuliert habe.<sup>3</sup>

Die gegenwärtige politische Gesamtlage des Weltfriedens sei durch die Konfrontation von Ost und West gefährdet, welche die Deutschen an der Schnittstelle der Machtblöcke besonders treffe. Darüber hinaus dürfe aber die Situation der circa drei Milliarden Menschen nicht vergessen werden, die nicht in industrialisierten Ländern lebten. Es ist interessant, dass Helmut Schmidt hier auf Probleme des Globalen Südens eingeht, die er sonst nicht primär im Blick hatte. Vielmehr scheint es so, dass ihm der Wohlstand des Westens wichtiger war.

Schmidt betonte die Bedeutung der wirtschaftlichen Situation für die Sicherung des Friedens: »Es ist also deutlich, daß es sowohl christliches Gebot ist als auch ein Gebot der Vernunft, der friedenspolitischen Vernunft, der ökonomischen Vernunft, ein Gefühl der wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen auf der Welt zu erarbeiten, in dem alle diese Staaten und Völker einen Platz oder die Hoffnung auf einen Platz finden können.« Er selbst habe sich immer dafür eingesetzt und werde das weiter tun, dass der lebensgefährliche Zustand der fehlenden Kommunikation beendet werde. Daher sei er trotz des Boykotts der Olympischen Spiele 1980 nach Moskau gefahren und habe trotz der Lage in Polen 1981 Erich Honecker

---

<sup>3</sup> Manuskript der Rede am 4.9.1983 basierend auf einem Tonbandmitschnitt, Archiv Helmut Schmidt, Hamburg-Langenhorn (AHS), Eigene Arbeiten, Ordner 372 07-10.1983, Nummer 6, Bl. 2, 7–9. Schmidt griff hier auf seine Grundwertereden von 1976 zurück. Bereits 1978 hatte er in einem Interview auf die Bedeutung der fünften These der Barmer Theologischen Erklärung hingewiesen (Herder-Korrespondenz 1978, S. 338–344, hier: S. 342). Hingewiesen habe ihn darauf Gustav Heinemann (*Helmut Schmidt/Egon Bahr*, Die Erinnerung an Willy Brandt und ein Rückblick auf die gemeinsame Zeit. Gespräch zwischen Bundeskanzler a.D. Helmut Schmidt und Bundesminister a.D. Professor Egon Bahr am 25.11.2008 im Willy-Brandt-Haus Lübeck, Berlin 2009, S. 31).

(1912–1994) in der DDR besucht.<sup>4</sup> »Wer mit dem anderen nicht redet, der kann den anderen nicht verstehen. Wer ihn nichts fragt, der kann ihn nicht verstehen. Wer auf seine Fragen nicht antwortet, der kann auch nicht erwarten, daß er ihn versteht.« Gemeinsame Gespräche seien »viel wichtiger als Resolutionen über Notwendigkeiten nuklearer Abrüstung.« Nur eine Partnerschaft zwischen West und Ost könne Sicherheit und Frieden schaffen. Dafür seien Kompromisse erforderlich. Das »Wesen des Kompromisses und das Wesen des Friedens liegen nahe beieinander. Frieden kann nur halten der, der den Kompromiß will und ihn nachher auch einhält.«<sup>5</sup>

## Potsdam 1986

Nach diesem Besuch in Potsdam wurde Helmut Schmidt umgehend erneut von Manfred Stolpe für einen Vortrag in der DDR aus Anlass des 300. Jahrestags des Edikts von Potsdam im Oktober 1985 angefragt, den er allerdings absagte. Ein Jahr später jedoch sprach er am 25. Oktober 1986 in der vollbesetzten Nikolai-Kirche vor 1.400 Menschen über »Dialog und Toleranz als Elemente der Friedenssicherung in Europa und der Welt«. In seiner Rede ging Schmidt vom Toleranzedikt von Potsdam (29. Oktober 1685) aus, durch das der Große Kurfürst Friedrich Wilhelm I. (1620–1688) die aus Frankreich aus religiösen Gründen vertriebenen Hugenotten zur Einwanderung bewegte. Dadurch stärkte er die Wirtschaftskraft Brandenburg-Preußens, beeinflusste aber auch die Toleranzpolitik anderer regionaler Herrscher. In einem kurzen historischen Überblick zeigte Schmidt die Geschichte religiöser Toleranz beziehungsweise Intoleranz auf und betonte die Bedeutung der Trennung von Staat und Kirche. Mit Bezug auf den für ihn so wichtigen Philosophen Marc Aurel (121–180) sprach er über die Notwendigkeit von Toleranz, die ihre Grenzen an der Intoleranz des anderen finde. Wie schon drei Jahre zuvor, hob Schmidt erneut die Notwendigkeit des Dialogs hervor, um den anderen kennenzulernen, und bezog das auf die damaligen Abrüstungsverhandlungen.

4 *Hering*, Gebote (wie Anm. 2), bes. S. 160–169; *Detlev Brunner*, »Nicht rufen: Auf Wiedersehen!«. Adventliche Stunden in Güstrow – wie Erich Honecker und die Stasi Bundeskanzler Helmut Schmidt im Dezember 1981 die DDR vorführten, in: *Die ZEIT*, 30.11.2006; *ders.*, »... eine große Herzlichkeit«? Helmut Schmidt und Erich Honecker im Dezember 1981, in: *Deutschland Archiv* 44 (2011), S. 508–517.

5 Manuskript der Rede am 4.9.1983 basierend auf einem Tonbandmitschnitt, AHS, Eigene Arbeiten, Ordner 372 07-10.1983, Nummer 6, Bl. 10–24, die Zitate Bl. 14, 16, 18, 24.

Zudem verwies Helmut Schmidt auf die Bedeutung Immanuel Kants (1724–1804), den er in einer Reihe mit Martin Luther (1483–1546) und Friedrich den Großen (1712–1786) stellte. Kants Schrift »Vom ewigen Frieden« empfahl er als Lektüre und erinnerte daran, dass der Frieden immer wieder gestiftet werden müsse, wozu politische Vernunft erforderlich sei: »Ohne vernunftgemäßes Verstehen der Beweggründe des anderen, ohne ein gewisses Maß an Vertrauen in die Vernunft auch des anderen, ohne sie wäre der Frieden nicht immer wieder neu zu stiften.« Dabei würde ein Gleichgewicht der Waffen noch keinen Frieden sichern, vielmehr benötige man Verträge und dafür den Willen zum Kompromiss. Wie bei seiner ersten Potsdamer Rede 1983 bezog Schmidt sich erneut auf die fünfte These der Barmer Theologischen Erklärung und unterstrich die Verantwortung von Regierenden und Regierten. Ein Staat oder eine Regierung könne einen Krieg beginnen, »den Krieg zu verhindern, das können wir nur noch gemeinsam!«

Dabei komme den Deutschen eine besondere Verantwortung zu: »Wir Deutschen, *alle* Deutschen müssen wissen: Zum Frieden in Europa ist der Dialog zwischen den Menschen auf beiden Seiten Deutschlands notwendig, nicht nur zwischen den Regierenden, auch zwischen den Regierten. Die Regierten auf beiden Seiten Deutschlands tragen Mitverantwortung für das, was geschieht oder was nicht geschieht.« Diese Sätze sowie seine Aussagen über die deutsche Teilung wurden in Potsdam mit besonderer Sensibilität gehört: »Wir müssen lernen mit der Teilung zu leben. Niemand weiß, wie lange sie dauern wird. Wir müssen zugleich am moralischen Imperativ der Gewissensfreiheit der einzelnen Person festhalten, aber dabei das Ziel einer schrittweisen Überbrückung der Grenzen, einer schrittweisen Herstellung eines gemeinsamen Daches nicht aus den Augen verlieren.« Schmidt plädierte für den Dialog zwischen den Regierenden und den Regierten auf beiden Seiten und zwischen ihnen, der das Machbare im Blick behalte. »Keiner sollte sich dem Nachdenken über alle Folgen seiner Forderungen, seines Handelns oder seines Nichthandelns entziehen.«

Gerade im »Dritten Reich« und besonders im Zweiten Weltkrieg hätten viele auf »Gott als den Herrn der Geschichte« vertraut. Dieses Vertrauen gebe »uns auch den Mut, Ängste auszuhalten. Daran liegt mir sehr: daß wir Deutschen lernen, Ängste auszuhalten statt vor uns selber oder vor andern dauernd zu bejammern, daß wir Angst haben. Gott gab uns den Mut, Ängste auszuhalten und die Welt,

so wie sie wirklich ist, als Heimat anzunehmen«. Zum Abschluss wurde Schmidt persönlich, ging auf seine Erfahrungen im nationalsozialistischen Deutschland ein und ließ die Bedeutung des Vaterunsers durch das indirekte Zitat deutlich werden: »Für mich war es ein großes Glück, daß ich während der Nazi-Zeit und während des ganzen Krieges und während des ganzen Lebens seither immer gewußt habe, daß Er der Herr ist, daß es sein Reich ist, seine Kraft und sein Wille. Ich wünsche Ihnen Gottes Segen als Ihr Nachbar, als ein Deutscher gegenüber seinen deutschen Landsleuten und als ein Christ gegenüber seinen Brüdern.«<sup>6</sup>

Schmidt verband mit seinen Ausführungen zum Christentum ein politisches Statement, denn seine Worte konnten auch als Plädoyer für sittlich-religiös motivierten Widerstand gegen ein Unrechtsregime verstanden werden. Daher überrascht es nicht, dass bei dieser Ansprache Schmidts »das gefährliche Knistern in der Kirche« spürbar gewesen sei, vor allem für seine Frau und Manfred Stolpe, die sich damals gegenseitig beruhigt hätten, »im Vertrauen darauf, daß ich die Grenze des aus Vernunftgründen Gebotenen erkennen und beachten würde. Sie haben auch gemeinsam aufgeatmet, als ich, die Gefahr spürend, den Ton meiner Rede gedämpft habe«, erinnerte sich Helmut Schmidt an diesen Auftritt. Ingrid Stolpe (\*1938) bezeichnete dessen Worte als flammend, engagiert und emotional. Der Redetext wurde als Sonderdruck der *ZEIT* in 10.000 Exemplaren von der Kirche innerhalb der DDR verbreitet und fand große Resonanz. Schmidt argumentierte hier nicht konsistent in Bezug auf die von ihm nachdrücklich herausgestellte Trennung von Kirche und Politik.<sup>7</sup>

---

6 Redemanuskript: Dialog und Toleranz als Elemente der Friedenssicherung in Europa und der Welt vom 25.10.1986, AHS, Eigene Arbeiten, Ordner 382 09-10.1986, Nummer 14; Material zur Vorbereitung der Rede, AHS, Ordner Reisen 25.10.1986 Potsdam DDR, gekürzt publiziert als *Helmut Schmidt*, Das gemeinsame Dach bleibt das Ziel, in: *Die ZEIT*, 31.10.1986; *ders.*, Religion in der Verantwortung. Gefährdungen des Friedens im Zeitalter der Globalisierung, Berlin 2011, S. 102–114. Herangezogen wird hier das Redemanuskript, dort die Zitate Bl. 10, 19f. und 26f. Die Zahl der Zuhörenden wird angegeben nach *Schmidt*, Das gemeinsame Dach; die Titelangabe erfolgt nach *Gerhard Besier*, Der SED-Staat und die Kirche 1983–1991. Höhenflug und Absturz, Berlin/Frankfurt am Main 1995, S. 183f., der 650 geladenen Gästen und 350 weitere Wartende als Zuhörer nennt.

7 *Helmut Schmidt*, Weggefährten. Erinnerungen und Reflexionen, Berlin 1996, S. 371, dort das Zitat; *Ingrid Stolpe/Manfred Stolpe* mit *Silke Amthor*, »Wir haben noch so viel vor«. Unser gemeinsamer Kampf gegen den Krebs, Berlin 2010, S. 165; Gespräche mit Manfred Stolpe am 26.3.2007 und Friedrich-Wilhelm Pape am 23.10.2008; Rückblicke – Ausblicke. Gespräch Helmut Schmidt und Manfred Stolpe mit Jens Fischer im Oberlinhaus in Potsdam (ORB, 12.10.1996).

Manfred Stolpe berichtete – vermittelt durch den Bevollmächtigten der EKD bei der Bundesregierung Prälat Heinz-Georg Binder (1929–2009) – Schmidt über die Resonanz seines Vortrags und ordnete ihn in einen größeren Kontext ein: »1. Meine Freunde und ich sehen den eigentlichen Wert Ihrer Reise zu uns in der tiefen und breitwirkenden Ermutigung zum Glauben und zum Deutschsein, die Sie unseren Menschen gebracht haben; über die Verbreitung des Redetextes laufen gesonderte Bemühungen. 2. Der Popularitätsgrad von Helmut Schmidt in der DDR ist ungebrochen hoch, jetzt blüht in Potsdam wieder der Handel mit Schmidt-Fotos. 3. Alle Leute ›unabhängig von ihrer Weltanschauung oder Religion‹, die mit Ihnen Kontakt haben konnten, sind dankbar.« Die »Spitzen des Bezirkes Potsdam« hätten Schmidts Auftritt als einen »große[n] Tag für Potsdam« bezeichnet. Darüber hinaus hob Stolpe den Wert der internen Gespräche mit SED-Vertretern hervor. Das Mitglied des Politbüros des Zentralkomitee der SED und zuständige Sekretär für Handel sowie Kirchenfragen, Werner Jarowinsky (1927–1990), habe den Kontakt mit Schmidt als wichtig und diesen als eindrucksvollen Gesprächspartner bezeichnet.<sup>8</sup>

Aber auch aus dem bundesdeutschen Protestantismus wurde Schmidt für seinen Vortrag in Potsdam ausdrücklich gelobt: Der Hannoversche Landesbischof Eduard Lohse schrieb: »Ihre Ausführungen haben mich mit großer Dankbarkeit erfüllt, die ich doch gern in einige Worte fassen möchte.« Er sei glücklich darüber, dass »Sie unseren Brüdern und Freunden in der DDR den schlichten und doch so wirksamen Dienst Ihres abermaligen Besuches erwiesen haben. So selbstverständlich es erscheinen mag, daß Deutsche zu Deutschen kommen und Christen einander besuchen, so schwer ist es doch in unserer durcheinandergeratene[n] Welt, diese Selbstverständlichkeit überzeugend zu bewähren. Ihnen ist dieses gelungen, und Sie haben im wahren Sinne des Wortes eine Brücke gebaut, beziehungsweise die bestehende Brücke befestigt. Daß Sie sich dabei abermals in schlichter und überzeugender Weise als Christ und Glied unserer Kirche bekannt haben, hat uns bei mancher Verworrenheit, mit der wir auch in der Kirche leider zu tun haben, Stärkung und Ermutigung vermittelt.«<sup>9</sup>

---

8 Stolpe an Schmidt, 12.11.1986, AHS, Eigene Arbeiten, Sonderordner 391 Evangelischer Kirchentag Rostock Marienkirche 18.06.1988.

9 Lohse an Schmidt, 31.10.1986, AHS, Ordner Korrespondenz Inland G-M II 1986.

## Ausblick/Fazit

Mit dem Oberlinhaus blieb Schmidt nach der »Wende« verbunden. Am 12. Oktober 1996 kam er aus Anlass des 125-jährigen Bestehens des Oberlinvereins erneut nach Potsdam. Dort wurde eine Fernsehsendung aufgezeichnet, in der sich Schmidt und Manfred Stolpe von Schmidts langjährigem Mitarbeiter Jens Fischer interviewen ließen. Am 28. August 1999 trat er wieder auf einem Podiumsgespräch über »Soziale Verantwortung und soziale Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert – eine französisch-deutsche Initiative« im Kontext des 125-jährigen Jubiläums des Oberlinhauses auf. Bei der Verleihung der Ehrendoktorwürde der Universität Potsdam ging Schmidt kurz auf seine Potsdam-Reisen ein.<sup>10</sup>

Helmut Schmidt konnte mit seinen öffentlichen Auftritten im kirchlichen Rahmen in der DDR den Bürgerinnen und Bürgern dort durch seine Präsenz zeigen, dass die bundesdeutsche Politik sie nicht vergessen habe, sondern sich weiterhin konkret für sie einsetzen werde. Zugleich wurden seine sorgfältig gewählten Worte als Ermutigung von der Bevölkerung aufgefasst, im Rahmen der Möglichkeiten selbst zu handeln und Verantwortung im Alltag zu übernehmen. Diese Signale wurden gehört und dankbar aufgegriffen. Die Gespräche mit politischen und kirchlichen Vertretern im Kontext dieser Besuche ermöglichten einen hilfreichen Informationsaustausch und schufen die Grundlage für weiter humanitäre Hilfen.

Für Helmut Schmidt nahmen die Kirchen auch unter deutschlandpolitischen Gesichtspunkten während und nach seiner Amtszeit als Bundeskanzler eine wichtige Funktion ein. Seine Reisen bildeten eine wichtige Brücke in den Osten, von der Bundesrepublik in die DDR.

---

<sup>10</sup> Oberlinhaus Manfred Stolpe (Vorsitzender des Zentralvorstandes des Oberlinvereins) und Friedrich-Wilhelm Pape (Direktor des Oberlinhauses) an das Ehepaar Schmidt, 24.10.1995, AHS, Ordner Private Korrespondenz P-St 1996, Pape an Schmidt, 2.1.1996, ebd.; Liste von Friedrich-Wilhelm Pape, Besuche von Helmut Schmidt im Oberlinhaus vom 23.10.2008, Privatbesitz des Verfassers; Rückblicke – Ausblicke. Gespräch Helmut Schmidt und Manfred Stolpe (wie Anm. 7); *Helmut Schmidt*, Weltprobleme des 21. Jahrhunderts. Wie können die Völker Europas sich selbst behaupten?, in: Universität Potsdam, Potsdamer Reden, WiSo-Fakultät, Nr. 4, Potsdam 2000, S. 33–50, hier: S. 33.

Małgorzata Świder

## »Kumpelbeziehungen zu den Kommunisten« oder eine verantwortungsvolle Politik? Über die schwierige Partnerschaft der SPD zur Volksrepublik Polen

---

Seit dem Warschauer Abkommen von 1970 und dem symbolischen Kniefall von Willy Brandt wurde die SPD zu einem wichtigen und gefragten Partner Warschaus.<sup>1</sup> Diese Ereignisse leiteten ein neues Kapitel der deutsch-polnischen Beziehungen ein, vor allem im wirtschaftlichen und kulturellen Bereich. Dieser Teil der Ostpolitik, von 1969 bis zum Anfang der 1980er-Jahre, ruft grundsätzlich keine Differenzen, weder in Polen noch in der Bundesrepublik, hervor.<sup>2</sup> Jedoch war der interessanteste Zeitraum in den Beziehungen der SPD zur Volksrepublik Polen der Anfang der 1980er-Jahre, als in der Volksrepublik soziale Unruhen ausbrachen und die Sozialdemokraten als Koalitionspartei über die Form und Richtung

1 Zur symbolischen Geste von Willy Brandt: *Friedrich Kießling*, Täter repräsentieren. Willy Brandts Kniefall in Warschau. Überlegungen zum Zusammenhang von bundesdeutscher Außenpräsentation und der Erinnerung an den Nationalsozialismus, in: *Johannes Paulmann* (Hrsg.), *Auswärtige Repräsentationen. Deutsche Kulturdiplomatie nach 1945*, Köln 2005, S. 205–224; *Bernard Giesen/Christoph Schneider* (Hrsg.), *Tätertrauma. Nationale Erinnerungen im öffentlichen Diskurs*, Konstanz 2004; *Dieter Bingen*, *Die Deutschland- und Ostpolitik Willy Brandts im Spiegel der polnischen Publizistik 1966–1974*, in: *Carsten Tessmer* (Hrsg.), *Das Willy-Brandt-Bild in Deutschland und Polen*, Berlin 2000, S. 95–110.

2 Über die Neue Ostpolitik haben viele Autoren geschrieben, hier beispielsweise: *Senoo Tetsuji*, *Ein Irrweg zur deutschen Einheit? Egon Bahrs Konzeptionen, die Ostpolitik und die KSZE 1963–1975*, Frankfurt am Main/Berlin etc. 2011; *Alexander Behrens* (Hrsg.), »Durfte Brandt knien?«. Der Kniefall in Warschau und der deutsch-polnische Vertrag. Eine Dokumentation der Meinungen, Bonn 2010; *Gottfried Niedhart*, *Deeskalation durch Kommunikation. Zur Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland in der Ära Brandt*, in: *Corinna Hauswedell* (Hrsg.), *Deeskalation von Gewaltkonflikten seit 1945*, Essen 2006, S. 99–114; *Helmut Wagner*, *Die »deutsche Ostpolitik«*. Ihre Genese und spätere Interpretation, in: *Deutschland-Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland* 39 (2006), S. 85–92; *Erhard Cziomer*, *Historia Niemiec współczesnych 1945–2005*, Warszawa 2006; *Józef M. Fiszer/Jerzy Holzer* (Hrsg.), *Recepcja »Ostpolitik« w RFN i w krajach bloku komunistycznego*, Warszawa 2004; *Wolfgang Schmidt*, *Die Wurzeln der Entspannung. Der konzeptionelle Ursprung der Ost- und Deutschlandpolitik Willy Brandts in den fünfziger Jahren*, in: *VfZ* 51 (2003), S. 521–563; *Heinrich Potthoff*, *Im Schatten der Mauer. Deutschlandpolitik 1961 bis 1990*, Berlin 1999.

der Außenpolitik der Bundesrepublik mitentschieden. Bis Oktober 1982 war die Politik der SPD gegenüber Polen untrennbarer Teil der Außenpolitik der Regierung Schmidt/Genscher. Dieser Zeitraum der Beziehungen der Sozialdemokraten zu Polen muss also durch das Prisma der Außenpolitik der Bundesrepublik und deren wichtigsten Akteure wahrgenommen werden: den Bundeskanzler, den Außenminister und die führenden Politiker der größten mitregierenden Partei, die für die Maßnahmen, die von Westdeutschland gegenüber Polen ergriffen wurden, die Antriebskraft war. Eine sehr wesentliche Rolle spielte die Tatsache, dass es zwischen dem Bundeskanzler und dem Außenminister keine grundsätzlichen Unterschiede in den Ansichten zu Fragen der Außenpolitik der Bundesrepublik gab, das betraf insbesondere polnische Fragen. Der Kanzler spielte die Hauptrolle dabei, die entsprechende Richtung vorzugeben. Sein Erkennungszeichen war die »Realpolitik«, die darauf basierte, mit offensichtlichen Fakten zu rechnen und den geopolitischen Status quo anzuerkennen.<sup>3</sup>

Nachdem die SPD in die Opposition gewechselt war, änderte sich ihr Verständnis ihrer Funktion in der Gestaltung der auswärtigen Politik der Bundesrepublik, insbesondere in östlicher Dimension, nicht grundsätzlich. Die Sozialdemokraten sahen sich in der Rolle einer kooperierenden Opposition, die Bündnisse schafft und in bestimmten Fragen politische Vereinbarungen mit der Bundesregierung schließt.<sup>4</sup> Die SPD wollte mit ihren Vorschlägen die Politik verändern und das Staatswesen aktiv beeinflussen, gemäß dem Gedanken von Carlo Schmid: »Opposition ist der andere Beweg der Politik«.<sup>5</sup> Nachdem die Koalition auseinandergebrochen war, veränderten sich allerdings die realen Möglichkeiten für die SPD, Einfluss auf die deutsche Außenpolitik zu nehmen. Ihre Beziehungen zur Volksrepublik Polen und zur Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) bildeten eine spezifische, von einigen Autoren alternativ genannte Außenpolitik, die

---

3 Mehr darüber: *Małgorzata Świder*, *Stanowisko Socjaldemokratycznej Partii Niemiec wobec Polski w latach 1980–1989*, Opole 2015.

4 *Tomasz Krawczyk*, *Stosunki między rządem i opozycją w wybranych państwach Europy*, Toruń 2005, S. 128.

5 Die Sozialdemokratie im Kampf um Deutschland und Europa, Rede Prof. Carlo Schmid, Vizepräsident des Deutschen Bundestages auf dem Parteitag der Landesorganisation Hamburg der SPD am 1. April 1950 im Gewerkschaftshaus, URL: <<http://library.fes.de/pdf-files/netzquelle/01761.pdf>> [19.11.2023].

zweite Phase der Ostpolitik.<sup>6</sup> Die Hauptlast, diese Politik zu betreiben, fiel der SPD-Bundestagsfraktion zu, die in diesem Bereich eng mit der Parteiführung zusammenarbeitete. Das wurde von dem besonderen Interesse von Willy Brandt an Fragen der internationalen Politik begünstigt.

Aus Sicht der polnischen Politik und der Beziehungen zur Opposition kann man die 1980er-Jahre in zwei grundlegende Abschnitte aufteilen: den ersten, der gerade mal 15 Monate umfasste (von August 1980 bis Dezember 1981), das ist der Zeitraum, der »Karneval der Solidarność« genannt wird. Neben den Strukturen der Regierung und der Partei tauchte eine neue, innerlich sehr diversifizierte und nicht vollständig ausgeprägte politische Kraft auf – die Solidarność. Sowohl die regierende SPD/FDP-Koalition als auch die SPD mussten diese Tatsache in ihrer Politik berücksichtigen und auf die Entstehung der Bewegung Solidarność mit »den neuen Leuten an der Spitze« und die sozialen und politischen Veränderungen in der Volksrepublik Polen reagieren. Ab dem Sommer 1980 beobachtete die SPD die Funktionäre der Solidarność, darunter vor allem Lech Wałęsa und seine Berater. Bei der Meinungsbildung halfen nicht nur befreundete Organisationen, in erster Linie Gewerkschaften und die Friedrich-Ebert-Stiftung, sondern auch die katholische Kirche.<sup>7</sup> Die SPD-Führung, hier besonders Kanzler Helmut Schmidt, schätzte die Rolle, die die Kirche in Polen spielte.<sup>8</sup> Gleichzeitig war die Bundesrepublik sehr engagiert bei der Gewährung von Wirtschaftshilfen an den polnischen Staat, indem sie neue Kredite gewährt und die Tilgung ausstehender Kredite aussetzt.

Angesichts der vielen Unbekannten in Verbindung mit der Entwicklung der Lage in Polen, lautete die wichtigste Frage, die damals sowohl in der Bundesrepublik als auch auf internationaler Ebene gestellt wurde: Wie wird das Schicksal von Polen sein? Das Problem war nicht nur die Einschätzung der auftretenden Ereignisse, sondern auch deren potenzieller Einfluss auf die internationale Lage. Man fürchtete, dass die Lage in der Volksrepublik Polen die »komplizierte Ostpolitik

---

6 Frank Fischer, »Im deutschen Interesse«. Die Ostpolitik der SPD von 1969 bis 1989, Husum 2001.

7 Małgorzata Świder (Hrsg.), Solidarność związkowa. Niemiecka Federacja Związków Zawodowych (DGB) wobec NSZZ »Solidarność«, Wybór, wstęp i opracowanie M. Świder, Kraków 2017, S. 49ff.

8 Mehr darüber: Rainer Hering, »Aber ich brauche die Gebote...«. Helmut Schmidt, die Kirchen und die Religion, Bremen 2012; Małgorzata Świder, Die katholische Kirche in Polen und die SPD in den 1980er Jahren, Bonn 2012.

und Deutschlandpolitik« der Bundesrepublik sowie die europäische Entspannungspolitik beeinflusste.<sup>9</sup>

Der zweite Zeitraum (der etwas mehr als sieben Jahre umfasste) war eine Zeit vieler Maßnahmen und Reformen, die zwischen zwei für die Geschichte Polens grundlegenden Ereignissen liegt: der Verhängung des Kriegszustands vom 13. Dezember 1981 und dem Konsens, der am Runden Tisch und bei der Wahl im Juni 1989 erzielt wurde. In dieser Zeit waren am wichtigsten die Reaktionen der internationalen Gemeinschaft auf Ereignisse in der Volksrepublik Polen und die Hilfe für die polnische Bevölkerung. Die SPD pflegte in dieser Zeit Kontakte mit der Zentralregierung in Warschau und der PVAP sowie mit der katholischen Kirche in Polen, die zum wichtigsten Bollwerk der Opposition wurde und zur Kraft, die die *Solidarność* repräsentierte. Dabei hatten die Beziehungen der SPD zur polnischen Zentralregierung und zur Partei einen stärkeren Einfluss auf das Handeln und die Haltung der SPD, als deren Kontakte zur polnischen Opposition. Das betraf sowohl die Zeit, in der die SPD Regierungsmitverantwortung hatte, als auch die Zeit, in der sie sich in der Opposition befand. Es war auch eine Zeit vieler Maßnahmen, bei denen die Bundesrepublik und die Sozialdemokraten eine umfangreiche humanitäre Hilfe für die polnische Bevölkerung gewährten.

Bereits ab August 1980 war eine gewisse Distanz zu den Ereignissen in Polen sichtbar, die nach Meinung der SPD die bestehende politische Ordnung gefährdete, vor allem aber die Ostpolitik. Die SPD hielt sich lange zurück, offiziell zu ihnen Stellung zu nehmen. Eine Erklärung des SPD-Vorstands wurde erst am 20. August 1980 veröffentlicht.<sup>10</sup> Die Strategie, sich zurückzuhalten, eine arbeiterfreundliche Haltung einzunehmen, wurde im Kontext der Ereignisse in der Volksrepublik Polen auch von Diplomaten, die in Moskau arbeiteten, befürwortet. Der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland, Hans-Georg Wieck, ging unter Berücksichtigung der Entwicklung der Lage und der Atmosphäre in Moskauer Regierungskreisen davon aus, dass private Nichtregierungsinitiativen als spektakuläre Aktionen oder auch humanitäre Hilfe, die aus Kreisen der Politik beziehungsweise von offiziellen Gewerkschaftsgruppen stammten, größere Handlungsmöglichkeiten in

<sup>9</sup> Dieter Bingen, *Polityka republiki bońskiej wobec Polski. Od Adenauera do Kohla. 1949–1997*, Kraków 1997, S. 194.

<sup>10</sup> Sozialdemokraten, Service, Presse, Funk TV, Mitteilung über die Sitzung des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 20. August 1980 in Bonn, 21.8.1980, Nr. 559/80.

Polen und für Polen hätten.<sup>11</sup> Darum entschied man sich auch in Bonn dazu, die Vorgehensweise zu ändern, und für die Taktik der sogenannten »Stillen Hilfe«, die jegliche Beschuldigungen von polnischer Seite über die Einmischung in innere Angelegenheiten der Volksrepublik Polen ausschließen konnte.<sup>12</sup> Politische Kreise in der Bundesrepublik, in diesem Fall die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften, wollten in Polen Hilfe leisten, trotz der hiermit verbundenen Gefahr. Offiziell sollten sich Parteimitglieder mit Maßnahmen und Deklarationen zur Polen und Solidarność zurückhalten.<sup>13</sup> Die Sozialdemokraten fürchteten, dass die polnischen Geheimdienste gemeinsam mit anderen sozialistischen Staaten eine Dokumentation von Beispielen der Einmischung des Westens in polnische Angelegenheiten vorbereiteten. Ähnlicher Meinung war der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB).<sup>14</sup>

Diese Befürchtungen waren nicht unbegründet: Wie der neue deutsche Botschafter in Moskau, Andreas Meyer-Landrut, nach Bonn rapportierte. Die sowjetische Regierung sammelte Informationen, die als Vorwand für eine Intervention in Polen dienen könnten. Ende Oktober 1980 schrieb der Botschafter:

»Sollte es zu einer sowjetischen Intervention in Polen kommen, so wird sie aller Voraussicht nach als Antwort auf eine westliche ›Einmischung‹ gerechtfertigt werden. Diese Apologie ist bereits in Ansätzen aufgebaut. Angesichts der nun einmal nicht zu leugnenden Zurückhaltung, ja Kooperationsbereitschaft westlicher Regierungen (wirtschaftliche Stützung Polens) liegt der politische Kern der sowjetischen Einmischungstheorie in dem Versuch, Meinungsäußerungen und faktisches Verhalten autonomer gesellschaftlicher Institutionen (Presse) und Organisationen (Gewerkschaften, Parteien) im Westen als ›Einmischung‹ zu deklarieren und damit den westlichen

11 Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD) 1980, Dok. 268, Botschafter Wieck, Moskau, an das Auswärtige Amt, S. 1385–1386.

12 Zu den sehr kontroversen und gefährlichen Maßnahmen zählte Bonn die Finanzierung der unabhängigen Gewerkschaften. Zwar lehnte der Bundesvorstand des DGB ab, die Rolle eines »Geldbriefträgers« zu übernehmen, aber dennoch floss Geld auf Gewerkschaftskanälen, wobei halblegale Transferwege genutzt wurden.

13 Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), NL Walter Polkahn, 208, Ernst Waltemathe, MdB, an Herrn Heino Berg, Bonn, 26.11.1980; AdsD, Bundestagsfraktion (BTgFr), IX. Wahlperiode (Wp.), 21393, An den SPD-Parteivorstand, z. Hd. Klaus Suchanek, Bonn, 3.12.1980.

14 Die Befürchtungen waren zutreffend, wie die Archivrecherchen zeigen. Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen (BStU), Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (MfS), Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) 4, Information über die Haltung führender BR Deutschland-Regierungs- und SPD-Kreise zur Entwicklung in der VR Polen, Berlin, 23.10.1980. Streng geheim!

Konzeptionellen Unterschied zwischen staatlichem und nicht-staatlichem Verhalten propagandistisch so weit einzuebnen, dass im Eventualfall eine staatliche sowjetische Intervention als Antwort auf nicht-staatliches Verhalten im Westen legitimiert wird.«<sup>15</sup>

Solche Ängste, von der Sowjetunion instrumentalisiert zu werden und als Vorwand für radikale Maßnahmen zu dienen (insbesondere der sowjetischen Intervention), begleiteten die SPD praktisch die ganzen 1980er-Jahre über. Sie wurden von Politikern aus Moskau und Warschau angefacht, die selbst das minimalste Engagement für die polnische Opposition kritisierten, weil sie dieses als Einmischung der Bundesrepublik in polnische Angelegenheiten ansahen. Bereits Anfang September 1980 warnten Diplomaten der UdSSR und Polens die SPD davor, sich in polnischen Fragen zu engagieren. Beispielsweise klagte der Botschafter der UdSSR in Bonn, Juli Kwizinski, im Gespräch mit dem Sekretär für internationale Angelegenheiten des Parteivorstands, Hans-Eberhard Dingels, den Westen an (konkreter die Sozialistische Internationale, an deren Spitze Willy Brandt stand), einige Streikformen in Polen zu unterstützen. Der Botschafter warnte, dass jede, selbst die unschuldigste Initiative politischer Organisationen für die sogenannten freien Gewerkschaften in Polen Folgen hätte, die gegensätzlich zu den beabsichtigten Folgen wären. Diese Feststellung wurde in Bonn als offene Warnung aufgefasst. Eine noch unmissverständlichere und klarere Warnung auf dieser Etappe der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR hätte es im Kontext der Ereignisse in Polen nicht geben können.<sup>16</sup> Diese Taktik sollte einerseits das Ausland davon abbringen, der *Solidarność* Hilfe zu leisten, andererseits war sie Teil von Maßnahmen zur Diskreditierung der *Solidarność*. Sie sollte die These beweisen, dass die *Solidarność* aus dem Ausland gesteuert werden würde (die USA und die Bundesrepublik wurden als Staaten genannt, die sich am stärksten reaktionär betätigten). Es wurden selbst freundschaftliche Gesten gegenüber der polnischen Opposition kritisiert, besonders nach Verhängung des Kriegszustands. Praktisch jede Maßnahme, an der Sozialdemokraten beteiligt waren, wurde von der polnischen Botschaft in Köln bemängelt. Sie hatte auch diplomatischen Protest und eine Intervention beim SPD-Vorsitzenden Willy Brandt

15 AAPD 1980, Dok. 312, Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt, 31.10.1980, S. 1612–1614.

16 AdsD, SPD-PV, 10919, Hans-Eberhard Dingels, Vermerk an Willy Brandt, Hans-Jürgen Wischnewski, Egon Bahr, Betr.: Gespräch mit dem sowjetischen Gesandten Kwizinski am 10. September 1980, persönlich, vertraulich.

zur Folge.<sup>17</sup> Damit verhinderte die polnische Regierung erfolgreich SPD-Initiativen zugunsten der *Solidarność*.

Das war umso einfacher, als die Parteifunktionäre selbst, hauptsächlich Herbert Wehner, Willy Brandt, Hans-Jürgen Wischnewski versuchten, die Aktivitäten der unteren Parteiebenen zu verhindern. Oder sie versuchten, darauf hinzuwirken, dass sie sich bei Projekten engagierten, die nicht unter der Flagge der SPD liefen. Maßnahmen dieser Art waren besonders im Kontext der von der SPD gewährten humanitären Hilfe für die polnische Bevölkerung sichtbar, oder auch in Interventionsmaßnahmen, zum Beispiel dem Kauf von Medikamenten für Krankenhäuser und soziale Einrichtungen in Polen.<sup>18</sup>

Die Kritik an der SPD im Kontext ihrer Beziehungen zur Opposition kam auch aus Kreisen der *Solidarność*. Die *Solidarność* äußerte sich nicht nur über die Zusammenarbeit und die engen Kontakte der SPD zur polnischen Regierung negativ. Sie kritisierte auch, dass ein deutliches Engagement zugunsten der *Solidarność* fehle, es fehlten Deklarationen und freundschaftliche Gesten. Oft wurde die kühle Haltung der SPD mit den emotionalen Auftritten von Franzosen oder auch Amerikanern verglichen.<sup>19</sup>

17 Es wurde protestiert, selbst dann, wenn am Treffen mit der Delegation der *Solidarność* die Ehefrau eines SPD-Vorstandsmitglieds teilnahm (hier ein Beispiel aus Bremen). Bei der Intervention der Botschaft der Volksrepublik Polen in Köln ging es um ein Treffen mit einer Delegation der *Solidarność* aus Danzig, die am 12. Dezember 1981 in Bremen ankam. Nach Verhängung des Kriegszustands blieben die Gewerkschafter in der Bundesrepublik und richteten das Koordinierungsbüro der *Solidarność* in Bremen ein. Mehr dazu siehe *Małgorzata Świder*, Das Informationsbüro der *Solidarność* in Bremen im Spiegel von Archivmaterialien des Deutschen Gewerkschaftsbundes, in: *Isabel Röskau-Rydel/Sabine Stekel/Peter Fischer/Basil Kerski/Krzysztof Ruchniewicz* (Hrsg.), *Inter Finitimos. Jahrbuch zur deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte 7* (2009), S. 203–216, Themenschwerpunkt: Deutschlandforschung in Polen.

18 Mehr über die humanitäre Hilfe der deutschen Gesellschaft für Polen: *Małgorzata Świder*, *Sąsiedztwo zobowiązuje. O pomocy humanitarnej społeczeństwa zachodnioniemieckiego dla społeczeństwa polskiego na początku lat osiemdziesiątych*, in: *Robert Łoś/Jacek Regina-Zacharski* (Hrsg.), *Sąsiedztwo i pogranicze – między konfliktem a współpracą*, Bd. 1, Lodz 2012, S. 297–314; *Friedhelm Boll/Małgorzata Świder*, *The FEG: Humanitarian Support without Big Publicity*, in: *Idesbald Goddeeris* (Hrsg.), *Solidarity with Solidarity, Western European Trade Unions and the Polish Crisis, 1980–1982*, New York/Toronto etc. 2010, S. 159–189; *Małgorzata Świder*, »Humanitaryzm polityczny«? Niemiecka Federacja Związków Zawodowych (DGB) i pomoc dla *Solidarności*, in: *Małgorzata Świder* (Hrsg.), *Polityka i humanitaryzm, 1980–1989*, Opole/Toruń 2010, S. 125–152.

19 *Gerhard Besier*, *Deutsche Sozialdemokratie und polnische Opposition (1966–1990)*. Ein Bericht aus den Quellen, in: *Mike Schmeitzner/Katarzyna Stoklosa* (Hrsg.), *Partner oder Kontrahenten? Deutsch-polnische Nachbarschaft im Jahrhundert der Diktaturen*, Berlin 2008, S. 155–178.

Ein wahrheitsgemäßes Bild der Beziehungen der SPD zu Polen in der Zeit des »Karnevals der Solidarność« ist nicht eindeutig. Es enthält Elemente des Unwillens, aber auch deutliche Unterstützung und Engagement zugunsten der Opposition. Sicherlich hatten Gesten, die SPD-Politiker machten, einen Einfluss auf die Wahrnehmung der SPD in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik Deutschland und in Polen. Meistens jedoch Gesten, die sie nicht machten. Einerseits waren da die freundschaftliche Beziehungen zu Edward Gierek, den Ersten Sekretär der PVAP in den 1970er-Jahren, Treffen mit Mieczysław Rakowski und General Jaruzelski, aber auch die ungeschickte Äußerung Helmut Schmidts vom 13. Dezember 1981 über die Verhängung des Kriegszustands: »Ich bedaure, dass dies nun notwendig war.«<sup>20</sup> Andererseits wurde die Einstellung zu den Ereignissen in Polen von der einstimmig erlassenden Bundestagsresolution vom 18. Dezember 1981 definiert, in der Folgendes von der Regierung der Volksrepublik Polen gefordert wurde: den Dialog mit der Kirche und der Solidarność-Führung wieder aufzunehmen, die Inhaftierten freizulassen und den Kriegszustand aufzuheben.<sup>21</sup> Die Resolution wurde von Genscher an den polnischen Chargé d'Affaires übermittelt, der sich weigerte, sie anzunehmen, denn sie war angeblich der Ausdruck der Einmischung in innere Angelegenheiten Polens und stellte die Glaubwürdigkeit der Erklärungen von General Jaruzelski in Frage.<sup>22</sup> Am 21. Dezember 1981 legte die polnische Regierung eine Demarche gegen den Botschafter Georg Negwer ein, die die »antipolnischen Vorgehensweisen in der Bundesrepublik Deutschland« verurteilte. Besonders negativ nahm man Bezug auf die Bundestagsresolution und nannte sie eine »Mischung aus Pharisäertum, Druck und Einmischung in innere Angelegenheiten unseres Landes«.<sup>23</sup>

20 Abgesehen von dieser unglücklichen Formulierung verfolgte der Bundeskanzler eine Taktik der Zurückhaltung, die mit der Strategie der übrigen Verbündeten identisch war. Selbst die USA äußerten sich am 13. Dezember 1981 euphemistisch. Haig überzeugte Präsident Ronald Reagan in einem Telefongespräch, in dem er ihn über die Vorfälle in Polen informierte, davon, Vorsicht zu bewahren, um die Russen nicht unnötig zu reizen. *Małgorzata Świder*, »Ich bedaure, dass dies nun notwendig war«. Helmut Schmidt, die SPD und der Kriegszustand in Polen, in: *Auskunft. Zeitschrift für Bibliothek, Archiv und Information in Norddeutschland* 31 (2011), H. 1, S. 73–96.

21 Entschließung des Bundestags vom 18.12.1981 zur Entwicklung in Polen nach der Verhängung des Kriegsrechts, in: *Europa-Archiv* 36 (1981), H. 6, S. D160–D161.

22 *Archiwum Ministerstwa Spraw Zagranicznych (AMSZ)*, Dep. IV 46/84, w-3, Bl. 6, Szyfrogram nr 4156/IV z 22.12.1981.

23 *AMSZ*, Dep. IV 45/84, w-8, Pilna notatka *démarche* wobec ambasadora RFN Georga Negwera w związku z ostatnimi antypolskimi wystąpieniami w RFN, Warszawa 22 grudnia 1981.

Grundlegendes Ziel der SPD-Politik gegenüber Polen während des Kriegszustands war es, diplomatische Kontakte zur Militärregierung in Warschau aufzunehmen. Diese Taktik war die Fortsetzung der Prinzipien, denen man bereits früher gefolgt war, und die eine Kontinuität der Gespräche zwischen den Großmächten vorsah. Zu dieser Vorgehensweise der Bundesregierung und der SPD gegenüber Polen während des Kriegszustands passte der Brief, den Helmut Schmidt am 25. Dezember 1981 zu Händen von General Wojciech Jaruzelski schickte.<sup>24</sup> Über die Initiative des Bundeskanzlers wurde in einer Bundestagssitzung im Januar 1982 gesprochen, aber auch in London, Paris und Washington, wo der Brief positiv aufgenommen wurde.<sup>25</sup> In einigen Kreisen hingegen wurde er nicht als Reaktion auf den Kriegszustand interpretiert, sondern als Beweis dafür, dass Bundeskanzler Schmidt trotz der Verhängung des Kriegszustands die Beziehungen zur Regierung in Polen ununterbrochen aufrechterhielt. Diese Meinung wird selbst von einigen zeitgenössischen polnischen Historikern vertreten.<sup>26</sup>

Einfluss auf das Bild vom Verhältnis der SPD zu Polen in der Zeit des Kriegszustands hatte auch der Empfang des Sondergesandten Mieczysław Rakowski aus Warschau in Bonn. Über die Notwendigkeit, einen solchen Besuch zu organisieren, sprach bereits am 18. Dezember 1981 Wischniewski bei einem Treffen mit Mitarbeitern der polnischen Botschaft in Köln. Der Hauptzweck sollte sein, den Westen über die Lage an der Weichsel und eventuellen Bedarf der Wirtschaft der Volksrepublik Polen zu informieren. »Aus optischen Gründen« sollte darauf geachtet werden, dass die Gesandten keine Personen seien, die zuvor an der Unterzeichnung der Kreditverträge beteiligt waren.<sup>27</sup> Der Suggestion von deutscher Seite entsprechend kam Ende Dezember 1981 Rakowski nach Berlin, der sich mit führenden Bundespolitikern traf.<sup>28</sup>

---

24 Der zweite Brief wurde an den Generalsekretär der KPdSU, Leonid Breschnew, geschickt.

25 AAPD 1981, Dok. 386, Staatssekretär von Staden an Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, 25.12.1981, S. 2051–2053.

26 *Katarzyna Stokłosa*, Polen und die deutsche Ostpolitik 1945–1990, Göttingen 2011, S. 468.

27 AMSZ, Dep. IV 46/84, w-3, Bl. 1, Szyfrogram nr 3362/IV z 19 grudnia 1981 r.

28 AAPD 1981, Dok. 395, Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Rakowski, 30.12.1981, S. 2079–2092; andere Gesprächspartner von Rakowski in Bonn waren: Wolfgang Mischnik (Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion), Alois Mertes (Vorsitzender der Arbeitsgruppe für Auswärtige Politik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion), Wolf von Amerongen (Vorsitzender der westdeutschen Industrie- und Handelskammer), Gerd Deumlich (Mitglied des Politbüros der Deutschen Kommunistischen Partei). Archivum

Mit Sicherheit trug dieser Besuch einerseits zum besseren Verständnis der Lage in Polen bei, andererseits zeigte er die Bundesrepublik als offen für die Suggestionen der polnischen Regierung, insbesondere als Warschau, wie aus Informationen aus Paris hervorging, in mehreren europäischen Hauptstädten die Regierungsversion der Ereignisse in der Volksrepublik Polen darstellen wollte. Zu diesen Besuchen kam es allerdings nicht. Wie es in französischen diplomatischen Kreisen hieß, »klopfte die Regierung in Warschau an viele Türen«, auch in Paris, aber nur in Bonn wurde ihr geöffnet.<sup>29</sup> Die Mission von Rakowski wurde in Warschau sehr positiv bewertet. Wie aus der Dokumentation des polnischen Außenministeriums hervorgeht, traf er bei den Sozialdemokraten auf Verständnis für die eingetretene Lage und erhielt außerdem die Zusicherung, dass die SPD weiterhin eine zurückhaltende Haltung gegenüber der *Solidarność* bewahren werde.<sup>30</sup> Eine solche Deklaration war nicht leicht, wie der Stellvertretende SPD-Vorsitzende Hans-Jürgen Wischniewski anmerkte, sie harmonisierte nicht mit der Haltung der »Parteiniederungen«, die lautstark eine entschiedeneren Unterstützung für die *Solidarność* forderten.<sup>31</sup>

Ebenfalls negativ nahm die westdeutsche Öffentlichkeit den Besuch des Sozialdemokraten Herbert Wehner in Polen vom 19. bis 22. Februar 1982 auf. Über die Reise wurde viel geschrieben, wobei sie meist kritisiert beziehungsweise als Beispiel für die Unterstützung der Jaruzelski-Regierung durch die Sozialdemokratie respektive zur Illustration der inneren Spaltung in der SPD dargestellt wurde. Wehner traf sich in Warschau vor allem mit General Jaruzelski und Bischof Bronisław Dąbrowski als Repräsentanten der katholischen Kirche, wobei das Gespräch als besonders offen und vertrauensvoll bezeichnet wurde. (In diesem Kontext war die Deklaration interessant, bereit zu sein, eine inoffizielle Vereinbarung der Kirche mit der Regierung abzuschließen.) Die polnische Seite (sowohl der Bischof als auch die Regierungsseite) bat Wehner um höchste Vertraulichkeit. Über die Gespräche des SPD-Fraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag wurde eine spezielle Notiz ausgefertigt, die für Schmidt und Außenminister Genscher bestimmt

---

Akt Nowych (AAN), KC PZPR, Wyd. Zagr. 1083 (950/19), Dok. 1, Notatka z pobytu w Republice Federalnej Niemiec w dniach 30–31 grudnia br.[1981], tajne.

29 AAPD 1982, Dok. 8, Botschafter Herbst, Paris, an das Auswärtige Amt, 6.1.1982, S. 30–33.

30 AAN, KC PZPR, Wyd. Zagr. 1083 (950/19), Dok. 1, Notatka z pobytu.

31 Ebd.

war,<sup>32</sup> außerdem sprach Wehner über die Besuche in Warschau mit dem Kanzler vor seiner Abfahrt zu den deutsch-französischen Konsultationen in Paris,<sup>33</sup> bei denen auch die polnische Problematik besprochen werden sollte.<sup>34</sup>

Unabhängig davon wie günstig der Besuch von Rakowski in Bonn oder der von Wehner in Warschau für die Verifizierung von Informationen waren, die aus Warschau hereinkamen, haben sie mit Sicherheit dazu beigetragen, dass sich der politische Kampf in der Bundesrepublik weiter verschärfte. Die Presse schrieb viel zu den Zielen und Ergebnissen dieser Besuche. Besonders scharf wurden Wehner und Schmidt angegriffen, indem man ihnen Kontakte zur »Militärjunta« in Polen beziehungsweise die Unterstützung der sowjetischen Machtpolitik vorwarf, und auch, den Kriegszustand in die »politischen Salons« zu verlegen.<sup>35</sup> Die CDU/CSU beschuldigte die SPD, politisch leichtfertig zu handeln und die Militärmacht in Warschau zu unterstützen. In der Presse erschienen außerordentlich heftige Kommentare und Artikel, die für lange Zeit die Wahrnehmung der Beziehungen der SPD zu Polen prägten. Vor allem wurden die zu engen Kontakte der SPD zum »Regime von General Jaruzelski« betont. Es ist wahr, dass die persönliche Bekanntschaft einiger Regierungsmitglieder, der gute Eindruck, den General Wojciech Jaruzelski auf westdeutsche Diplomaten machte, zweifellos eine positive Rolle bei der Beurteilung der Ereignisse in Polen spielte.

Sehr viel positiver wurden die Kontakte zu Warschau in der Stille der Amtsräume und während der Gespräche auf höchster Ebene interpretiert. Sowohl der Brief von Bundeskanzler Schmidt an Jaruzelski (und Breschnew), der Inhalt der Gespräche von Rakowski in Bonn Ende 1981, als auch die Korrespondenz, die aus Warschau eintraf (das waren Antworten auf den Brief von Schmidt) wurden vom bundesrepublikanischen Außenminister in Brüssel vorgestellt. Am 4. Januar 1982 fand eine außerordentliche Sitzung von neun Außenministern der EWG-Staaten im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) statt. Bei die-

32 AMSZ, Dep. IV 7/86, w-3, Szyfrogram nr 3457/I z 3 marca 1982.

33 dpa, Wehner/Polen; Wehner beim Kanzler, 24.2.1982.

34 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Pressemitteilung Nr. 82/82, 1.3.1982, Deutsch-französische Erklärung anlässlich der 39. Gipfelkonsultationen in Paris am 24./25.2.1982.

35 Bei den Anklagen führend war Hans Graf Huyn, außenpolitischer Sprecher der CSU-Bundestagsfraktion und außenpolitischer Berater von Franz Josef Strauß. Mehr zu diesem Thema: Union kritisiert Polen-Reise Wehners, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.2.1982; M. Schell, Reise nach Warschau, in: Die Welt, 18.2.1982.

ser Sitzung gelang es, die Haltung der Mitgliedsstaaten zu den Ereignissen in Polen abzustimmen (obwohl wesentliche Divergenzen bestanden), aber auch eine Reihe gemeinsamer Maßnahmen festzulegen.<sup>36</sup> Auf das Ergebnis des Treffens in Brüssel hatte die westdeutsche Erklärung Einfluss,<sup>37</sup> die es ermöglichte, die Haltung der »Neun« zu vereinheitlichen und eine gemeinsame Erklärung vorzubereiten.<sup>38</sup>

Die nachgebende Politik der Bundesregierung, aber auch die Taktik, die von der SPD eingeschlagen wurde, wurden vonseiten der USA stark kritisiert. Am 5. Januar 1982 traf sich Bundeskanzler Schmidt mit US-Präsident Ronald Reagan in New York. Die Atmosphäre, die bei den amerikanisch-westdeutschen Konsultationen vorherrschte, kann mit dem ersten Satz charakterisiert werden, mit dem US-Außenminister Alexander Haig das Gespräch mit Schmidt begann. Er sagte, dass »in der Einschätzung der Lage in Polen größere Meinungsverschiedenheiten zwischen Bonn und Washington als zwischen Bonn und Moskau bestehen«.<sup>39</sup> Wahrscheinlich irritierte die Zurückhaltung von Schmidt und der Bundesregierung angesichts der Ereignisse in Polen, aber auch sein Einfluss auf das Verhalten der Verbündeten in Westeuropa die Verwaltung in Washington.<sup>40</sup> Die Atmosphäre wurde von der dortigen Presse angeheizt. Der radikalste Kommentar erschien im »Wall Street Journal«, in dem die Haltung Schmidts »ein Beispiel für demoralisiertes politisches Führertum, das in der Zukunft den Status eines finnlandisierten Industrievasallen eines totalitären Imperiums erlangt«, genannt wurde.<sup>41</sup>

36 AMSZ, Dep. IV 8/86, w-12, bp., ebd., w-3, bp., Notatka informacyjna, spotkanie ministrów spraw zagranicznych EWG w sprawie Polski (Bruksela 4 stycznia 1982 r.), poufne.

37 Die Haltung der Bundesrepublik hätte zu der folgenden These führen können: sowjetischer Druck, sowjetischer Einfluss, aber Jaruzelski war kein sowjetisches Werkzeug. AAPD 1982, Dok. 7, Rundverlaß des Ministerialdirektors Pfeffer, 5.1.1982, S. 27–29.

38 Komunikat końcowy o spotkaniu ministrów spraw zagranicznych krajów EWG dotyczącym Polski, Bruksela, 4 stycznia 1982 r., in: *J. Zajac*, *Polska w stosunkach międzynarodowych. 1945–1989. Wybór dokumentów, wybór i oprac.*, Warszawa 2005, S. 180–181; die Einheitlichkeit der Ziele der EWG-Staaten war von großer Bedeutung angesichts der bevorstehenden Konsultation auf der Sondersitzung der Minister der NATO-Staaten (11. Januar 1982).

39 AAPD 1982, Dok. 9, Gesandter Dannenbring, Washington, an das Auswärtige Amt, 6.1.1982, S. 34–41.

40 BStU, MfS, HVA 13, Bl. 3, Außenpolitische Informationsübersicht, Weitere westliche Reaktionen und die Haltung Chinas zur Entwicklung nach der Verhängung des Ausnahmezustandes in der VRP.

41 Zitiert nach *Mainhardt Graf von Nayhauf*, *Helmut Schmidt. Mensch und Macher*, 2. Aufl., Bergisch Gladbach 1988, S. 436. Siehe auch: *Helmut Schmidt*, *Menschen und Mächte*, Berlin 1987, S. 304.

Trotz der unterschiedlichen Wahrnehmung der Ostproblematik und unterschiedlicher Taktiken gelang es in New York, zu einer Einigung zu gelangen und die Berührungspunkte zu erarbeiten, die eine eigene »Road Map« für die Ost-West-Beziehungen im Kontext der polnischen Krise bildeten.<sup>42</sup> Ein unbestreitbarer Erfolg der Konsultationen war, wie sich in der Abschlusserklärung widerspiegelte,<sup>43</sup> die Festlegung sowohl einer gemeinsamen Taktik als auch der Ziele für die Gespräche mit Warschau: Aufhebung des Kriegszustands, Freilassung aller Inhaftierten und Wiederaufnahme der Gespräche mit der *Solidarność* und der Kirche (erstaunlich war die Ähnlichkeit dieser Ziele mit dem Inhalt der Bundestagsresolution vom 18. Dezember 1981). Der Besuch wurde in den westdeutschen Regierungskreisen positiv bewertet, wobei die gemeinsamen Elemente hervorgehoben und die Meinungsverschiedenheiten verschwiegen wurden.<sup>44</sup>

Die Kritik an der liberalen Haltung der Bundesregierung und der SPD gegenüber der Lage in Polen kam auch vom wichtigsten europäischen Partner der Bundesrepublik. Sehr negativ zur Haltung der Sozialdemokraten äußerte sich die französische Presse. Öffentlich wurden Brandt und die Polen-Politik der Bundesregierung kritisiert.<sup>45</sup> Das machten sogar Zeitungen, die Bonn gegenüber wohlgesonnen waren.<sup>46</sup> Publizisten mieden keine plumpen Beschimpfungen wie: »deutsche Schuhputzer des Kremls«. <sup>47</sup> Sichtbar war, wie die französische und die deutsche Polen-Politik auseinanderdrifteten.<sup>48</sup>

42 AAPD 1982, Dok. 9, Gesandter Dannenbring, Washington, an das Auswärtige Amt, 6.1.1982, S. 34–41.

43 Gemeinsame Erklärung des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Ronald Reagan, und des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Schmidt, vom 5. Januar 1982 anlässlich des Besuchs des Bundeskanzlers, in: *Europa-Archiv* 37 (1982), H. 6, S. D165–D167.

44 Informationen der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, 8.1.1982, Betr.: Polen/Deutsch-amerikanischen Verhältnis, Karsten D. Voigt.

45 *Eberhard Schulz*, Die deutschen Frage und die Nachbarn im Osten. Beiträge zu einer Politik der Verständigung, München 1989, S. 164–179.

46 AAPD 1982, Dok. 8, Botschafter Herbst, Paris, an das Auswärtige Amt, 6.1.1982, S. 30–33.

47 Im »L'Express« wurde eine Karikatur von Schmidt als Schuhputzer von Breschnew publiziert, wofür die Opposition in der Bundesrepublik viel schrieb: *H. Klein*, Wohin steuert Schmidt? – Opfer der Entspannungszusammenhänge, in: *Deutschland-Union-Dienst*, Nr. 5, 8.1.1982, S. 5.

48 Die französische Öffentlichkeit reagierte sehr emotional auf die Ereignisse in Polen, während Präsident Mitterrand ein pragmatisches Verhältnis sowohl zur Volksrepublik Polen als auch zur Strategie, die die Bundesrepublik eingeschlagen hatte, entwickelte. Das brachte er im Vier-Augen-Gespräch mit Schmidt im Januar 1982 eindeutig zum Ausdruck, als er davon sprach, dass die Politik Deutschlands am realistischsten sei, aber auch von 55 Millionen französischen Helden, die sich

Auf die Form der polnischen Politik, aber auch das Verhältnis der SPD zu Polen hatten Informationen Einfluss, die aus kirchlichen Kreisen stammten. Die Einschätzungen und Meinungen der Kirche wurden insbesondere bei Umbruchsituationen in Betracht gezogen. Nach Verhängung des Kriegszustands berief sich die SPD gern auf Meinungen aus kirchlichen Kreisen in Polen und aus dem Vatikan. Die Informationsquellen wurden verwendet, um die Politiker der Volksrepublik und deren Maßnahmen einzuschätzen. Beispielweise kam es aus Anlass des Besuchs des Primas von Polen, Józef Glemp, in Rom vom 4. bis 11. Februar 1982<sup>49</sup> zu einem Treffen zwischen ihm und dem Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Rom, Walter Gehlhoff, bei dem die Haltung Glemps angesichts der Lage in Polen besprochen wurde.<sup>50</sup> Besonders interessant für die deutsche Seite war seine Einschätzung von Jaruzelski und den Maßnahmen der polnischen Regierung unter dem Kriegszustand. Der Primas war der Meinung, der General stelle die letzte Chance dar, dass »Polen von Polen regiert werde«. Wenn Jaruzelski gestürzt werden würde, wäre mit allgemeinem Chaos zu rechnen, vielleicht mit einer Intervention von außen beziehungsweise mindestens mit Regierungen, die fremden Willen umsetzen würden.<sup>51</sup> Nach Glemps Ansicht war es das Ziel Jaruzelski

---

für Polen engagierten, insbesondere, da sie dafür kein Blut vergießen mussten. AAPD 1982, Dok. 20, Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Mitterrand in Paris, 13.1.1982, S. 88–96.

49 Glemp sucht Rat in einer ausweglos erscheinenden Situation, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5.2.1982; Glemp: Die polnische Kirche fordert die Rückkehr zum Dialog, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.2.1982; »Unser Vaterland ist krank«, in: Die ZEIT, 12.2.1982.

50 AAPD 1982, Dok. 45, Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), an das Auswärtige Amt, 6.2.1982, S. 218–221.

51 General Jaruzelski, der am 11. Februar 1981 zum Ministerpräsidenten der Volksrepublik Polen ernannt wurde, fand – nicht zuletzt wegen seiner Regierungserklärung – Anerkennung in den Augen der Sozialdemokraten, wovon bereits im Februar 1981 Koschnick in einem Interview für das ZDF (BPA-Nachrichtenabteilung, Rundf.-Ausw. Deutschland, ZDF/25.2.81/19.00/hjs – Heute) und auf der Sitzung des Parteivorstands sprach (AdsD, NL Helmut Schmidt, 6323, Präsident des Senats, Bericht über meine Gespräche in der Volksrepublik Polen in der Zeit vom 21.2. bis 26.2.1981, Bremen, 28.2.1981). Auch Genscher, der Polen einen Monat später besuchte, war vom neuen Ministerpräsidenten sichtbar beeindruckt. Vor allem schien das, was er sagte, sehr ehrlich und überzeugend zu sein. Davon, dass Jaruzelski als Mensch wahrgenommen wurde, dem es in erster Linie um das Wohl des Landes ging, war auch auf internationaler Ebene die Rede, zum Beispiel beim Treffen Genschers mit dem italienischen Außenminister Emilio Colombo oder bei bilateralen Gesprächen in Washington. Von einer positiven Haltung Jaruzelskis war angeblich sogar Primas Stefan Wyszyński überzeugt, wovon ein westdeutscher Diplomat sprach: »Jaruzelski ist in erster Linie Pole, ein polnischer Patriot. Das war auch die Meinung von Kardinal Wyszyński«.

zelskis, eine stabile Lage im Lande zu schaffen, ohne gegen zwei polnische Dogmen zu verstoßen: die Zugehörigkeit der Volksrepublik Polen zum Warschauer Pakt und die führende Rolle der Partei. Bei der Gelegenheit nahm Glemp auch Stellung zur Solidarność, die vom Westen als geschlossene und einheitliche Bewegung wahrgenommen wurde, die für die gesamte Bevölkerung repräsentativ sei. Jedoch bildeten sich in der Solidarność, und insbesondere in ihrer Führung, sehr unterschiedliche Gruppen: neben Syndikalisten gab es Opportunisten, es gab Funktionäre der PVAP, aber auch Trotzlisten, die vor allem gegen die UdSSR kämpfen wollten. Die Regierung war bereit, mit Wałęsa zu sprechen, der »da er seine eigenen [intellektuellen] Beschränkungen kannte«, Gespräche ohne Teilnahme seiner Berater und der übrigen Mitglieder des Präsidiums zu führen, nicht zustimmen wollte.<sup>52</sup> Die Bundesregierung und die SPD waren von der Bereitschaft der polnischen Kirchenhierarchie überzeugt, eine langfristige Zusammenarbeit mit Jaruzelski aufzunehmen und die Ereignisse vom 13. Dezember 1981 als »kleineres Übel« zu betrachten.<sup>53</sup> Die Kirchenleitung war von seinen guten Absichten überzeugt. Auch die Maßnahmen Jaruzelskis im Bereich der Gewerkschaften wurden von Kirchenkreisen positiv bewertet. Für die Kirche war das entscheidende Problem die Frage der Solidarność und ihrer Haltung zum Kriegszustand. Im Episkopat wurde damit gerechnet, dass die Mehrheit der Funktionäre zum gemäßigten Kurs überwechseln würde, der von Wałęsa vertreten wurde.<sup>54</sup> In dieser Zeit weckte die Tätigkeit des Komitees zur Verteidigung der Arbeiter und einiger anderer Funktionäre der Solidarność Vorbehalte in Kirchenkreisen. Einige Bischöfe versteckten ihren Unwillen ihnen gegenüber nicht, indem sie betonten, dass »viele von ihnen »nicht aus polnischer Erde gewachsen sind«.<sup>55</sup> Die Meinung

---

AAPD 1981, Dok. 253, Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem italienischen Außenminister Colombo in Rom, 11.9.1981, S. 1337–1347.

52 AAPD 1982, Dok. 45, Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), an das Auswärtige Amt, 6.2.1982, S. 218–221.

53 Wie beim BND analysiert wurde, würden die Gewerkschaften in Polen trotz der Beschränkungen mehr Rechte und Handlungsmöglichkeiten haben als alle anderen Gewerkschaften in den Staaten des Ostblocks. AdSD, NL Herbert Wehner, 1699, Der Präsident des Bundesnachrichtendienstes (Dr. Klaus Kinkel) an Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Herrn Herbert Wehner, MdB, 17.3.1982, Betr.: Informationen zu Polen (vertraulich).

54 BStU, MfS, HVA 17, Information über Einschätzungen der Lage in der VR Polen durch die Kreise der BRD-Regierung und des Vatikans, Nr. 422/82, Berlin, 8.10.1982, Bl. 55–58.

55 AMSZ, Dep. IV, 7/86, w-1, Bl. 19, Chiffretelegramm aus Rom, Nr. 2281/I/973, 11.2.1982, geheim. Besonders ungern äußerte man sich damals in Kirchenkreisen über Karol Modzelewski. Beispiels-

und das Verhalten des Episkopats bewirkten, dass die SPD vielfach eine milde Haltung gegenüber den Ereignissen in Polen zeigte. Gleichzeitig nahmen die Sozialdemokraten eine kritische Haltung gegenüber den Funktionären und der Bewegung *Solidarność* ein.<sup>56</sup>

Einen gewissen Einfluss darauf, dass eine solche Haltung eingenommen wurde, hatte die Tatsache, dass die Personen, zu denen die Sozialdemokraten in Kontakt standen, nicht immer ihren Vorstellungen und politischen Standards entsprachen. Gegenüber einigen Oppositionellen war man sehr reserviert. Hier konnte die Tatsache von Bedeutung sein, dass in Polen aufgrund des Massencharakters der Bewegung die Oppositionellen unterschiedlichen Berufsgruppen und sozialen Gruppen angehörten. Unter ihnen waren Intellektuelle und Personen mit geringer Bildung. In der Regel befanden sich unter den Oppositionellen, zu denen die SPD gute Beziehungen unterhielt, Menschen, die zur intellektuellen Avantgarde des Landes gehörten, etwa Václav Havel in der Tschechoslowakei oder Felipe Gonzáles von der spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei oder Mário Soares von der portugiesischen Sozialistischen Partei. Diese Kriterien erfüllte Wałęsa als Arbeiterführer und Oppositioneller nicht. Die Opposition wurde sowohl im Hinblick auf ihre Stärke als auch auf die Persönlichkeit unterschätzt. Mit einer gewissen Irritation nahmen die Sozialdemokraten wahr, dass die polnische Opposition provozierend von religiösen Symbolen Gebrauch machte und mit Religiosität Eindruck machen wollte. Gleichzeitig zollten sie der katholischen Kirche und der Rolle, die sich in der polnischen Bevölkerung und Politik spielte, Respekt. Dieser Widerspruch resultierte vor allem aus der Tatsache, dass die Kirche von den führenden SPD-Politikern als politischer und intellektueller Partner wahrgenommen wurde, und nicht als Quelle des Glaubens, das betraf vor allem Helmut Schmidt

---

weise berichtete Primas Glemp auf der Sitzung des Hauptrats der Polnischen Bischofskonferenz über den Verlauf eines Treffens zwischen ihm und einer Gruppe der *Solidarność* am 9. Dezember 1981. (Am Treffen nahmen von kirchlicher Seite teil: Primas Glemp, Pfarrer Orszulik und Pfarrer Piasecki. Die *Solidarność* vertreten: Wałęsa, Jastrzębski, Wądołowski, Modzelewski, Mazowiecki und Wielowieyski). Damals waren die Vertreter der *Solidarność* sehr selbstsicher, sie meinten, »die Macht liegt auf der Straße, man muss sie nur aufheben«. Bei diesen Meinungen war, gemäß dem Bericht Glemps, Modzelewski führend. *Marlena Kindziuk*, Kardynał Józef Glemp, *Ostatni taki prymas*, Warszawa 2010, S. 197–198.

56 *Małgorzata Świder*, Wałęsa i inni. Opozycja solidarnościowa w ocenach polityków zachodniemieckich w latach 1980–1989, in: *Krzysztof Łabędź/Małgorzata Świder* (Hrsg.), *Opozycja w Europie Środkowo-Wschodniej. 1945–1989*, Kraków 2014, S. 303–328.

und Willy Brandt, später auch Hans-Jochen Vogel. Gemäß westlichen Standards wurde die Politik von religiösen Fragen getrennt.<sup>57</sup>

Unabhängig von der Argumentation und den Maßnahmen, die von der sozial-liberalen Regierung getroffen wurden, kritisierte die Weltöffentlichkeit die Haltung der Regierung Westdeutschlands scharf. Man sah und beurteilte vor allem die Zurückhaltung der Sozialdemokraten und stellte sie den emotionalen Auftritten in Frankreich gegenüber, die Brandt »Phrasendrescherei über Polen« nannte.<sup>58</sup> Dies bewirkte, dass die SPD als regimefreundliche Partei eingeschätzt wurde, die an einem Fortbestand des kommunistischen Systems in Polen interessiert war. Eine solche Einschätzung begleitete die Sozialdemokraten praktisch bis zum Ende ihrer Regierungsverantwortung (Oktober 1982). Nachdem sie in die Opposition gewechselt hatte, wurden Meinungen dieser Art über die SPD-Politik nicht marginalisiert, sondern noch verstärkt.

Maßnahmen, die das negative SPD-Bild hätten ändern können, wurden weitab von den Reportern ergriffen. Sie liefen oft unter Nutzung von diplomatischen Möglichkeiten und der internationalen Stellung der Partei. So wurden zum Beispiel von Willy Brandt Maßnahmen zugunsten der *Solidarność* und der Funktionäre des »Komitees zur Verteidigung der Arbeiter« (KOR) während des Prozesses gegen die »Elf« eingeleitet. Die »Sache« in der SPD leitete bereits im Mai 1983 die Korrespondenz zwischen Heinrich Böll und Brandt ein. Der Schriftsteller Böll erhielt von Adam Michnik aus Polen Nachricht über die Inhaftierung von Oppositionellen – vier Mitgliedern des KOR (Adam Michnik, Jacek Kuroń, Zbigniew Romaszewski und Henryk Wujec) und sieben Mitgliedern der *Solidarność*. Es ging um eine Intervention der SPD, am besten auf diplomatischen Kanälen, und eine Mobilisierung der Staatsmänner: François Mitterrand, Felipe Gonzáles, Olof Palme und anderer Politiker der Sozialistischen Internationale, damit die polnische Regierung einen geheimen Prozess unterlassen würde.<sup>59</sup> Das Problem der Inhaftierten wurde von SPD-Politikern mehrfach angesprochen. So traf sich Hans Koschnick, der sozialdemokratische Bürgermeister von Bremen, auf einer Polen-Reise (Mai 1983) mit Vertretern der Opposition in Polen, dabei wurde von den »Elf« gesprochen, aber auch davon, den Kriegszustand aus Anlass des 22. Juli auf-

57 *Šwider*, Die katholische Kirche in Polen und die SPD.

58 Brandt rügt »unerträgliche Phrasendrescherei über Polen«, in: Frankfurter Rundschau, 24.12.1981.

59 AdSD, NL Hans-Jürgen Wischniewski ,989, Heinrich Böll an Willy Brandt, 5.3.1983.

zuheben.<sup>60</sup> Zum Thema der Inhaftierten wurde auch beim ersten offiziellen Besuch einer Delegation der PVAP-Parlamentsfraktion unter Leitung von Kazimierz Barcikowski in Bonn weiter »gebohrt«. Da kam es zu einem Gespräch von Barcikowski mit Hans-Jochen Vogel (26. Oktober 1983),<sup>61</sup> aber auch mit Brandt, den die polnische Seite über den sich verlängernden »Prozess der Elf« informierte.<sup>62</sup> Die Fortsetzung der Intervention in der Sache Michnik und andere stammte von Ende Januar/Anfang Februar 1984, das heißt aus der Zeit der Warschau-Reise von Wischnewski vom 31. Januar bis 5. Februar 1984.<sup>63</sup> Aufgrund der Maßnahmen der Kirche »hinter den Kulissen« stand die SPD auf dem Standpunkt, sich von eindeutigen Maßnahmen zurückzuhalten, bis das Einverständnis der Kirche eingeholt wurde. Die Botschafter der westlichen Staaten schlugen diskrete Maßnahmen für die Inhaftierten vor, aber den Umfang dieser Maßnahmen wollte man vom Einverständnis der Kirche abhängig machen.<sup>64</sup> Für die SPD waren zwei Aspekte wichtig: erstens die eventuellen Konsequenzen des Prozesses der Oppositionellen. Das waren mit Sicherheit Erschwernisse bei der Normalisierung der diplomatischen Kontakte zur Volksrepublik Polen,<sup>65</sup> und genau auf diese Aspekte machte Wischnewski in den Gesprächen mit den polnischen Politikern aufmerksam. Zweitens, die Meinung und die Maßnahmen der katholischen Kirche »hinter den Kulissen«. Die SPD kooperierte mit ihr in dieser Frage vollständig. Das Problem der »Elf« war für die Sozialdemokraten im Juli 1984 nicht mehr aktuell, aufgrund der Amnestie, die entgegen den Erwartungen des Westens auch vier Mitglieder des KOR umfasste (Michnik, Kuroń, Romaszewski und Wujec).<sup>66</sup>

60 AdsD, NL Walter Polkehn, 202, Freie Hansestadt Bremen, Der Präsident des Senats an den Vorsitzenden der Bundestagsfraktion der SPD, Herrn Dr. Hans-Jochen Vogel, MdB, Bremen, 19.5.1983.

61 AdsD, NL Eugen Selbmann, 89, Aufzeichnung, Gespräch am 26. Oktober 1983. Gesprächsteilnehmer: Dr. Hans-Jochen Vogel, Dr. Barcikowski, Botschafter Olechowski, Frau Michalowska (Dolmetscherin).

62 AdsD, NL Hans-Jürgen Wischnewski, 431, Aufzeichnung über die Begegnung des SPD-Vorsitzenden Brandt mit der polnischen Delegation unter Führung des PVAP-Fraktionsvorsitzenden Barcikowski, Bonn, den 25. Oktober 1983.

63 AdsD, NL Hans-Jürgen Wischnewski, 431, Sachstand, Betr.: Prozess gegen sieben führende Solidaritäts- und vier KOR-Mitglieder.

64 Ebd.

65 AdsD, NL Hans-Jürgen Wischnewski, 431, Gesprächsführungsvorschlag für die Reise MdB Wischnewski nach Polen am 31. Januar 1984, Bonn, den 26. Januar 1984.

66 Archiwum Instytutu Pamięci Narodowej, BU 1585/3894, Bl. 39, Załącznik do informacji dziennej z dnia 28 lipca 1984 r.

Es gab auch Hilfe der Sozialdemokraten für die Berater der Solidarność, zum Beispiel für Bronisław Geremek, der sich in der SPD großen Respekts erfreute, ähnlich wie Tadeusz Mazowiecki, der 1989 Ministerpräsident von Polen wurde. Es gab aber auch Unterstützung für andere Oppositionsfunktionäre.<sup>67</sup> Ein charakteristisches Element für die SPD-Unterstützung war, dass sie Personen gewährt wurde, und das unabhängig davon, ob Parteimitglieder oder Oppositionelle, diese als gemäßigt in ihren Ansichten und politisch der Sozialdemokratie nahestehend angesehen wurden. In der Konsequenz dessen wurde im Jahr 1989 organisatorische und materielle Unterstützung nur einem Teil der Opposition gewährt, von der man wusste, dass sie sozialdemokratische Ansichten hatte, wobei man sich gleichzeitig von jenen Gruppen in der PVAP distanzierte, die bisher als fortschrittlichste und mit der Sozialdemokratie sympathisierende Gruppen von der SPD unterstützt worden waren. Ein Beispiel für ein solches Verhalten, das eigentlich ein Bruch mit dem zuvor geltenden Grundsatz der Kontinuität guter Beziehungen war, war das Verhältnis der SPD zu Mieczysław Rakowski in der zweiten Hälfte des Jahres 1989.<sup>68</sup>

Ein zweites Kriterium, um Hilfe für Oppositionelle zu leisten, war Diskretion zu bewahren. Leider garantierten die Funktionäre der Solidarność keine Diskretion, wovon Pressemeldungen aus dem Jahr 1984 zeugten. Es ging um einen vom Sicherheitsdienst abgefangenen angeblichen Brief von Jerzy Milewski an Bogdan Lis. In ihm war die Rede von finanzieller Unterstützung des Westens im Gegenzug für den Boykott der Wahl zur Selbstverwaltung, die für den 17. Juni 1984 geplant war. Zwar war die SPD nicht die »Hauptangeklagte« in der Pressekampagne, die vom damaligen Regierungssprecher Jerzy Urban geführt wurde, jedoch fielen die Namen sowohl von Wischniewski als auch von Erwin Kristoffersen vom DGB in den »Sensationsmeldungen« der »Trybuna Ludu« vom 13. Juni 1984. Das

67 Die SPD ergriff auch Maßnahmen bei der Inhaftierung von Edmund Bałuka (1933–2015). Um eine Milderung seines Schicksals bemühten sich vier Bundestagsabgeordnete aus Köln, worüber der Sekretär für internationale Angelegenheiten des SPD-Vorstands, Hans-Eberhard Dingels, den Fraktionsvorsitzenden informierte. AdsD, NL Eugen Selbmann, 170, Internationaler Sekretär Hans-Eberhard Dingels, Vermerk an Hans-Jochen Vogel, Betr.: Dein Gespräch mit dem polnischen Geschäftsträger Witold Sędziwy am 7. Juni 1983, Bonn, 6.6.1983.

68 *Małgorzata Świder*, 1989 – rok przełomu i relacje polsko-niemieckie. Wsparcie SPD dla Komitetu Obywatelskiego »Solidarność«, in: *Jerzy Karnaś/Lukasz Danela* (Hrsg.), 25 lat polskiej transformacji systemowej. Dokonania i wyzwania, Kraków 2014, S. 289–300.

reichte, um in Bonn in den Gewerkschafts- und Parteikreisen Bestürzung hervorzurufen.<sup>69</sup> Während der Gespräche von Stephan Thomas mit Geremek (im August 1984) konzentrierte man sich auf die Haltung der SPD zur Solidarność.<sup>70</sup> Da wurde die Bestürzung, die in Bonn aufgrund der Missverständnisse zwischen SPD und Solidarność herrschte, nach Warschau übermittelt. Es ging vor allem um die Kritik an einigen Maßnahmen und Gesten der Sozialdemokraten. Die Kritik, die von der Solidarność vorgebracht wurde, resultierte wahrscheinlich daraus, dass sie die spezifischen Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland nicht verstanden und die jeweiligen Ereignisse und Treffen nicht richtig einschätzen konnten. In diesem Fall ging es um die Besuche von Wehner und Wischniewski und die von ihnen geführten Gespräche auf der höchsten Ebene von Partei und Staat. Bei der Gelegenheit wurde der Brief von Milewski an Lis eine »geschwätzig Nachricht« und »ein dilettantischer Versuch, Einfluss auf die Haltung von SPD und DGB zu nehmen«, genannt.<sup>71</sup> Mit Sicherheit negativ wurden in Warschau die Äußerungen einiger SPD-Politiker aufgenommen, die kritisch über die Lage in Polen und die Position der Solidarność sprachen. Unter anderem forderte Wischniewski nach Gesprächen mit der Regierung und Erzbischof Dąbrowski die Aufhebung der Wirtschaftssanktionen gegen Polen und sprach von seiner Enttäuschung über die Haltung und Tätigkeit der Solidarność, die mit überzogenen gesellschaftlich-politischen Forderungen auftrat.<sup>72</sup>

Trotz vieler Vorbehalte gegenüber der Solidarność kam es zu Treffen von SPD-Politikern mit Funktionären der Opposition. Sie fanden in der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland statt. Zu den dort organisierten Cocktail-Partys für die Presse wurden die entsprechenden Personen eingeladen.<sup>73</sup> Die Sozialdemokraten vermieden bei den Kontakten zur Opposition Aufsehen und bevorzugten die stille Diplomatie. Außerdem richtete sich die SPD nach den Meinungen und Rat-

69 AdsD, NL Eugen Selbmann, 171, Szenario einer politischen Affäre zwischen Ost und West. Persönlich/Vertraulich.

70 AdsD, NL Horst Ehmke, 454, Gespräch mit Prof. Geremek.

71 Ebd.

72 AdsD, NL Walter Polkehn, 204, AP-120 4, Wischniewski fordert Aufhebung der Sanktionen gegen Polen. Ernüchterung über Arbeit der Gewerkschaft »Solidarität«.

73 AdsD, NL Eugen Selbmann, 151, Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, Warschau, Herrn Eugen Selbmann, SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Warszawa, 24.10.1984.

schlagen, die sie diskret von der katholischen Kirche erhielt. Das kann man als Beispiel für die Kontinuität der Haltung der Sozialdemokraten ansehen. Ein Beispiel dafür, sich derart den Ratschlägen der Kirche »unterzuordnen«, war die Entscheidung, dass der SPD-Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag, Hans-Jochen Vogel, bei seinem Warschau-Besuch im November 1984 das Grab von Pfarrer Jerzy Popiełuszko nicht aufsuchte.<sup>74</sup> In der Vorbereitungsphase des Besuchs wurde geplant, das Grab des ermordeten Priesters zu besuchen und das entgegen der Haltung der polnischen Regierung. Erst nach einem Gespräch mit Erzbischof Dąbrowski wurden diese Pläne aufgegeben.<sup>75</sup> Vogel würdigte die symbolische Bedeutung des Todes von Pfarrer Popiełuszko, was er bei der Sitzung der SPD-Fraktion am 12. November 1984 zum Ausdruck brachte. Da sprach er davon, dass dieser Mord dazu beigetragen habe, die »politisch absterbende Solidarność wieder zu beleben«, sagte aber gleichzeitig auch, dass dies den Impuls zur weiteren Destabilisierung der Lage in Polen gegeben habe. Persönlich sah er keine vernünftige Alternative zum politischen Kurs von Jaruzelski.<sup>76</sup> Die Haltung Vogels traf auf große Kritik vonseiten der Opposition, insbesondere da es damals nicht zu einem Treffen mit Führern der Solidarność kam.<sup>77</sup> Leopold Unger schrieb in der in Paris herausgegebenen »Kultura«:

»Er wurde empfangen und drückte die Hand von General Jaruzelski und einiger anderer Würdenträger. Er drückte weder die Hand polnischer Arbeiter noch des Nobelpreisträgers, des Führers der authentischsten Massen- und Arbeitergewerkschaft in Europa noch irgendeines seiner Berater. Er begab sich nicht an das Grab von Pfarrer Popiełuszko, dem Märtyrer für die Sache der Arbeiter. [...] Vogel hat das Bild von Brandt auf Knien im Ghetto aus der Erinnerung der Polen gelöscht. Oder anders gesagt: Die Juden vergessen Brandt seinen Besuch im Ghetto nicht, die Polen vergessen Vogel die Nichtanwesenheit am Grab von Popiełuszko nicht. Das ist ein großer Schaden für die Atmosphäre der Beziehungen nicht zwischen der SPD und der PVAP, sondern der Beziehungen zwischen Deutschen und Polen«.

74 AAN, KC PZPR, Wyd. Zagr. 1104, Notatka nt. przebiegu wizyty Przewodniczącego Frakcji SPD w Bundestagu, Hansa-Jochena Vogla.

75 »Da mir auch der Episkopat von einem Grabbesuch abriet, habe ich schließlich darauf verzichtet«. AdsD, NL Horst Ehmke, 622, Hans-Jochen Vogel an Herrn Thomas Meyer, Gustav-Heinemann-Akademie, Bonn, den 14. Januar 1986.

76 AMSZ, Dep. IV 38/87 w-4, MSZ, Szyfrogram nr 2625/IV/5489 z Kolonii, dn. 14 listopada 1984, tajne.

77 *Leopold Unger*, *Widziane z Brukseli*, in: *Kultura* 1985, 1/448, S. 148–149.

Enttäuschung über die Haltung von Vogel brachte auch Mazowiecki beim Treffen mit Brandt im Klub der Katholischen Intelligenz im Dezember 1985 zum Ausdruck. Erst im Jahr 1987 legte der neue SPD-Vorsitzende Vogel bei einem offiziellen Besuch in Warschau Blumen am Grab von Pfarrer Jerzy Popiełuszko nieder.<sup>78</sup>

Ein zweites Ereignis, das wesentlichen Einfluss auf die Wahrnehmung der SPD durch die *Solidarność*-Opposition hatte, war der Verlauf des Besuchs von Willy Brandt im Jahr 1985 in Warschau, und vor allem die Weigerung des SPD-Vorsitzenden, sich mit Wałęsa zu treffen.<sup>79</sup> Wie die Agentur dpa meldete, lehnte Brandt es ab, mit Wałęsa in Danzig zusammenzukommen, wobei er mit dem straffen Zeitplan des Besuchs argumentierte. Zugleich schloss er ein Treffen nicht aus, es sollte allerdings in Warschau stattfinden.<sup>80</sup> Eine solche zweideutige Haltung zeugte davon, dass die SPD versuchte, mediale Kritik in der Bundesrepublik<sup>81</sup> und Imageschäden zu beschränken.<sup>82</sup> Das war jedoch außerordentlich schwierig, aufgrund der scharfen Kritik der Opposition, die ankredete, dass Brandt keinen direkten Kontakt zu Wałęsa hatte, aber auch, dass ein Treffen des SPD-Vorsitzenden mit dem General geplant war. Die Oppositionellen schrieben einen offenen Brief an Brandt, der sowohl in der bundesrepublikanischen Presse<sup>83</sup> als auch in

78 AAN, KC PZPR LXXVII-58, Bl. 52–73, Informacja o wizycie Przewodniczącego Socjaldemokratycznej Partii Niemiec.

79 *Małgorzata Świder*, Die Kontakte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) zur Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR). Der Besuch Willy Brandts in Warschau im Dezember 1985, in: *Auskunft. Zeitschrift für Bibliothek, Archiv und Information in Norddeutschland* 33 (2013), H. 1, S. 91–123.

80 dpa, Brandt: Würde Walesa in Warschau treffen, 19.11.1985.

81 Brandt trifft nicht Walesa, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 19.11.1985; dpa, Walesa bleibt bei seiner Einladung an Brandt nach Danzig, 9.11.1985.

82 Es erschienen auch offene Briefe deutscher Persönlichkeiten, etwa »Ins Kartell eingereicht« – ein offener Brief, der die Haltung Brandts kritisierte, der von Hans Christoph Buch, einem Autor und Journalisten, geschrieben und am 27. November in der *Frankfurter Rundschau* veröffentlicht wurde.

83 Der erste war ein Brief der »Regionale Exekutivkommission der NSZZ *Solidarność* Mazowsze«, unterschrieben von Zbigniew Bujak, Konrad Bieliński, Wiktor Kulerski und Jan Lityński, in dem Brandt vorgeworfen wurde, seine Politik rufe eine Stimmung des Misstrauens hervor. Indem er mit der PVAP kooperiere, missachte er die Unabhängigkeitsbestrebungen des polnischen Volks. Der zweite war der offene Brief von Professor Edward Lipiński, Gründungsmitglied des KOR, und der dritte ein Brief von Kornel Morawiecki, dem Vorsitzenden der »Kämpfenden *Solidarność*«. dpa, Polnische Opposition kritisiert Politik der SPD, 28.11.1985; *H.[erbert] Kremp*, Polnische Briefe, in: *Die Welt*, 29.11.1985; Aus der »Solidarität« Kritik an Brandt und seiner Partei, in: *Die Welt*, 29.11.1985.

der polnischen Exilpresse veröffentlicht wurde, in der sie ihn beschuldigten, »keine authentischen Vertreter der polnischen Bevölkerung zu kennen«, aber auch, »seine Verdienste um den deutsch-polnischen Dialog zunichte zu machen«. <sup>84</sup> Die Kritik der *Solidarność* und der Oppositionsgruppen traf auf Unverständnis bei der SPD und auf eine scharfe Reaktion Brandts. Der Opposition warf er mangelnde Professionalität vor, worüber er sowohl mit Primas Glemp als auch beim Treffen mit Oppositionellen sprach, die im Klub der Katholischen Intelligenz aktiv waren (8. Dezember 1985). <sup>85</sup>

Brandt sah zwar keinen Bedarf, Wałęsa zu kontaktieren, verstand aber das Treffen mit Glemp, neben den Gesprächen mit Jaruzelski, als Höhepunkt seines Warschau-Besuchs. In der SPD herrschte die Überzeugung vor, dass es, um seine Autorität zu bewahren, sowohl in Oppositionskreisen in Polen als auch auf internationaler Ebene, zu einem Treffen mit Würdenträgern der katholischen Kirche in Polen kommen musste. <sup>86</sup> Höchstwahrscheinlich waren Brandt und sein Umfeld überzeugt, dass sie sehr viel für die *Solidarność*-Opposition getan hätten. Brandt war vermutlich der Ansicht, dass sein Treffen mit Glemp und Mitgliedern des Klubs der Katholischen Intelligenz, das heißt, mit bedeutenden Personen und Kräften der Opposition, ein tatsächliches Treffen mit der Opposition gewesen sei, und nicht nur eine Propagandageste. In den SPD-Dokumenten gab es keine kritischen Worte gegenüber der Opposition. Während des Besuchs der Delegation wurde sogar die Frage von Hilfe für diese Gruppe vorgebracht. Es wurde unter anderem über eine Unterstützung für Professor Geremek gesprochen, der aus seiner Arbeit in der Polnischen Akademie der Wissenschaften entlassen wurde. <sup>87</sup>

<sup>84</sup> *Andrzej J. Chilecki*, *Kronika niemiecka*, in: *Kultura* 1986, 1/460–2/461, S. 191–192.

<sup>85</sup> AdSD, DGB-Archiv, Internationale Abteilung, 344, Betr.: Besuch SPD-Vors. BK a.D. Brandt.

<sup>86</sup> AdSD, SPD-PV, 3.1 Länder, Hans Koschnick an Karl-Heinz Klär, Büro des Vorsitzenden der SPD, 10.9.1985.

<sup>87</sup> In der Pariser »Kultura« erschien eine Notiz darüber, dass an die Botschaft der Volksrepublik Polen in Köln ein Protestschreiben von mehr als hundert deutschen Wissenschaftlern gegen die Entlassung von Bronislaw Geremek aus der Polnischen Akademie der Wissenschaften geschickt worden war. *Andrzej J. Chilecki*, *Kronika niemiecka*, in: »Kultura« 1985, 7/454–8/455, S. 135; darüber, dass Brandt in der Sache polnischer Wissenschaftler intervenieren werde, informierte Vogel die bundesrepublikanische Presse, wobei er sich gegen Vorwürfe wehrte, der Opposition in Polen gegenüber unwillig eingestellt zu sein. Humanitäre Anliegen Brandts in Warschau, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 4.12.1985; ein anderer Wissenschaftler, der sich um Unterstützung in der Bundesrepublik bemühte, war Janusz Onyszkiewicz, der als Mathematiker und wissenschaftlicher Assistent der Universität Warschau bereits im Jahr 1984 über Klaus Reiff und die Friedrich-Ebert-

Die kritische Einschätzung des Polen-Besuchs von Brandt im Jahr 1985 vertiefte Timothy Garton Ash, der außerordentlich negativ von den Umständen dieses Besuchs sprach und die Vorgehensweise des Vorsitzenden sehr scharf bewertete.<sup>88</sup> Seine Bewertung ist nicht völlig begründet, insbesondere, wenn man Brandts Aktivitäten hinter den Kulissen für die Opposition und die politischen Häftlinge berücksichtigt, aber auch die realen Möglichkeiten, für einen Führer einer politischen Partei aus dem Westen, in Polen tätig zu werden.<sup>89</sup>

Die Regierung der Volksrepublik Polen war zufrieden, dass es nicht zu einem Treffen mit Wałęsa kam. Nach Einschätzung der Auslandsabteilung des ZK der PVAP »gab Brandt dem Druck antisozialistischer Kräfte in Polen und antikomunistischer Zentren im Westen nicht nach. Er konnte allerdings die Worte der Kritik und das Durcheinander rund um seine Person und den geplanten Besuch nicht völlig auf die leichte Schulter nehmen. Er führte also ein paar Gesten aus, die ihm ein politisches Alibi verschafften, z.B. die Korrespondenz mit Wałęsa oder das Treffen mit dem KIK«.<sup>90</sup>

Bei der Bewertung des Verhaltens von Brandt und der Haltung der Sozialdemokraten gegenüber der Solidarność und Polen im Dezember 1985 sind die Veränderungen in der UdSSR zu beachten, die nach der Machtübernahme von Michail Gorbatschow eintraten. Sie waren für die SPD insofern interessant, als man beschloss, sie zu unterstützen. Das bedeutete – ähnlich wie zu früheren Zeiten – eine Unterstützung für den »Reformflügel« in der PVAP, der gewährleistete, dass das Land auf den Weg von Reformen und politischem Pluralismus gebracht wurde.<sup>91</sup> Ruhe in Polen, Unterstützung für die »Mannschaft« von Jaruzelski und seine Pläne für Veränderungen waren eine Sicherung für Gorbatschow, der nicht nur

---

Stiftung um ein Stipendium in der Bundesrepublik bat. Diese Frage übernahm die DGB-nahe Stiftung – die Hans-Böckler-Stiftung. AdsD, DGB-Archiv, 292, Betr.: Stipendium für Herrn Janusz Onyszkiewicz, Warszawa, 26. Juni 1985.

88 *Timothy Garton Ash*, Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent, München/Wien 1993, S. 484.

89 *Małgorzata Świder*, Willy Brandt w Warszawie - grudzień 1985 r., in: Śląski Kwartalnik Historyczny Sobótka 2010, Nr. 2, S. 245–267.

90 AAN, KC PZPR, Wyd. Zagr. 950/50 (1114), Informacja o rozmowach I Sekretarza KC PZPR tow. W. Jaruzelskiego z Przewodniczącym SPD W. Brandtem, hier: Uwagi końcowe i wnioski.

91 *Erhard Cziomer*, ZSRR wobec przemian politycznych w Europie Środkowo-Wschodniej, in: *Jerzy Hausner/Tadeusz Klementowicz* (Hrsg.), Łagodna agonია realnego socjalizmu. Mechanizmy polityczne życia społecznego w Polsce w latach osiemdziesiątych, Warszawa 1991, S. 274–282.

von Perestroika und Beschleunigung sprach, sondern auch Gespräche an der Spitze führte, wodurch er die Ausweglosigkeit bei den Abrüstungsbemühungen, die weiterhin bestand, überwand (im November 1985 kam es zum ersten Treffen von Gorbatschow mit US-Präsident Ronald Reagan in Genf).<sup>92</sup> Dies war – aus Sicht der damaligen SPD – überaus interessant und unterstützenswert.

Ein weiteres wichtiges Element der Beziehungen der SPD zu Polen waren wirtschaftliche Fragen. Nach Meinung der Sozialdemokraten waren sie das Schlüsselement bei der Lösung des polnischen Problems in den ersten Monaten des Protests. Das betraf den Abbau sozialer Spannungen genauso wie die Verhinderung der drohenden sowjetischen Intervention.<sup>93</sup> Ab Dezember 1980 arbeiteten die NATO-Staaten einen Handlungsplan aus, der unter anderem die Anwendung von Wirtschaftssanktionen vorsah, falls Warschauer-Pakt-Truppen militärisch in Polen eingreifen würden (Contingency Planning – Eventualfallplan).<sup>94</sup> Damit die Spannungen nicht eskalierten und disziplinierende Maßnahmen eingeleitet würden, wurde versucht, die Wirtschaft der Volksrepublik vor dem völligen Zusammenbruch zu bewahren. Die Wirtschaftshilfe wurde als Beispiel der sogenannten »positiven Abschreckung« angesehen. Ab Mitte Januar 1981 hatte diese Taktik Priorität bei den Maßnahmen der sozial-liberalen Regierung. Manchmal vermittelten die Sozialdemokraten bei den Kontakten von Vertretern polnischer politischer Kreise zu Banken. Ein solches Beispiel sind die Maßnahmen, die im Juni 1981 auf Initiative von Wehner ergriffen wurden, die mit Bundeskanzler Schmidt besprochen und abgestimmt wurden. Dabei kam es zu einem Treffen der polnischen Delegation mit dem Vorsitzenden der Bank für Gemeinwirtschaft über weitere Kredite zum Kauf von Rohstoffen.<sup>95</sup> Das bedeutete konkrete Schritte nicht nur gegenüber deutschen Banken. Es gab auch Maßnahmen zugunsten Polens im Rahmen der EWG, NATO sowie bei bilateralen Treffen und Konsultationen. Dieses Engagement führte in vielen Fällen dazu, dass Polen neue Kredite und

92 *Erhard Cziomer*, *Przesłanki konfliktu Wschód–Zachód na przełomie lat 80. i 90. oraz skutki jego przewyciężenia*, in: *Międzynarodowe stosunki polityczne*, Kraków 2008, S. 239–258.

93 Vgl. *Patrizia Hey*, *Die sowjetische Polenpolitik Anfang der 1980er Jahre und die Verhängung des Kriegsrechts in der Volksrepublik Polen. Tatsächliche sowjetische Bedrohung oder erfolgreicher Bluff?*, Berlin 2010.

94 AAPD 1980, Dok. 367, Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer, S. 1899–1904.

95 AMSZ, Dep. IV 46/83, w-3, Chiffretelegramm 3349/II vom 28.6.1981.

Bürgschaften gewährt wurden.<sup>96</sup> Dies fand deutliche Anerkennung in Regierungskreisen in Warschau und scharfe Kritik von der parlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik und von der Solidarność in Polen. Die Christdemokraten beschuldigten, ähnlich wie die Solidarność, die SPD, den Kommunismus zu unterstützen. Die Opposition in Polen war dagegen, dass der Regierung Kredite eingeräumt wurden, die das kommunistische System in der Volksrepublik Polen »künstlich am Leben hielten«.<sup>97</sup> Diese Formulierungen trafen bei den Sozialdemokraten auf kein Einverständnis. Für die Bundesrepublik, die ihren Wohlstand in bedeutendem Maße aus dem Export schöpfte, waren die wirtschaftlichen Beziehungen zum Osten wichtig, was kein unwesentliches Argument war, die Kräfte zu unterstützen, die ihre Kontinuität und Weiterentwicklung garantierten. Darum schaute man in Bonn mit größerer Sympathie auf jene Kräfte in der PVAP, die von einer Wirtschaftsreform sprachen. Die Sozialdemokraten brauchten Handelspartner für Deutschland (insbesondere zu Zeiten einer globalen Krise), die nicht nur Waren importierten, sondern auch für sie bezahlten. Die Solidarność wurde in erster Linie als Kraft wahrgenommen, die Streik als politische Waffe nutzte.

Wenig schmeichelhaft äußerte man sich über die Wirtschaftsmaßnahmen der SPD und der sozial-liberalen Regierung, insbesondere nachdem der Kriegszustand in Polen verhängt wurde. Die Zurückhaltung bei Deklarationen bezüglich der Verhängung von Wirtschaftssanktionen, aber auch die Entscheidung, die Finanz- und Exportverbindlichkeiten gegenüber der UdSSR und Polen in Kraft zu lassen,<sup>98</sup> wurden nicht nur von den USA und der Weltöffentlichkeit, sondern auch von der Opposition in der Bundesrepublik,<sup>99</sup> der polnischen Regierung und der Solidar-

96 AAPD 1981, Dok. 229, Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer, 10.8.1981, S. 1216–1218; AADP 1981, Dok. 290, Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Mitterrand in Latche, 8.10.1981, S. 1553–1565.

97 Eine solche Formulierung verwendete Zbigniew Bujak, Vorsitzender der NSZZ Solidarność, Region Mazowsze, der während seines offiziellen Besuchs in der Bundesrepublik im September 1981 Gespräche mit Vertretern von westdeutschen Banken führte.

98 Die Regierung Schmidt/Genscher entschied sich, die Wirtschaftshilfe fortzusetzen, obwohl der Bundestag eine Resolution verabschiedet hatte, die dazu aufrief, die Hilfe für Polen einzustellen. Die SPD-Politiker gingen davon aus, dass die Wirtschaftsrestriktionen die Bevölkerung treffen, nicht jedoch die Machthabenden selbst.

99 Die Opposition forderte von der Bundesregierung, jegliche Hilfe so lange einzustellen, wie das Regime in Polen »Tausende Menschen in Konzentrationslagern einsperre« und »auf Arbeiter schießen lasse«.

ność kritisiert.<sup>100</sup> Selbstverständlich interpretierte jede der beteiligten Parteien die Entscheidungen der sozial-liberalen Regierung und SPD auf ihre eigene Weise.

- Die USA und die westliche Öffentlichkeit hielten die Haltung Deutschlands für zu milde und zu wohlwollend gegenüber der UdSSR. Es hieß, sie sei den Ansichten des Vatikans näher als Washingtons.
- Jaruzelski und seine Genossen hingegen sahen in den Deklarationen und Maßnahmen der Schmidt/Genscher-Regierung, dass diese sich zu sehr dem amerikanischen Diktat beugten.
- Die Opposition in Polen dagegen kritisierte die Maßnahmen und die »kühle Haltung« Bonns, indem sie diese in Kontrast zu den emotionalen Auftritten in den USA oder auch in Frankreich setzten.<sup>101</sup>

Basierend auf den Weltprotesten gegen den Kriegszustand, den gegenüber der Volksrepublik und der UdSSR verhängten Sanktionen, aber auch auf der Kritik an der Jaruzelski-Regierung, kamen in Warschau alte Ängste aus dem Kalten Krieg wieder hoch. Das hatte zur Folge, dass in Kreisen der Diplomatie und der Regierung die westdeutschen Maßnahmen sehr kritisch bewertet wurden. Oftmals wurden dabei ihr Sinn und ihre Aussage völlig entstellt. Ihnen zufolge waren die humanitäre Hilfe und die Unterstützung für die *Solidarność* zweckgerichtet, um nicht nur die negative Bewertung der Deutschen zu verändern, aber vor allem, wie es im Jargon des Kalten Kriegs formuliert wurde, »um die polnische Wachsamkeit zu mindern«. Die Verschuldung der Volksrepublik bei westdeutschen Banken wurde als Vorsatz der Bundesrepublik interpretiert, um Polen »in die deutsche Finanzfalle tappen zu lassen« und wirtschaftlich-finanziell von der Bundesrepublik abhängig zu machen. Die wachsenden Verbindlichkeiten gegenüber deutschen Banken nannte man »ein günstiges Mittel, um politischen Druck auf unser Land auszuüben«.<sup>102</sup>

100 Zu Reaktion der USA auf die Haltung des Bundeskanzlers angesichts der Ereignisse in Polen siehe: AAPD 1982, Dok. 2, Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Bush in Washington, 5.1.1982, S. 6–9. Vgl. *Schmidt*, Menschen und Mächte, S. 310.

101 *Besier*, Deutsche Sozialdemokratie und polnische Opposition.

102 AMSZ, dep. IV, 7/86, w-3, Stan i perspektywy stosunków PRL-RFN w kontekście realizacji założeń polityki zagranicznej państwa. Załącznik do pisma D. IV RFN-0-22-4-82, Bl. 39–56.

Die Haltung der SPD überzeugte und befriedigte praktisch keine der Parteien. Die Politik, die die SPD betrieb, rief nicht nur internationale Kritik hervor. Sie traf oftmals auch auf Unverständnis unter den eigenen Mitgliedern. Das distanzierte Verhältnis zu Polen wurde in den Reihen der Partei kritisiert und trug dazu bei, dass sich die Spaltung in der SPD vertiefte. Eine aktive Politik, die die Ost-West-Beziehungen gestaltete, der Wille, die Rolle eines »Vermittlers«, »Transmissionsriemens« beziehungsweise »Dolmetschers« in den Beziehungen zwischen Moskau und Washington zu spielen,<sup>103</sup> vor allem aber, die Position des wichtigsten europäischen Partners für die USA genauso wie für die UdSSR einzunehmen, reichte nicht aus, um den Zerfall der Koalition und den Verlust der Macht zu verhindern. Zudem gab es in der Koalition wachsende Auseinandersetzungen über Haushalts- und Wirtschaftsfragen.<sup>104</sup>

Die steigende internationale Bedeutung, das Engagement der SPD in den Beziehungen zur DDR, aber vor allem, dass die Bundesrepublik in den Rang eines »glaubwürdigen« und wichtigen Partners der USA und der UdSSR aufgerückt war, wurden im polnischen Außenministerium einer Analyse unterzogen. Die polnische Diplomatie nahm einerseits ungern eine solche »Wertschätzung« Deutschlands hin, insbesondere dessen hervorgehobene Position in den Gesprächen der beiden Großmächte. Andererseits wandte man sich vielfach an sie, mit der Bitte, zu helfen und in den internationalen Beziehungen zu vermitteln. Gern bezog man sich auf die Position der SPD auf internationaler Ebene und in der Sozialistischen Internationale, aber auch auf deren gute Beziehungen zur französischen und italienischen Regierung. Grundlegende Ängste bezüglich der Grenzfragen und einer eventuellen Wiedervereinigung blieben jedoch bestehen. Man fürchtete, dass sich die Position der Bundesrepublik so weit stärken würde, dass Deutschland eigenständig über sich entscheiden könnte. Das würde eine Gefährdung für die Existenz des polnischen Staats und Volks darstellen. Im polnischen Außenministerium schätzte man, dass die SPD Polen als Mittel zu ihrer Deutschlandpolitik instrumentalisieren würde. Die Normalisierung der deutsch-polnischen Beziehungen war kein eigenständiger Wert, sondern Teil einer größeren Strategie, deren Ziele unverändert blieben. Man glaubte, dass die SPD ihre guten Beziehungen zur

---

103 *Stefan Creuzberger*, Westintegration und neue Ostpolitik. Die Außenpolitik der Bonner Republik, Berlin/Brandenburg 2009, S. 128.

104 *Świder*, Die katholische Kirche in Polen und die SPD, S. 84ff.

UdSSR ausnutzen wollte, um die »Infrastruktur der innerdeutschen Bande« zu stärken und ihnen dauerhaften Charakter zu verleihen, der von den Ost-West-Spannungen unabhängig wäre.

Infolge der sozialen Spannungen, wirtschaftlichen Schwierigkeiten und insbesondere nach Verhängung des Kriegszustands im Dezember 1981 schwanden die Bedeutung und die Position der Volksrepublik auf internationaler Ebene. Das betraf sowohl die Beziehungen zu den westlichen Staaten als auch zu den Staaten des Ostblocks. Diese Situation führte dazu, dass manches Mal radikale Konzeptionen entstanden, die an längst vergangene Zeiten erinnerten.<sup>105</sup> Zum Beispiel kamen im polnischen Außenministerium Ängste auf, dass die Stellung Polens als zweiter Partner nach der UdSSR in den Ost-West-Beziehungen von der DDR eingenommen werden würde, und dass die DDR gemeinsam mit der Bundesrepublik eine eigene Politik entwickeln würde, die auf die Wiedervereinigung abzielen würde. Darum war es, im Hinblick auf die geopolitischen Realverhältnisse, die wichtigste Aufgabe der polnischen Diplomatie und Politik, die Teilung Deutschlands aufrechtzuerhalten und es wirtschaftlich an Polen und den »Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe« (RGW) zu binden.<sup>106</sup> Diese Ansichten erinnerten an Überlegungen der 1960er-Jahre. Es fehlte auch nicht an radikaleren Meinungen. In einer Ausarbeitung von Mai 1982 findet sich sogar die Behauptung, dass für Polen der Sieg im Zweiten Weltkrieg nicht auf den 8. Mai 1945 datiert werden sollte. Stattdessen auf den 7. Oktober 1949, also mit der Gründung der DDR. Die Teilung Deutschland war für Polen lebenswichtig.<sup>107</sup>

In den 1980er-Jahren änderte sich die Wahrnehmung Deutschlands und der Deutschen durch die Öffentlichkeit in Polen, insbesondere durch die junge Generation. Sie sah in der Bundesrepublik keine Gefahr. Das war nicht nur der Effekt eines Generationswechsels und fehlenden Kriegserfahrungen, sondern auch der Normalisierungspolitik, die in den 1970er-Jahren eingeleitet wurde. Kontakte zwi-

---

105 Dieter Bingen, Kontinuität und Wandel. Die Bonner Polenpolitik von den Anfangsjahren bis zum Freundschaftsvertrag von 1991, in: *Jan-Pieter Barbian/Marek Zybyra* (Hrsg.), *Erlebte Nachbarschaft. Aspekte der deutsch-polnischen Beziehungen im 20. Jahrhundert*, Wiesbaden 1999, S. 35–56.

106 *Jerzy Holzer/Józef Fiszer* (Hrsg.), *Stosunki polsko-niemieckie w latach 1970–1995. Próba bilansu i perspektywy rozwoju*, Warszawa 1998, S. 137–155.

107 AMSZ, dep. IV, 7/86, w-3, Stan i perspektywy stosunków PRL-RFN w kontekście realizacji założeń polityki zagranicznej państwa. Załącznik do pisma D. IV RFN-0-22-4-82, Bl. 39–56.

schen den Bürgern, Kulturaustausch, Städtepartnerschaften trugen dazu bei, dass die schlechte Meinung über die Bundesrepublik abgemildert wurde.<sup>108</sup> Ein wichtiges Element der Meinungsbildung über die Deutschen war die humanitäre Hilfe, die die deutsche Bevölkerung geleistet hatte. Auch das Vorhandensein einer sogenannten deutschen Lobby, zu der in der Analyse des Außenministeriums einige Journalisten, Kulturschaffende und sogar Politiker gezählt wurden (zum Beispiel Mieczysław Rakowski und Ryszard Wojna), begünstigte, dass sich das Image von Deutschland veränderte. In dieser Zeit brach auch antisowjetische Stimmung aus und wurde offen artikuliert. Das bewirkte, dass das Hauptargument für die politische und militärische Annäherung an die UdSSR (die deutsche Gefahr) an Bedeutung verlor. In dieser Situation lässt sich leicht erklären, warum der Austausch von Kindern und Jugendlichen oder auch Städtepartnerschaften, die zu informellen und nicht institutionalisierten deutsch-polnischen Kontakten führen konnten, auf so viele Hindernisse stießen. Aber auch, warum die Regierung der Volksrepublik die individuelle humanitäre Hilfe, die aus der Bundesrepublik strömte, so ungern sah.

Nachdem die SPD in die Opposition gewechselt war, wurden die Beziehungen der polnischen Regierung zur SPD nicht eingestellt, aber veränderten sich in gewisser Weise. Die Kontakte wurden auf die Parteiebene und die Zusammenarbeit der SPD-Bundestagsfraktion und der PVAP-Fraktion im Sejm verlegt.<sup>109</sup> In Polen schätzte man sowohl die Bedeutung dieser Partei auf internationaler Ebene als auch deren Möglichkeit, die Innenpolitik der Bundesrepublik zu beeinflussen. Man wollte also die politischen Kontakte zur SPD ausnutzen, um Druck auf die christdemokratisch-liberale Regierung auszuüben, indem die Abweichung der Haltung der parlamentarischen Opposition hervorgehoben und auf diese Weise die Position Warschaws gestärkt wurde. Man sah auch den Bedarf, korrekte Beziehungen zur SPD aufrechtzuerhalten. Es wurde langfristig gedacht und geplant. Im Hinblick auf personelle Veränderungen wollte man die Kontakte zu denjeni-

---

108 *Johannes Grotzky*, *Fremde Nachbarn, Der Osten und Südosten Europas Ende des 20. Jahrhunderts*, 2. Aufl., Norderstedt 2012, S. 177ff.

109 Der Fraktionsvorsitzende der PVAP im Sejm, Kazimierz Barcikowski, machte vom 24. bis 28. Oktober 1983 den ersten offiziellen Besuch seit Verhängung des Kriegsrechts in Bonn, auf Einladung der SPD-Bundestagsfraktion. Informationen der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, 21.10.1983, SPD-Fraktion erwartet polnische Delegation.

gen Parteimitgliedern ausbauen, die die Chance hatten, falls die SPD wieder an die Macht käme, wichtige Parteifunktionen oder Funktionen in der Regierung zu übernehmen.

Die gegenseitigen Beziehungen zu instrumentalisieren war nicht nur eine Domäne Warschaws. Auch die SPD war daran interessiert, die Kontakte zum Ostblock aufrechtzuerhalten und weiterzuentwickeln, um Wähler leichter zurückzugewinnen. Im Jahr 1983 wurden, während an der zukünftigen SPD-Strategie gearbeitet wurde, die Fragen ausgegliedert, die der Partei helfen konnten, wieder an die Macht zu kommen. Dazu gehörten Fragen der Außenpolitik und der Friedenspolitik. Diese wollte man hervorheben und zusätzlich auf die Ost-West-Beziehungen aufmerksam machen.<sup>110</sup> Man ging davon aus, dass diese Thematik nicht nur eindeutig mit der SPD identifiziert werden würde, sondern auch Anerkennung unter den Wählern finden würde. Diese Entscheidungen bildeten die Grundlage für die Beziehungen der SPD zur PVAP und die gemeinsamen Initiativen für die nächsten Jahre. Aufgrund dieser Maßnahmen der SPD und ihrer internationalen Aktivitäten wurde sie beschuldigt, eine Nebenaußenpolitik zu betreiben.<sup>111</sup>

Die Beziehungen der SPD zu Polen waren schwierig. Mit Sicherheit kann man in Verbindung mit ihnen nicht von einer gleichberechtigten Partnerschaft sprechen. Diese Beziehungen waren Ausdruck einer Partnerschaft auf dem Grundsatz gegenseitiger Kontakte und Vorteile. Sie mussten zeitweise sich widersprechende Interessen miteinander vereinen: einerseits den echten Willen zur Normalisierung der Ost-West-Beziehungen, andererseits Argwohn und Vorurteile, die aus der Vergangenheit resultierten.<sup>112</sup>

Für die Sozialdemokratie war Polen ein Element der Beziehungen zu Moskau, deren Hauptziel es war, die deutsch-deutschen Beziehungen auszubauen. Zu diesem Zweck war die SPD bereit, eine Realpolitik zu führen, die voraussetzte, die-

110 AdsD, Willy-Brand-Archiv, Verbindungen mit Mitgliedern des Präsidiums, 51, Egon Bahr am 28.3.1983 an Willy Brandt, Helmut Schmidt, Johannes Rau, Hans-Jochen Vogel; AdsD, NL Hans-Jochen Vogel, 01352, Sicherheitspolitik, Bündnispolitik, Friedensbewegung. Eine Untersuchung zur aktuellen politischen Stimmungslage im Spätherbst 1983. Im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn/München 1983.

111 *Frank Fischer*, »Im deutschen Interesse«. Die Ostpolitik der SPD von 1969 bis 1989, Husum 2001, S. 12ff.

112 Mehr darüber: *Małgorzata Świder*, Stanowisko Socjaldemokratycznej Partii Niemiec.

jenigen politischen Kräfte zu unterstützen und zu ihnen Kontakt zu halten, die die größte Chance boten, die sozialdemokratischen Ziele zu realisieren. In der Praxis der 1980er-Jahre bedeutete dies, reformerische Gruppe aus Regierungskreisen offen zu unterstützen und der gemäßigten Opposition leise zu helfen. Mit ihnen verband man die Hoffnung auf dauerhafte Veränderungen in Polen, die auf dem Wege evolutionärer und keiner revolutionären Veränderungen eintreten sollten.

Für Polen weckten die positiven Beziehungen zur SPD nicht nur die Hoffnung auf eine endgültige Regelung der Frage der polnischen Westgrenze, sondern auch auf Finanzhilfe oder eine gewisse Kontrolle über die Maßnahmen der Bundesrepublik für eine Wiedervereinigung Deutschlands. Nicht ohne Belang war die Wertschätzung der Bedeutung und Position Polens als Partner in den Ost-West-Beziehungen.<sup>113</sup>

Die bilateralen Kontakte wurden nicht nur durch die Irrungen und Wirrungen der laufenden Außen- und Innenpolitik erschwert, sondern wurden auch durch den Ballast der Kriegserlebnisse belastet. In Polen war das der Grund für eine besondere Sensibilisierung in Bezug auf deutsche Fragen.

## Fazit

Jede der Parteien war sich bewusst, dass ihre bilateralen Kontakte übergeordneten Zielen untergeordnet waren. Für Polen war dies die Sicherung der Westgrenze und für die SPD die deutsche Wiedervereinigung. In jenen Zeiten und in jenem geopolitischen System waren das Ziele, die unvereinbar waren. Erst im Jahr 1990, nach den politischen Veränderungen im Ostblock, kam es zur Wiedervereinigung Deutschlands und der endgültigen Regelung der Frage der polnischen Westgrenze. Mit Sicherheit haben auch die Beziehungen der SPD zur Volksrepublik Polen dazu beigetragen, dieses Ziel zu erreichen. Auch wenn SPD und ihre Politiker einige wesentliche Fehler in den Beziehungen zu Polen in den 1980er-Jahren machten, ist dies am besten aus der Perspektive des Erfolgs der Jahre 1989/90 zu sehen. Vor allem die SPD, die sich in polnischen Fragen besser auskannte und mehr Kontakte hatte, als die Christdemokraten, unterschätzte, sowohl Anfang der 1980er-

---

113 Ebd.

Jahre als auch in deren zweiten Hälfte, die wachsende Bedeutung und Rolle der politischen Opposition in Polen. Höchstwahrscheinlich waren persönliche Animositäten gegenüber der polnischen Opposition und deren führenden Vertretern von Bedeutung. Hinzu kamen Meinungen, die aus polnischen Kirchenkreisen übermittelt wurden, die ununterbrochen gute Beziehungen zur SPD pflegten und die für viele Oppositionsgruppierungen in Polen wenig schmeichelhaft waren. Vielleicht fehlte es in der SPD an einem Pluralismus beim Blick auf die polnische Frage. Ein Hindernis kann die Überzeugung der Sozialdemokraten von einer einheitlichen Berichterstattung und Wahrnehmung der Ereignisse in Polen gewesen sein. Die Sozialdemokraten hörten nur wenigen zu, in der Überzeugung, dass sie alle hörten. Das betraf insbesondere Fragen der Opposition.

Die Sozialdemokraten, die auf Basis der von ihnen betriebenen Ostpolitik agierten, kannten sich im Osten sehr gut aus. Das würdigte die konservativ-liberale Koalition mehrfach, insbesondere Bundeskanzler Helmut Kohl, indem er um Konsultation bat. Viele einzelne Schritte der Bundesregierung gegenüber der UdSSR, Polen und der DDR basierten höchstwahrscheinlich auf persönlichen Konsultationen des Bundeskanzlers mit dem sozialdemokratischen Außenpolitiker Egon Bahr, die von den offiziellen scharfen Kontroversen und Polemiken unabhängig waren. Trotzdem würdigten die Sozialdemokraten nicht vollständig das, was sowohl in Moskau als auch in Warschau passierte. Das, was sie in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre bemerkten, war vor allem mit der Außenpolitik Gorbatschows verbunden. Ihr wurde geglaubt und eine Erfolgchance gegeben, unter der Bedingung, dass Gorbatschow an der Macht blieb. In der Praxis bedeutete das, dass die Sozialdemokraten alles taten, um die Position der Kräfte in Polen und der UdSSR zu stärken, die eine Weiterentwicklung der Perestroika und der Reformen von oben ermöglichten. Dieser Konzeption schlossen sich weder die *Solidarność* noch Wałęsa an. In diesem Kontext nahmen die Sozialdemokraten die Möglichkeit, die die Perestroika der Opposition gab, nicht vollständig war.

Ein zweiter, grundsätzlicher Fehler der SPD, der im Kontext ihrer Beziehungen zu Polen und zur Opposition in der Volksrepublik gemacht wurde, insbesondere in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre, war die langsame Abschwächung ihrer Kontakte nach Warschau. Für die Parteileitung fanden sowohl die inneren als auch die internationalen Bedingungen, darunter auch die Änderungen in der SPD-

Führung ab 1987, keine reale Umsetzung auf die breit verstandenen deutsch-polnischen Beziehungen. Man könnte sogar versucht sein, festzustellen, dass die SPD freiwillig einen Großteil der deutsch-polnischen Beziehungen in die Hände der konservativ-liberalen Regierung und der mit ihnen verbundenen Stiftungen abgegeben hat. Die Gründe dafür sind nicht nur darin zu suchen, dass die Partei ihre Regierungsposition verloren hatte und in die Opposition gegangen war, sondern auch in dem Mangel an jungen und dynamischen Politikern (Kategorie der sogenannten Brandt-Enkel), die, da sie nicht durch Kontakte zu den Kommunisten belastet waren, die in der Lage gewesen wären, die Beziehungen der SPD zur Opposition in der Volksrepublik Polen zu führen. Der in diesem Kontext vielversprechende Johannes Rau zeigte vielleicht damals zu wenig Engagement in polnischen Fragen, was verständlich ist, aufgrund dessen, dass er sich der Arbeit in der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen widmete (und der dort erzielten Erfolge), und aufgrund seiner Enttäuschung über seine Niederlage bei der Bundestagswahl 1987. Das betraf auch die neue politische Troika der SPD: Gerhard Schröder, der höchstwahrscheinlich damals die deutsch-polnischen Beziehungen noch nicht »fühlte«, wovon die bescheidene Analyse zeugt, die nach der Rückkehr von einem Besuch in Warschau im April 1988 erstellt wurde. Ähnliches galt für Rudolf Scharping. Der Dritte aus der Troika der jungen Politiker hingegen, Oskar Lafontaine, Ministerpräsident des Saarlands, tat alles, um nicht die Beziehungen zur DDR kaputt zu machen. Seine Ostpolitik, die auch im Besuch Honeckers in diesem Bundesland zum Ausdruck kam, war der Grund für diplomatische Verstimmungen zwischen der SPD und der Volksrepublik Polen. Angesichts dessen war Lafontaine damals kein Politiker, der in Warschau mit offenen Armen aufgenommen wurde, weder in Parteikreisen noch in oppositionellen Kreisen.

Höchstwahrscheinlich der schlimmste Fehler, den die SPD in den 1980er-Jahren in den Beziehungen zu Polen gemacht hat, waren die internen Beschränkungen und die Selbstzensur, die sich die Sozialdemokraten selbst auferlegten. Wenn man damals die Partei beobachtete, konnte man den Eindruck gewinnen, dass ihr größter Feind interne Widersprüche, Ängste und Beschränkungen waren. Aus Angst, von der Öffentlichkeit beschuldigt zu werden, »Kumpelbeziehungen zu den Kommunisten« zu pflegen und »demokratische Ideale zu verraten« (der Begriff »Kreml-Fraktion« tauchte in den Wahlkämpfen von 1980 und 1983 auf), versuchte sie ei-

nerseits, zu orthodoxen kommunistischen Gruppen auf Distanz zu bleiben und vereinzelte fortschrittliche Gruppierungen in PVAP und Reformpolitiker zu unterstützen. Andererseits wurden, um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, staatsfeindliche Opposition zu fördern, Maßnahmen beschränkt, die irgendeinen Zusammenhang damit hatten. Die von der SPD geführte Politik, die den Eindruck machte, dass die Partei zwischen allen Stühlen saß, bewirkte, dass sie in Polen oft schlecht verstanden und falsch interpretiert wurde.

Viele Ursachen hatten Einfluss auf die Form der politischen Beziehungen der SPD zur Volksrepublik Polen in den 1980er-Jahren. Sie wurde sowohl von den logischen und vorhersehbaren Verhaltensweisen ihrer führenden Politiker geprägt, die aus dem Maßnahmenprogramm resultierten, als auch von weniger logischen Verhaltensweisen, die aus der individuellen Wahrnehmung der Ereignisse resultierten, die von subjektiven Elementen bestimmt wurden, die aus Emotionen resultierten. Wenn man den Wissensstand zur Lage in Polen, die weltweit herrschenden Stimmungen, die Entschiedenheit mancher gesellschaftlicher und politischer Kräfte in der Volksrepublik Polen sowie die polnische Ängste in Verbindung mit Deutschland in Betracht zieht, deren Ursachen auf den Zweiten Weltkrieg zurückgingen, wie war die reale und verantwortungsvolle Alternative für die SPD-Politik? Ich meine, dass die ausgewogene Politik des Westens (die emotionalen Franzosen und Amerikaner, die raffinierten, vorhersehbaren und selbstbeschränkten Sozialdemokraten) eine der wesentlichsten Faktoren dafür war, dass die demokratischen Veränderungen, die Anfang der 1980er-Jahre in Polen gefordert wurden, die Chance hatten, zu gewinnen und zu politischen Veränderungen und zum Zerfall des Ostblocks zu führen, und im Endeffekt auch zur Überwindung der deutschen Teilung als letztes Relikt des Kalten Kriegs beitrugen, und im Grunde zum politischen Sieg der SPD und ihrer Ostpolitik.



Meik Woyke

## Ungleiche Partner: Die Neue Ostpolitik als Thema des Briefwechsels zwischen Willy Brandt und Helmut Schmidt

---

Willy Brandt und Helmut Schmidt gehören zu den profiliertesten und einflussreichsten Politikern der bundesrepublikanischen Geschichte. Beide haben als Bundeskanzler, als Minister und als SPD-Vorsitzender beziehungsweise Vorsitzender der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion den westdeutschen Staat geprägt und seine internationale Anerkennung befördert. Dies zeigte sich bereits im August 1961, als Brandt als Regierender Bürgermeister von Berlin nach dem innerdeutschen Mauerbau im Rampenlicht der Weltöffentlichkeit stand. Nur ein halbes Jahr später machte sich Schmidt als Polizeisenator während der Hamburger Flutkatastrophe bundesweit einen Namen als Krisenmanager.

Über den Charakter, das politische Zusammenwirken und das persönliche Verhältnis dieser beiden prominenten Sozialdemokraten ist viel geschrieben und noch mehr spekuliert worden. Die Forschungsliteratur hierzu füllt mehrere Regalmeter, noch wesentlich größer ist die Zahl der journalistischen Stellungnahmen.<sup>1</sup> Einen pointierten, im Ganzen aber doch ziemlich schematischen Zugang bietet der Zeithistoriker und Politikwissenschaftler Hans-Peter Schwarz an. Er charakterisiert Helmut Schmidt als »Generaldirektor der Bundesrepublik Deutschland«, als »in der Wolle gefärbten rechten Sozialdemokraten« und als talentiertesten »Staatschauspieler aller Bundeskanzler« überhaupt. Zudem bescheinigt er ihm kosmopolitisches Auftreten und ökonomischen Durchblick.<sup>2</sup> Willy Brandt ist für Schwarz demgegenüber eine »sozialdemokratische Jahrhundertgestalt« gewesen. Er habe mit seiner charismatischen Ausstrahlung im Sinne Max Webers ebenso auf großen

---

1 Vgl. dazu grundlegend und für zahlreiche Einzelnachweise: *Willy Brandt/Helmut Schmidt, Partner und Rivalen. Der Briefwechsel (1958–1992)*, herausgegeben und eingeleitet von Meik Woyke, Bonn 2015.

2 Hans-Peter Schwarz, Generaldirektor der Bundesrepublik Deutschland. Helmut Schmid, in: *ders., Das Gesicht des 20. Jahrhunderts. Monster, Retter, Mediokritäten*, München 2010, S. 667–671, Zitate S. 667 und 670.

Wahlkundgebungen beeindruckt können wie im kleineren Kreis gewinnend wirken: »Viele haben ihn geliebt, manche gehaßt, gleichgültig gelassen hat er keinen.« Seine fünf Jahre als Bundeskanzler von 1969 bis 1974 seien nicht unbedingt die wichtigsten in seiner an Kurskorrekturen und Wenden reichen Biografie gewesen: Weil Brandt, der neue politische Herausforderungen stets offen angenommen habe, »zwar ein Kommunikator von hohen Graden, aber letztlich kein dauerhaft zäh am operativen Detail interessierter Kanzler gewesen ist, hat er doch eher als eine Art faszinierender Zirkusdirektor fungiert, unter und neben dem die verschiedensten Kabinettskünstler ihre Nummern aufführten oder in den Sand setzten. Und 1974 war der Zirkus ziemlich pleite, woraus Helmut Schmidt jedenfalls intern keinen Hehl machte.«<sup>3</sup> Bundeskanzler habe dieser aber wiederum nur mit der Unterstützung seines Amtsvorgängers sein können, wie auch Brandt in seinen 1989 veröffentlichten »Erinnerungen« bemerkte: »Keine vierzehn Tage wäre ein Sozialdemokrat Regierungschef geblieben, hätte ich als Parteivorsitzender ihn für untragbar gehalten.«<sup>4</sup>

Dies mochte für die Stimmung und Unterstützungsbereitschaft für den Kanzler innerhalb der SPD während der 1970er-Jahre zutreffen, konnte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Schmidt bei der gesamten Bundesbevölkerung auf Respekt und Anerkennung traf. Im Jahr 1983, also im Zeichen der Proteste gegen den NATO-Doppelbeschluss und kurz nach dem Beginn der Kanzlerschaft von Helmut Kohl (CDU), landete der aus dem Amt geschiedene Schmidt bei einer Allensbach-Umfrage des Instituts für Demoskopie bei der Frage nach dem »besten Bundeskanzler« mit immerhin 27 Prozent der Stimmen auf dem zweiten Platz. Bei dieser Einstufung dürfte seine kompromisslose Haltung gegenüber dem Terrorismus der Roten Armee Fraktion eine bedeutende Rolle gespielt haben. Rang 1 bekam nicht etwa Brandt zugesprochen, sondern Konrad Adenauer mit 55 Prozent. Weit abgeschlagen hinter dem Christdemokraten und ersten Kanzler der Bundesrepublik Deutschland musste sich Brandt mit nur 7 Prozent und dem dritten Platz zufriedengeben.<sup>5</sup>

---

3 Schwarz, Die sozialdemokratische Jahrhundertgestalt. Willy Brandt, in: *ders.*, Das Gesicht des 20. Jahrhunderts, S. 672–683, Zitate S. 678 und 680.

4 Willy Brandt, Erinnerungen. Mit den »Notizen zum Fall G«, Hamburg 2006 (zuerst 1989), S. 373.

5 Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann/Edgar Piel, Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1978–1983, Bd. VIII, München 1983, S. 239ff.

Auf den ersten Blick hätten Brandt und Schmidt kaum unterschiedlicher sein können, was nicht zuletzt in ihrer Sozialisation und ihren damit verbundenen frühen politischen Erfahrungen und Prägungen begründet lag: Brandt, der »andere Deutsche«, hatte bereits vor 1933 zur Sozialdemokratie gefunden, die NS-Herrschaft im skandinavischen Exil verbracht und gegen die Hitlerdiktatur gekämpft, während Schmidt wie so viele Deutsche den Zweiten Weltkrieg an der Front erlebte sowie als Offizier der deutschen Wehrmacht einem verbrecherischen Regime diente.<sup>6</sup> Dieses Spannungsverhältnis, das sich nach 1945/49 in einem jeweils eigenem Politikverständnis niederschlug, führte wiederholt zu massiven Differenzen und Kontroversen zwischen den beiden Sozialdemokraten. Zunächst enge Weggenossen in der Phase ihres Aufstiegs innerhalb der SPD und zu Spitzenpolitikern auf Bundesebene, vertraten Brandt und Schmidt während der Großen Koalition (1966–1969) und dann als Kanzler in der sozial-liberalen Ära nicht selten gegensätzliche Auffassungen. Sie betrafen die gemeinsame Partei und deren Regierungspolitik, die Nachrüstungsfrage sowie den Umgang mit der Ökologie- und Friedensbewegung. Ihr kompliziertes und schwieriges Verhältnis prägte sich auch in der öffentlichen Wahrnehmung und Bewertung ein. Zugleich trugen Medienberichte und -kommentare über die beiden machtbewussten Politiker erheblich dazu bei, sie zu unversöhnlichen Konkurrenten, wenn nicht sogar zu Intimfeinden zu stilisieren. Brandt galt als Zauderer und damit als jemand, der Diskussionen in der Regierung wie in der SPD lieber ausufern ließ, statt einen klaren politischen Kurs vorzugeben; der um fünf Jahre jüngere Schmidt wurde demgegenüber als straffe Führungspersönlichkeit beschrieben, als pragmatischer »Macher«, der keinen Widerspruch duldete. Bei genauerem Hinsehen entpuppen sich diese Charakterisierungen jedoch als Zerrbilder, die an der Oberfläche verharrten und nicht erklären, warum die beiden Sozialdemokraten immer wieder vertrauensvoll zusammenarbeiteten, auch indem sie ihre jeweiligen Stärken und Schwächen einzuschätzen wussten und sich gegenseitig ergänzten. Bei aller Rivalität und trotz verschiedener Politikstile verband Brandt und Schmidt eine jahrzehntelange Partnerschaft, deren Höhen und Tiefen ihr umfangreicher Briefwechsel facettenreich widerspiegelt.

---

<sup>6</sup> Vgl. *Gunter Hofmann*, Willy Brandt und Helmut Schmidt. Geschichte einer schwierigen Freundschaft, München 2012.

## Genese und Struktur des Briefwechsels

Nachdem sich Willy Brandt und Helmut Schmidt als junge Bundestagsabgeordnete und neu gewählte Mitglieder des SPD-Vorstands näher kennengelernt hatten, tauschten sie von 1958 bis 1992 mehr als 700 Briefe aus. Ihre Korrespondenz entfaltete sich in unregelmäßigen Abständen und hing in erster Linie mit ihren wechselnden politischen Ämtern und Funktionen zusammen, bietet aber über 34 Jahre hinweg auch Einblicke in ihre persönlichen Beziehungen.<sup>7</sup>

Die frühen Briefe zeigen Schmidt als Werbenden, der Brandts Politik als Regierender Bürgermeister von Berlin im Spannungsfeld des Kalten Kriegs hohe Anerkennung zollte. Er lieferte ihm militär-strategische und verteidigungspolitische Papiere zu und begrüßte dessen Ernennung zum Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahl 1961. Gleichzeitig trieb Schmidt, der von Brandt meistens eher knappe Antwortschreiben erhielt, seine eigene Karriere voran. Je mehr er sein politisches Profil als Senator in Hamburg und – nach dem Tod seines Mentors Fritz Erler – seit 1967 als Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion schärfte, desto selbstbewusster trat er auf. Zwar führte dies nicht zu grundsätzlichem Dissens mit dem in der Großen Koalition unter Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger (CDU) zum Außenminister avancierten Brandt, wohl aber zu unterschiedlichen Einschätzungen in der Sache und immer wieder zu kleineren Reibereien. So fühlte sich Schmidt in der gesellschaftspolitisch wichtigen und emotional geführten Debatte über die Notstandsgesetze nicht genügend von Brandt unterstützt, was in der Korrespondenz der beiden zum Ausdruck kommt. Während Schmidt als Fraktionsvorsitzender bemüht war, die insbesondere bei der IG Metall und in der 68er-Bewegung bestehenden Vorbehalte gegen die angestrebte Grundgesetzänderung argumentativ zu entkräften und dabei auch innerparteilich Kritik hinnehmen musste, hielt sich der auf die Deutschland- und Außenpolitik fokussierte Brandt merklich zurück, obwohl er im Jahr 1964 den SPD-Vorsitz übernommen hatte. Erst kurz vor der Verabschiedung der Notstandsgesetze durch den Deutschen Bundestag am 30. Mai 1968 machte er sich öffentlich für die von der CDU/CSU und der SPD gemeinsam mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit getragene Gesetzesvorlage stark.

---

<sup>7</sup> Vgl. *Brandt/Schmidt*, Partner und Rivalen.

Nach der Bildung der sozial-liberalen Koalition vertieften sich die Konflikte zwischen Brandt und Schmidt, der den Bundeskanzler zunächst als Verteidigungsminister (1969–1972) vor der aus seiner Sicht chronischen Unterfinanzierung der Bundeswehr warnte, sogar ihre transatlantischen Bündnisverpflichtungen in Gefahr sah, und wenig später als Bundesfinanzminister (1972–1974) gegen die Überbeanspruchung der öffentlichen Haushalte zu Felde zog. In keiner Phase des politischen Zusammenwirkens von Brandt und Schmidt war ihr Briefwechsel so intensiv wie in den ersten fünf Jahren der sozialdemokratischen Regierungsführung. Zugleich verfestigte sich ihre Bereitschaft, akute Streitthemen offen und mit deutlichen Worten anzusprechen, besonders wenn es um die vom SPD-Vorsitzenden Brandt durchaus mit Sympathie, von Schmidt indessen mit Sorge beobachteten Jungsozialisten und die Öffnung der Partei für die mitunter neomarxistisch inspirierte Friedens- und Ökologiebewegung ging. Mit dem Kanzlerwechsel 1974 wurde die Korrespondenz der beiden Sozialdemokraten kursorischer. Schmidt, der bisher häufiger und in der Summe die längeren Briefe geschrieben beziehungsweise vorzugsweise diktiert hatte, fand als Bundeskanzler offenbar weniger Zeit für den gedanklichen Austausch mit Brandt, während dieser – bislang ein Freund der kurzen handschriftlichen Antworten – nun ausführlichere Schreiben an den politischen Partner und Rivalen richtete, um seine Ziele und Interessen als Vorsitzender der Sozialistischen Internationale und später der Nord-Süd-Kommission vom Kanzler befördern zu lassen.

Auch wenn diese knappe Skizze das Bild einer geschlossenen brieflichen Kommunikation zu erzeugen vermag, ist doch bei der historischen Analyse in mehrfacher Hinsicht große Vorsicht geboten. Vor allem fällt auf, dass manche Themen, obwohl sie von hoher politischer Bedeutung waren, keine Erwähnung in der Korrespondenz fanden oder nur am Rande vorkamen. Dies gilt nicht zuletzt für die Reise Herbert Wehners nach Moskau im September/Oktober 1973 und seine abfälligen Bemerkungen über den Bundeskanzler sowie für die Guillaume-Affäre, die schließlich zum Rücktritt von Brandt führte. Auch der gleichzeitige UN-Beitritt von Bundesrepublik Deutschland und DDR (1973) wurde ausgespart. Keinesfalls sollte dieser Befund jedoch als Indiz für eine sich ausbreitende Sprachlosigkeit missdeutet werden. Die Terminkalender von Brandt und Schmidt eröffneten vielmehr trotz ihrer starken Auslastung zahlreiche Möglichkeiten, sich mündlich aus-

zutauschen, entweder institutionalisiert jeweils direkt vor den wöchentlichen SPD-Präsidiumssitzungen oder sporadisch und eher zufällig am Rande öffentlicher Auftritte und bei gemeinsamen Kurzstreckenflügen. Zudem boten die regelmäßigen Zusammenkünfte des Bundeskabinetts bisweilen Anknüpfungspunkte. Fanden Gespräche im privaten Rahmen statt, zumeist in Brandts Dienstvilla auf dem Venusberg in Bonn, handelte es sich häufig um den Versuch, eine sich zur Vertrauenskrise ausgewachsene Meinungsverschiedenheit der beiden Sozialdemokraten aus der Welt zu schaffen. Hin und wieder, das lässt sich aus ihrem Briefwechsel ersehen, griffen sie auch zum Telefon, was mehr Schmidts als Brandts Arbeitsstil entsprochen haben dürfte.

## Die Neue Ostpolitik als Korrespondenzthema

Ein Thema, das wiederholt in der Korrespondenz auftauchte, ist die Neue Ostpolitik. Anfang der 1960er-Jahre von Willy Brandt und seinem engen Vertrauten Egon Bahr konzipiert, zielte sie angesichts der Konfrontation der Weltmächte und der Verhärtungen des Kalten Kriegs auf einen friedlichen »Wandel durch Annäherung« zwischen West- und Osteuropa. Nach einer Vorlaufphase während der Großen Koalition, in der es Rücksicht auf die Unionsparteien zu nehmen galt, bot die Bildung des sozial-liberalen Regierungsbündnisses im Oktober 1969 neuen Gestaltungsspielraum für diese auf Entspannung und Abrüstung setzende Politik.

Wie mehrere Briefe zeigen, unterstützte Helmut Schmidt die Neue Ostpolitik aus voller Überzeugung. Nur zwei Monate nach dem Regierungswechsel in Bonn waren deutsch-sowjetische Gewaltverzichtsgespräche aufgenommen worden. Dabei bildete der Einmarsch der UdSSR in die Tschechoslowakei im August 1968, in dessen Folge der sowjetische Parteichef Leonid Breschnew die eingeschränkte Souveränität der Warschauer-Pakt-Staaten verkündet hatte, einen zentralen Bezugspunkt. Als der außen- und verteidigungspolitisch erfahrene SPD-Bundestagsabgeordnete Friedrich Beermann im Juli 1970 Schmidt gegenüber die Sorge äußerte, dass Brandt diese »Breschnew-Doktrin« möglicherweise »zu sehr auf die leichte Schulter« nehme und Bahr mit seiner »Mission in Moskau« überfordert sei, reagierte der Verteidigungsminister in seinem Antwortschreiben vermittelnd und setzte Brandt davon per Kopie in Kenntnis.<sup>8</sup> Zwar sprach Schmidt von »ver-

<sup>8</sup> *Brandt/Schmidt*, Partner und Rivalen, Dokument Nr. 157, S. 294.

schiedenen unerfreulichen Verfahrensvorkommnissen in Sachen unserer Ostpolitik« und von »Pannen«, womit die aufsehenerregende Veröffentlichung des sogenannten »Bahr-Papiers«, also der westdeutschen Verhandlungsstrategie, durch Zeitungen des Springer-Verlags gemeint war. Grundsätzlich hob er jedoch hervor, dass Brandt und seine Regierung im Erfolgsfall eine historische Leistung vollbringen könnten.

Die Unterzeichnung des Moskauer Vertrags am 12. August 1970 begrüßte Schmidt dementsprechend mit einem überschwänglichen Brief an Brandt, hielt gleichzeitig jedoch zu große Euphorie für schädlich. Wörtlich hieß es:

»Lieber Willy,

es drängt mich, Dir herzlich zu gratulieren und danke zu sagen. Dies ist ein großer Schritt, der viele kleine Schlauheiten anderer zu überspielen vermag. Er wäre ohne Deine gelassene Beharrlichkeit nicht zustande gekommen.

Wir haben gestern Abend Deine aus Moskau kommende kurze Fernsehrede an die Menschen zu Hause in Deutschland gesehen + gehört [...] und waren alle der Meinung: hervorragend. Laß' uns dafür sorgen, daß diese Vermeidung jeglichen öffentlichen Überschwanges und ebenso die klare Betonung unserer Zugehörigkeit zu unseren westlichen Bündnispartnern nicht durch euphorische Propagandakrämer verwischt wird. Euphorie würde gegenüber Ost-Berlin schaden, gegenüber dem Westen und auch innenpolitisch.«<sup>9</sup>

Mit dem Vertrag verständigten sich die Bundesrepublik Deutschland und die Sowjetunion auf die Unverletzlichkeit der deutsch-deutschen und der deutsch-polnischen Grenzen. Während sich die UdSSR nunmehr stärker auf ihren Grenzkonflikt mit China konzentrieren wollte, erhofften sich Brandt und Bahr getreu ihrer ost- und deutschlandpolitischen Konzeption, auf diese Weise die DDR unter maßvollen Druck setzen zu können. Jedenfalls wurden der SED-Führung einige ihrer stets wiederkehrenden Argumente, um Verhandlungen abzublocken, mit dem Moskauer Vertrag genommen. Zu einer uneingeschränkten völkerrechtlichen Anerkennung des zweiten deutschen Staats war die Bundesregierung jedoch nach wie vor nicht bereit. Brandt versicherte der westdeutschen Bevölkerung mit Blick auf die Kriegspolitik des NS-Regimes und den Zusammenbruch Deutschlands im Jahr 1945: »Mit diesem Vertrag geht nichts verloren, was nicht

---

<sup>9</sup> Ebd., Dokument Nr. 160, S. 299–302, hier: S. 299f.

längst verspielt worden war.« Zudem warb er um »Mut, ein neues Blatt in der Geschichte aufzuschlagen.«<sup>10</sup>

Derweil bewies Schmidt in dem zitierten Schreiben seine Fähigkeit zum politisch-strategischen Denken, indem er Brandt erörterte, welche Klippen umschifft werden müssten, um die Ratifizierung des Moskauer Vertrags gegen den Widerstand der CDU/CSU-Opposition im Deutschen Bundestag zu erreichen. Außerdem gab er dem aus der sowjetischen Hauptstadt direkt in den Norwegen-Urlaub zurückgekehrten Bundeskanzler – ungefragt – die nächsten diplomatischen Schritte auf:

»Eine sorgfältige, sofortige Unterrichtung Washingtons durch einen, der in Moskau dabei war (Egon wäre am besten), wäre gewiß nützlich; nach meinem Eindruck in der letzten Woche hat das Tempo im White House möglicherweise ein Stirnrunzeln ausgelöst. Vielleicht schickt man v. Braun[,] und Frank außerdem + gleichzeitig für einen halben Tag nach Paris und London.«<sup>11</sup>

Sigismund Freiherr von Braun und Paul Frank waren unter dem Minister Walter Scheel (FDP) die beamteten Staatssekretäre im Auswärtigen Amt. Letztlich traf sich jedoch der ebenfalls benannte Egon Bahr als verantwortlicher Staatssekretär im Bundeskanzleramt am 17. August 1970 in Washington mit Henry Kissinger, dem nationalen Sicherheitsberater der USA, und unterrichtete ihn detailliert über den Verlauf der Moskauer Vertragsverhandlungen. Bereits in der Schlussphase der Verhandlungen hatte er die drei westlichen Siegermächte des Zweiten Weltkriegs quasi täglich informiert, um ihr Vertrauen zu gewinnen. Frankreich befürchtete, dass die Bundesrepublik Deutschland eine zu starke europäische Kraft werden könnte. Aus britischer Sicht hätten im Moskauer Vertrag die alliierten Vorbehaltsrechte in Bezug auf Berlin und Deutschland stärker betont werden müssen.

Seit März 1970 verhandelten die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs über eine vertragliche Bekräftigung des Vier-Mächte-Status von Berlin. Auch dies fand seinen Niederschlag in dem zugleich um innenpolitische Fragen kreisenden Briefwechsel zwischen Willy Brandt und Helmut Schmidt, wobei das von der Bundesregierung gegenüber der Sowjetunion formulierte Junktim zwischen der Ratifi-

10 Vgl. *Peter Merseburger*, Willy Brandt 1913–1992. Visionär und Realist, Stuttgart/München 2002., S. 610 (beide Zitate ebd.).

11 *Brandt/Schmidt*, Partner und Rivalen, Dokument Nr. 160, S. 299–302, hier: S. 301.

zierung des Moskauer Vertrags und dem Abschluss des Berlin-Abkommens hervortrat. Ein damit zusätzlich verknüpftes deutsch-deutsches Transitabkommen sollte Verbesserungen im Reise-, Besuchs- und Telefonverkehr erbringen.<sup>12</sup> Zudem stand die Unterzeichnung des Warschauer Vertrags am 7. Dezember 1970 an. Im Gegensatz zu den Verhandlungen mit der Sowjetunion tauschten sich der Bundeskanzler und der Verteidigungsminister schriftlich kaum über die Gewaltverzichtvereinbarung mit Polen als weiteres zentrales Element der Neuen Ostpolitik aus. Selbst der im Kontext der Vertragsunterzeichnung spontan vollzogene Kniefall Brandts vor dem Mahnmahl für den Aufstand im Warschauer Ghetto wurde in der Korrespondenz mit keinem Wort erwähnt.

Der Abschluss des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin im September 1971 ebnete den Weg für den am 21. Dezember 1972 unterzeichneten Grundlagenvertrag, mit dem die Bundesrepublik Deutschland und die DDR ihre besonderen Beziehungen regelten. Überdies unterstrichen sie ihre Kooperationsbereitschaft auf wirtschaftlichem Gebiet, wodurch der innerdeutsche Handel gestärkt wurde.<sup>13</sup>

Im Zuge dieser Annäherung hatte Helmut Schmidt als Verteidigungsminister im Juni 1972 gegenüber dem Bundeskanzler in einem amtlichen Schreiben die polemische Berichterstattung der DDR über die Bundeswehr und seine eigene Person moniert. Sein Blick richtete sich zum einen auf »von Staats wegen betriebene Massenmedien« wie die ostdeutsche Nachrichtenagentur ADN und das SED-Organ »Neues Deutschland«, deren Kritik infolge der deutsch-deutschen Gespräche bereits etwas schwächer geworden sei. Zum anderen hob Schmidt jedoch interne Publikationen der Nationalen Volksarmee hervor, in denen er nach wie vor als »Kriegsminister« verunglimpft werde. Derartige Attacken, so seine selbst angesichts des politischen Klimas der 1970er-Jahre überspitzte Bewertung, könnten im schlimmsten Fall auch Bundeswehrsoldaten negativ beeinflussen.<sup>14</sup>

Während die Verhandlungen der Bundesregierung mit der Tschechoslowakei, die im Dezember 1973 schließlich zum Prager Vertrag führten, in dem Briefwechsel zwischen Brandt und Schmidt von dem Zusammenbruch des Weltwährungssys-

---

12 Ebd., Dokument Nr. 176, S. 322–323, sowie Dokument Nr. 230, S. 386.

13 Vgl. *Karl Dietrich Bracher/Wolfgang Jäger/Werner Link*, Republik im Wandel 1969–1974. Die Ära Brandt, Stuttgart 1986., S. 214ff.

14 *Brandt/Schmidt*, Partner und Rivalen, Dokument Nr. 284, S. 454.

tems von Bretton Woods und der Ölpreiskrise 1973/74 in den Hintergrund gedrängt wurden, korrespondierten die beiden Sozialdemokraten mehrfach über die Idee, eine Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) einzuberufen. Ursprünglich von der Sowjetunion in den 1950er-Jahren formuliert und nach der Niederschlagung des »Prager Frühlings« strategisch im März 1969 erneuert, um ihr lädiertes Image aufzupolieren und die USA in europäischen Fragen an den Rand zu schieben, entwickelte sich die blockübergreifende Konferenzidee entgegen ihrer einstigen Intention zu einem wirkungsvollen entspannungspolitischen Instrument.<sup>15</sup>

Parallel und mitunter durchaus ergänzend dazu verfolgte Schmidt als Bundesverteidigungsminister zielstrebig seine über zwei Jahrzehnte konzipierte militärpolitische »Strategie des Gleichgewichts«, die er Willy Brandt in längeren Schreiben auseinandersetzte.<sup>16</sup> Im Mai 1970 beschlossen die NATO-Staaten auf ihrer Frühjahrskonferenz in Rom auf Schmidts Anregung hin das Abrüstungsprogramm »Mutual Balanced Forces Reductions« (MBFR). Bei der UdSSR und den übrigen Warschauer-Pakt-Staaten traf der Ansatz des gegenseitigen ausgewogenen Truppenabbaus nach anfänglichem Zögern durchaus auf Interesse, auch weil sich die Hochrüstungspolitik auf Dauer nur schwerlich finanzieren ließ, was die sowjetische Führung selbstverständlich nicht in den Vordergrund stellte. Eine austarierte Mischung aus nuklearer Abschreckung, Entspannungs- und Rüstungspolitik war schließlich im Jahr 1979 auch einer der leitenden Gedanken für den von Schmidt als international anerkannter Bundeskanzler initiierten NATO-Doppelbeschluss, über den er mit seinem Parteivorsitzenden Brandt, der sich zunehmend als weltweit aktiver Friedens- und Entspannungspolitiker profilierte, in eine heftige Auseinandersetzung geriet. Die intensive Korrespondenz aus jener Zeit, in der die Bundesrepublik Deutschland ihre bisher größten Friedensdemonstrationen erlebte, stellt ein bemerkenswertes Zeugnis für das niemals freundschaftliche, aber eigentlich stets um politisches Zusammenwirken bemühte Verhältnis von Willy Brandt und Helmut Schmidt dar. Zu mehr als auf die knappe angelsächsische Formel »agree to disagree«<sup>17</sup> konnten sich die beiden Sozialdemokraten

---

15 Ebd., Dokument Nr. 238, S. 397–400, hier: S. 398f.

16 Ebd., S. 397f. Vgl. *Hartmut Soell*, *Helmut Schmidt 1918–1969. Vernunft und Leidenschaft*, München 2003, S. 333ff.

17 Ebd., Dokument Nr. 653, S. 923–924.

letztlich im Dezember 1982 nach dem Ende der sozial-liberalen Koalition nicht mehr verständigen, zumal sich ihre gegensätzlichen Auffassungen in der Nachrüstungskrise mit ihrem seit den späten 1960er-Jahren schwelenden Konflikt über die politische Ausrichtung der SPD und die Zusammensetzung ihrer Mitgliedschaft vermengt hatte.<sup>18</sup>

## **Fazit: Zum historischen Wert und zu den Grenzen eines Briefwechsels zweier Spitzenpolitiker**

Die Korrespondenz von Willy Brandt und Helmut Schmidt gehört zu einer besonderen Quellengattung, indem sie deren Arbeitsverhältnis nachvollziehbar macht und punktuelle Einblicke in den politischen Meinungs- und Gedankenaustausch zweier Spitzenpolitiker eröffnet, dessen kontinuierlichen Verlauf jedoch aufgrund ihrer häufigen Kommunikation im direkten Gespräch nicht abbilden kann. Einen Biografie-Ersatz kann der Briefwechsel folglich nicht bieten, ebenso wenig den Anspruch erheben, als Doppelbiografie gelesen werden zu können. Gleichwohl zeigt er die ganze Spannbreite der zwischen Partnerschaft und Rivalität oszillierenden Beziehung von Brandt und Schmidt, der sich anfangs sogar um dessen, nur sehr wenigen zuteilwerdende Freundschaft bemühte. Phasen engster Zusammenarbeit wechselten sich mit Distanzierungen und dem Ausbrechen scharfer Gegensätze ab. Gelegentlich wurden selbst die ausdrücklich privaten Briefe, die neben Brandt oder Schmidt keinen weiteren Empfänger in Partei, Regierung oder Fraktion hatten, in die öffentliche Auseinandersetzung getragen. Trotz dieser insbesondere für die 1970er-Jahre typischen Differenzen näherten sich die beiden Sozialdemokraten nach ihrer völligen Entfremdung infolge des NATO-Doppelbeschlusses und des Regierungswechsels 1982/83 allmählich wieder an. Ihre niemals ganz abgerissene Gewohnheit, mehr oder weniger individuelle Geburtstags- und Neujahrswünsche auszutauschen<sup>19</sup>, verbanden sie mit um Verständigung bemühte Rückschau auf ihre gemeinsame politische Arbeit. Gänzlich kitten ließ sich der Bruch zwischen ihnen jedoch nicht.

---

18 Vgl. ebd. Dokumente Nr. 649 bis 653.

19 Vgl. ebd., S. 59ff.



Rainer Hering

## Helmut Schmidts christlicher Glaube

---

Helmut Schmidt (1918–2015) hatte als Politiker zeitlebens intensiv den Kontakt zu den christlichen Kirchen gesucht und damit wesentlich zur Annäherung zwischen Sozialdemokratie und Kirchen, vor allem zwischen SPD und römisch-katholischer Kirche, gesorgt.<sup>1</sup> Aber wie stand er persönlich zu Glaube und Religion?

Setzt man sich mit Helmut Schmidts persönlichem Verhältnis zu Kirche und Glauben auseinander, so fällt zunächst auf, dass er zu seiner »kirchlichen Biografie« selbst kaum schriftlich Auskunft gab – er verstand sie als Privatangelegenheit. Die Daten von Taufe, Konfirmation und kirchlicher Trauung sowie von seiner Zeit als Synodaler in Hamburg finden sich zwar auf dem Rückumschlag seines Buchs »Als Christ in der politischen Entscheidung«.<sup>2</sup> Über seine Konfirmation und seine kirchliche Trauung äußerte er sich kurz inhaltlich, aber diese Aussagen blieben insgesamt recht blass. Viele Fakten, zum Beispiel die aus diesen Anlässen ausgewählten Bibelzitate oder die Namen der Taufpaten, sind unbekannt oder mussten aufwändig recherchiert werden.<sup>3</sup> Mit der Ausnahme seines Konfirmators Walter Uhsadel (1900–1985) nannte Schmidt im persönlichen Kontext auch keine Pastorennamen.<sup>4</sup> Sicherlich spielte eine grundsätzliche Zurückhaltung des Politikers in Bezug auf sein Privatleben dabei eine Rolle. Doch kann auch der Eindruck entstehen, dass diese privaten kirchlichen Ereignisse keine tiefer gehende emotionale wie intellektuelle Bedeutung für ihn hatten. Gefühlsmäßig sprach ihn

1 Erweiterte Fassung eines Vortrags, gehalten am 1. Oktober 2016 in der Sektion »Helmut Schmidt 1918–2015« auf der 40. Annual Conference of the German Studies Association in San Diego. Zum Kontext vgl. Rainer Hering, »Aber ich brauche die Gebote...«. Helmut Schmidt, die Kirchen und die Religion, Bremen 2012.

2 Helmut Schmidt, Als Christ in der politischen Entscheidung, Gütersloh 1976, 2. [erw.] Aufl. 1977.

3 So liegen viele Daten in den privaten Unterlagen Helmut Schmidts nicht vor beziehungsweise sind nicht erinnerlich (freundliche Mitteilung des Helmut Schmidt-Archivs Hamburg-Langenhorn (AHS) vom 29.4.2009). Für die Unterstützung dort danke ich Heike Lemke sehr.

4 Rainer Hering, Uhsadel Walter Franz, in: Friedrich Wilhelm Bautz (Hrsg.) und fortgeführt von Traugott Bautz, Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon, Bd. XII, Herzberg 1997, Sp. 841–854; ders., Uhsadel Walter Franz, in: Franklin Kopitzsch/Dirk Brietzke, Hamburgische Biografie. Personenlexikon, Bd. 3, Göttingen 2006, S. 390.

seit seiner Jugend im religiösen Kontext vor allem die Kirchenmusik Johann Sebastian Bachs (1685–1750) an.

Helmut Schmidts persönliches Verhältnis zu christlichem Glauben und kirchlicher Lehre war immer bestimmt von verantwortungsethischen Überzeugungen. Ein tiefer innerer Glaube an viele Elemente der christlichen Lehre, zum Beispiel die Vorstellung eines Lebens nach dem Tode, oder eigene frei formulierte Gebete spielten für ihn keine Rolle. Er nahm Religion für sich privat offenbar eher als Wertesystem denn als Bekenntnisakt beziehungsweise Glaubenslehre oder – mit Ausnahme des Zweiten Weltkriegs – als persönlichen Trost wahr. In einem Fernsehgespräch im Jahr 2008 sagte er wörtlich: »Aber zum Glauben habe ich eigentlich nie ein enges Verhältnis gehabt. Ich habe ihn auch nie gesucht.«<sup>5</sup>

Schmidt war, wie er 1998 schrieb, »von der Notwendigkeit der Moral überzeugt, die das Christentum im Laufe von Jahrhunderten entfaltet hat. Wir Deutschen können nicht im politischen und sozialen Frieden miteinander leben ohne die im Christentum entwickelten Pflichten und Tugenden. Die Kirchen müssen Gegengewichte setzen gegen die Tendenz zum moralischen Verfall unserer Gesellschaft. [...] Deshalb müssen die Kirchenleute Beispiele geben, sie sollen uns Laien zu Beispielen ermutigen. Sie sollen uns als Volkskirche Seelsorge und Trost geben. Sie sollen uns Barmherzigkeit und Solidarität lehren gegenüber den Benachteiligten, den Schwachen, Kranken und Armen, desgleichen Toleranz und Respekt vor der persönlichen Würde jedes anderen Menschen. [...] Auch im 21. Jahrhundert werden die Kirchen gebraucht.«<sup>6</sup>

Helmut Schmidt schien – das wird immer wieder in seinen Aussagen deutlich – die Aufgabe von Kirche in der individuellen Seelsorge und in der Verbreitung ethischer Werte in der Gesellschaft zu sehen. Das Sakrale ordnete er der Ethik unter. Das Christentum war für Schmidt in erster Linie für die ethische Fundierung gesellschaftlichen und politischen Handelns der Einzelnen von Bedeutung. Seine Reden aus den Nachkriegsjahren waren geprägt von positiv besetzten Begriffen wie »persönliche Verantwortung«, »selbständiges Urteil«, »Selbsterziehung« und »Zivil-

---

5 Helmut Schmidt in der ARD-Sendung »Beckmann« am 22.9.2008; vgl. Gespräch Helmut Schmidts mit Giovanni di Lorenzo, in: ZEIT-Magazin, 10.6.2010.

6 *Helmut Schmidt*, Auf der Suche nach einer öffentlichen Moral. Deutschland vor dem neuen Jahrhundert, München 2000, S. 75.

courage« – alles Eigenschaften eines selbstbewussten, reflektierenden Individuums. Bei der Entwicklung dieser Eigenschaften sah Schmidt die Kirchen in der Pflicht. Negativ besetzt waren dagegen Termini wie »Bürokratie«, »Obrigkeitsstaat«, »Masse«, und »Bildungsmonopol« – Begriffe, bei denen die Einzelnen in der Masse verschwinden.<sup>7</sup> Nach seinen Erfahrungen im »Dritten Reich« ging es Helmut Schmidt darum, die Eigenverantwortung und die Selbstständigkeit der Menschen zu stärken. Dies erschien ihm als wesentliche Grundvoraussetzung für das Funktionieren einer demokratischen Gesellschaft. Dabei lag ihm immer an intensiver Diskussion. Das Überzeugenwollen wie das Überzeugtwerdenwollen waren ihm schon frühzeitig wichtig und prägten sein Leben als Politiker. Gerade als Abgeordneter verstand er sich als jemand, der in der Öffentlichkeit andere durch seine Argumente überzeugen und gegebenenfalls umstimmen könne.<sup>8</sup> 1954 schrieb er in einem Zeitungsartikel: »Demokratisches Staatsklima ist eine Aufgabe der Erziehung, der Erziehung zum Selbstvertrauen des Staatsbürgers«, und forderte gerade die Lehrer und Erzieher auf: »Lehrt unsere Jugend den Willen zum eigenen Urteil, gebt ihr die Fähigkeit dazu, erzieht sie zu kritischem Mitdenken.« Den Beitrag der Kirchen sah Schmidt in der Vermittlung dieser Werte, die für sein Handeln als Politiker bedeutend waren.<sup>9</sup>

Helmut Schmidt ging es darum, »bewußt als Christ zu der einen oder anderen Frage öffentlich Stellung zu nehmen«, wie er 1976 in der Einführung zu seinem Buch »Als Christ in der politischen Entscheidung« angab. In einem Gespräch mit dem Leiter des Katholischen Büros Wilhelm Wöste (1911–1993) im folgenden Jahr erklärte Schmidt sich bewusst als Christ, wie das Protokoll festhielt.<sup>10</sup> Auch im Kontext der Debatten um die Friedens- und Sicherheitspolitik, während der ihm wie anderen Befürwortern des NATO-Doppelbeschlusses von manchen aus der Friedensbewegung das Christsein aberkannt wurde, bekannte Schmidt sich nachdrücklich als Christ, zum Beispiel in einem Brief an den Pastor und Politiker Heinrich Albertz (1915–1993): »Auch ich versuche – wie Du – ein Christ zu

7 *Hartmut Soell*, *Helmut Schmidt 1918–1969. Vernunft und Leidenschaft*, 2. Aufl., München 2004 [2003], S. 198.

8 *Ebd.*, S. 215 und 257.

9 *Helmut Schmidt*, *Es fehlt das Staatsklima. Was sollen wir tun, was lassen? Vorschläge für die Politiker, für Lehrer und Erzieher*, in: *Hamburger Echo*, 30.12.1954.

10 *Schmidt*, *Christ*, S. 11; AHS, *Korrespondenz Privat-politisch A-Z Band 18 1977/II*, Niederschrift vom 23.2.1977 über den Besuch des Leiters des Kommissariats der deutschen Bischöfe – katholisches Büro Bonn –, Weihbischof Wilhelm Wöste, beim Herrn Bundeskanzler am 22.2.1977.

sein, aus christlicher Verantwortung zu handeln und den Sinn der Kirchen für gerade ihre öffentliche Verantwortung zu stärken. Darin trennt uns nichts.«<sup>11</sup> Deutlich wird hier der hohe ethisch-moralische Anspruch und eine sehr vorsichtige Rückkopplung an einen allerdings nicht näher bestimmten Gott, die Schmidts Handeln gerade als Politiker geprägt haben.

Im August 1983 fasste Helmut Schmidt am Brahmsee sein Glaubensverständnis in einem Brief an den im Ruhestand befindlichen Berlin-Brandenburger Bischof Albrecht Schönherr (1911–2009) so zusammen: »In Sachen theologiae bin ich wahrscheinlich – auch später als Abgeordneter, Minister und Bundeskanzler – immer naiv geblieben: mir war, mir ist immer das Vertrauen in Gott als den Herrn der Geschichte der beherrschende Mittelpunkt geblieben, wie schon in der Nazi-Zeit: Nichts geschieht, das er nicht will. Das Vaterunser und Choral sind meine Eckpfeiler geblieben.«<sup>12</sup>

Im Jahr 1985 definierte Helmut Schmidt im Gespräch mit dem Dirigenten Leonard Bernstein (1918–1990) mit einer von ihm selbst als »ziemlich naiven Formulierung« bezeichneten Art den Begriff Glaube: »Glaube heißt zu wissen, daß man in der Hand Gottes ist, wie immer man Gott nennt.«<sup>13</sup> Auf dem 32. Evangelischen Kirchentag in Bremen nahm Helmut Schmidt am 21. Mai 2009 vor 6.000 Zuschauern an einer Podiumsdiskussion mit dem Präsidenten der Weltbank Robert Zoellick (Jahrgang 1953) teil. Dabei wünschte er, dass »der liebe Gott« dem amerikanischen Präsidenten bei seiner Arbeit helfen möge. Ob diese Formulierung dem Kirchentag geschuldet war oder einer inneren Überzeugung Schmidts entsprach, ist nicht zu entscheiden – zumal der Gottesbegriff unbestimmt bleibt, muss es sich nicht zwingend um den christlichen Gott gehandelt haben, sondern kann sich auf eine nicht näher bestimmte höhere Macht beziehen.<sup>14</sup>

Selten bezeichnete sich Helmut Schmidt selbst in einer öffentlichen Rede als Christ oder rief zum Vertrauen auf Gott auf. Insofern nimmt sein Vortrag »Brücken bauen

11 Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), HSA, 10636, Schmidt an Albertz, 21.4.1981.

12 AHS, Korrespondenz Inland und Ausland ab 03.06.1983–31.07.1983, Schmidt an Schönherr, 1.8.1983.

13 »Aber diese bessere Welt finden Sie nur im Mythos«, in: Die ZEIT, 15.11.1985.

14 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.5.2009, dort das Zitat; *Ellen Ueberschär/Silke Lechner* (Hrsg.), *Mensch, wo bist Du?* (1. Mose 3,9), S. 32. Deutscher Evangelischer Kirchentag Bremen 20.–24. Mai 2009. *Horizonte des Glaubens, Perspektiven für die Gesellschaft, Chancen für die Welt, Gütersloh 2009*, S. 124–143, das Zitat ebd., S. 142; vgl. zur Veranstaltung auch die TAZ, 23.5.2009.

in Europa – meine Erwartungen an die Kirchen« auf dem Rostocker Kirchentag im Juni 1988 in der DDR hier eine ungewöhnliche Stellung ein. Schmidt betonte, dass er als einfacher Bürger und Christ gekommen sei und sich freue, als Bruder akzeptiert zu werden. Dabei blieb offen, ob der Terminus »Bruder« nationalstaatlich oder kirchlich gemeint war. Am Ende dieser Ansprache bezog sich Helmut Schmidt im Blick auf die erforderliche deutsch-deutsche und die internationale Verständigung explizit auf Gott: »Was aus all diesen Mühen, was aus all unseren Sorgen wird, das steht bei Gott. Auf ihn habe ich selber immer dann vertraut, wenn ich Angst hatte, gerade auch als Soldat im Kriege. Liebe Rostocker, vielleicht darf ich Ihnen doch am Schluß eine Empfehlung mitgeben: Setzt Euer Vertrauen auf Gott den Herrn!«<sup>15</sup> Dies war im Kontext der DDR-Gesellschaft der Aufruf zu einer Distanzierung von der SED-Herrschaft.

In einem in diesem Kontext geführten Interview bezeichnete Schmidt das Vaterunser als den für sein Denken und Handeln wichtigsten biblischen Text: »Für mich hat immer das Vaterunser im Zentrum gestanden und insbesondere der Schluß: Dein ist das Reich und die Kraft und die Herrlichkeit – in Ewigkeit.«<sup>16</sup>

Bei ihrer letzten Begegnung in Wien mahnte Franz Kardinal König (1905–2004) Helmut Schmidt: »Herr Schmidt, vergessen Sie nicht die Kraft des persönlichen Gebets!« Obwohl ihn König immer sehr beeindruckt hatte, befolgte Schmidt dessen Mahnung nach eigenen Angaben nicht. Auch früher habe er keinen inneren Bezug zu persönlichen Gebeten gehabt, mit zwei Ausnahmen: »Wenngleich ich in meinem Leben innerlich nicht gebetet habe, so haben mich doch zwei Gebete tief angerührt, nämlich das Vaterunser und das Gelassenheitsgebet des Amerikaners Reinhold Niebuhr.«<sup>17</sup> Im Amt habe Schmidt niemals gebetet, allerdings

15 AHS, Eigene Arbeiten Ordner 391 05–07.1988, Nummer 9: Rede auf dem Kirchentag der Evangelischen Kirche von Mecklenburg in Rostock/Marienkirche 18.6.1988, zitiert wurde aus der Endfassung. In der Druckausgabe *Schmidt*, Religion, S. 115–125, das Zitat S. 125.

16 AHS, Eigene Arbeiten Ordner 391 05–07.1988, Nummer 15, Die eigene Sache im Auge behalten, in: Mecklenburgische Kirchenzeitung, 3.7.1988.

17 *Helmut Schmidt*, Außer Dienst. Eine Bilanz, München 2008, S. 294, dort das König-Zitat, S. 288 und 336, dort das Niebuhr-Zitat; Gespräch Helmut Schmidts mit Giovanni di Lorenzo, in: ZEIT-Magazin, 10.6.2010. Auch in einem Fernsehinterview im Jahr 2006 zu seinem Einsatz bei der Sturmflut in Hamburg 1962 verweist Schmidt auf dieses Gebet (Die Hamburger Sturmflut 1962 – Helmut Schmidt erzählt. NDR-Fernsehen von Raymond Lay).

Seelsorge gefunden bei Franz Hengsbach (1910–1991), Eduard Lohse (1924–2015) und Oswald von Nell-Breuning (1890–1991).<sup>18</sup>

Auch zum religiösen Zusatz »So wahr mir Gott helfe« zum Amtseid hatte Helmut Schmidt ein distanzierendes Verhältnis. Ein besonderes Vertrauen, dass Gott ihm bei der Amtsführung helfen würde, habe er nicht, selbst wenn dieser Zusatz ein Bekenntnis zu Gott beinhalte. Dennoch sei es ihm immer selbstverständlich gewesen, den Eid mit der religiösen Zusatzformel zu leisten. Die meisten Bürgerinnen und Bürger glaubten an Gott und hätten von ihm erwartet, dass er Gott im Amtseid anrufe. Dieser Erwartung zu entsprechen, war ihm »gänzlich unproblematisch«. Allerdings hätte er ohne diese Ergänzung sein »Gewissen immer genauso angestrengt, mein Versprechen einzuhalten, das ich in Gestalt des Amtseides gegeben habe.« Im Jahr 2008 jedoch hielt er »sowohl den Schwur an sich als auch die zusätzliche Anrufung Gottes für eine zweifelhafte Einrichtung«.<sup>19</sup>

Die Kirchen waren für Helmut Schmidt als Vermittler von Werten bedeutsam. Besonders wichtig galten ihm die Tugenden des Verantwortungsbewusstseins, der Vernunft und der inneren Gelassenheit. Konkret nannte er neben den drei religiösen Tugenden Glaube, Liebe, Hoffnung (1. Korinther 13, 13) die vier »Kardinaltugenden« des Thomas von Aquin: Klugheit, Mäßigung, Gerechtigkeit und Tapferkeit – letztere bezeichnete er später als Zivilcourage. Die Kirchen sollten, wie bereits erwähnt, seiner Meinung nach die Menschen zum Befolgen dieser Tugenden anstiften und ermutigen. Daher hielt Schmidt am Christentum fest: »Gleichwohl nenne ich mich immer noch einen Christen und bleibe in der Kirche, weil sie Gegengewichte setzt gegen moralischen Verfall in unserer Gesellschaft und weil sie Halt bietet. Wir Deutschen können nicht in Frieden miteinander leben ohne die auf dem Boden des Christentums entwickelten Pflichten und Tugenden.«<sup>20</sup>

In seinen 1996 publizierten Erinnerungen betonte Schmidt seine Kirchenmitgliedschaft »aus fester Überzeugung«. »Aber ich bezweifle häufiger als damals, ob unsere Kirchen uns heutigen Menschen am Ende des zweiten Jahrtausends das ge-

18 *Helmut Schmidt*, Hand aufs Herz. Helmut Schmidt im Gespräch mit Sandra Maischberger, München 2003, S. 93f.

19 *Schmidt*, Dienst, S. 297.

20 Ebd., S. 295f. und 336, das Zitat S. 295.

ben – und überhaupt geben können –, wonach so viele sich sehnen: die Geborgenheit im Glauben an Gott und an Gottes Allmacht.« Für ihn seien das Gewissen und die persönliche Verantwortung zentral. »Nichts kann geschehen gegen Gottes Willen, das glaube ich noch heute. Aber ich habe oft gedacht und gehofft: Mein Gott, laß mich das Richtige tun. In allen schwierigen Fragen habe ich meine Vernunft angestrengt und ebenso mein Gewissen – und immer habe ich den Rat anderer gesucht, sowohl solcher, die älter waren, als auch solcher, die jünger waren als ich selbst. Aber jede vernünftige Risikoabwägung schließt eben auch das Risiko eines Fehlschlages ein, manchmal sogar eines tödlichen Fehlschlages.« Explizit nannte Schmidt hier die Entführung Hanns Martin Schleyers (1915–1977) und den NATO-Doppelbeschluss. Trotz der Hingabe an den Willen Gottes könne ein Christ, so Schmidt, sich nicht der »persönlichen Verantwortung vor unserem eigenen Gewissen und vor unseren Mitbürgern und Nachbarn« entziehen. »Auch die Kirchen können uns aus diesem Dilemma nicht befreien. Wohl aber können sie uns seelischen Beistand geben.«<sup>21</sup>

1980 sagte er, dass er den Menschen Leitvorstellungen vermitteln wolle, dass das, was politisch zu regeln sei, aus zwei Gründen erfolgen solle: »erstens, aus dem Anstand, der Gerechtigkeit, der Moral, der Gesamtheit sittlicher Grundüberzeugungen, Grundwerte heraus, die unserer Zeit gemeinsam sind. Und, zweitens, muß dies geschehen mit einem höchstmöglichen Maß an Vernunft. Das sind die beiden Hauptwurzeln meines politischen Denkens und Handelns, die ich auch gerne anderen Menschen plausibel und transparent mache, und dabei muß man dann immer noch wissen, daß ein Rest bleibt, mit dem man angewiesen ist auf Gnade, Gott, wie immer man es nennen will«. Für ihn blieb also immer noch ein Bereich, der vom Menschen nicht steuerbar war und den er hier mit »Gnade« beziehungsweise »Gott« bezeichnet.<sup>22</sup>

1997 bekannte Schmidt sich in einem Beitrag in der Hamburger Hauptkirche St. Katharinen zum ihm vorgegebenen Thema »Warum ich (k)ein Christ bin« als Christ. Sein Christentum habe sich in den letzten Jahrzehnten nicht verändert, auch nicht vertieft. »Sondern eher gehöre ich heute stärker noch als früher zu den

21 *Helmut Schmidt, Weggefährten. Erinnerungen und Reflexionen*, Berlin 1996, die Zitate S. 397–399.

22 Zit. nach: *Sibylle Krause-Burger, Helmut Schmidt. Aus der Nähe gesehen*, Düsseldorf/Wien 1980, S. 280.

Distanzierten in der Kirche«. Wichtig war ihm der »Respekt gegen andere Religionen und andere Bekenntnisse«, da die moralischen Grundwerte zwischen ihnen näher beieinander liegen. Viele christliche Glaubensinhalte seien im fremd: »Ich glaube nicht, ich kann nicht an die Wunder in der Bibel glauben, nicht an das leere Grab. Ich glaube, Gott ist der Herr allen Geschehens. Aber mit der heiligen Dreieinigkeit von Gott und Sohn und Heiligem Geist habe ich ganz große Schwierigkeiten.« Schmidt hinterfragte den Begriff der Definition des Christseins: »Aber muß ich als Christ, der zu sein ich behaupte, muß ich wirklich glauben, dass Eva aus der Rippe des Adam geschaffen wurde? Wo ich doch weiß – wie inzwischen alle Naturwissenschaftler der ganzen Welt wissen –, daß alle heute existierenden Lebewesen entstanden sind durch biologische Evolution, durch Mutation und Selektion. Ich hätte persönlich gar keine Schwierigkeit zu sagen, die der biologischen Evolution zugrunde liegenden Prinzipien sind von Gott.« Schmidt betonte das moralische Potenzial des Christentums. Er bleibe in der Kirche, »weil die Kirche, auch wenn sie mich bisweilen enttäuscht, [...] Gegengewichte setzt gegen den moralischen Verfall unserer Gesellschaft, weil sie Halt bietet, den man sonst nicht besitzt.«<sup>23</sup>

Gottvertrauen war für Helmut Schmidt ein wichtiges Element seines Glaubens, das für sein Leben herausragende Bedeutung hatte. In seiner Rede am 1. Juli 1986 in der Marktkirche Hannover sagte er wörtlich: »Wahr ist, Gott bleibt der Herr über die Geschichte der Menschen. Das Vertrauen auf Gott hat den allermeisten von uns, die wir überlebt haben im Krieg und in der Nazizeit, den Willen zum Leben bewahrt. Es hat mich in der langen Zeit der Abwehr terroristischer Morde, Entführungen, Geiselnahmen, der vielfachen Drohung der Wiederholung und Fortsetzung der Gewalttaten davor bewahrt, den Weg der abwägenden, den Weg der an Moral und Recht sich orientierenden Vernunft zu verlassen. Ich glaube,

23 AHS, Eigene Arbeiten, Ordner 293 10.1997, Nummer 4: Ms. Rede St. Katharinen: Warum ich (kein) Christ bin 6.10.1997, dort die Zitate Bl. 3, 18f., 40–44; Erstdruck: *Helmut Schmidt*, Vortrag vom 6. Oktober 1997, in: *Axel Denecke* (Hrsg.) »Warum ich (k)ein Christ bin...«. Vortragsreihe prominenter Zeitgenossen (Texte aus Katharinen 2), Hamburg 1997, S. 17–25, gekürzt wieder gedruckt als: *Helmut Schmidt*, Warum ich (kein) Christ bin, in: *Johannes Röser* (Hrsg.), *Christsein 2001. Erwartungen und Hoffnungen an der Schwelle zum neuen Jahrtausend*, 3. Aufl., Freiburg/Basel/Wien 1998, S. 47–52. Vgl. zu seinem Vortrag das Gespräch mit Prof. Dr. Hans-Joachim Seeler am 21.9.2006. Auch im Jahr 2010 bezeichnete Schmidt sich als »ein[en] sehr distanzierte[n] Christ[en]«. Gespräch Helmut Schmidts mit Giovanni di Lorenzo, in: *ZEIT-Magazin*, 10.6.2010.

Vertrauen auf den Herrn der Geschichte gibt uns auch *den Mut* dazu, *Ängste auszuhalten*; diese Welt, so wie sie wirklich ist, als Heimat anzunehmen, und diese Welt, wo sie noch nicht Heimat ist oder wo sie es nicht mehr ist, wieder zur Heimat zu machen.«<sup>24</sup>

Ein Wandel in Schmidts Glaubenseinstellung war, wie in obigen Äußerungen angedeutet, in der wachsenden Distanz zum Christentum und in einer Öffnung für andere Religionen zu erkennen. Entscheidend waren hier die Jahre nach seinem Ausscheiden aus dem Amt des Bundeskanzlers, die ihm mehr Zeit für interreligiösen Austausch und Lektüre über andere Religionen boten.<sup>25</sup> In einem Gespräch im Jahr 2002 lehnte er den Glauben an einen gerechten Gott in einer explizit als vorläufig gekennzeichneten Aussage ab: »Der gerechte Gott, wenn es ihn denn gibt, hat immerhin Auschwitz zugelassen und andere entsetzliche Verbrechen.« Daher würde er, wie er sechs Jahre später, 2008, in einer Fernsehsendung sagte, sich »heute nicht mehr auf Gott verlassen«. Die ihn lange Zeit prägende Vorstellung »von Gott als dem Herren der Geschichte schien er aufgegeben zu haben. Nunmehr traten christliche Grundsatzfragen bei Schmidt in den Vordergrund und er setzte sich intensiver mit Fragen der Theodizee auseinander. Im Dezember 2010 erklärte er, seinen persönlichen Glauben weitgehend verloren zu haben. Er teile die Auffassung seiner Frau, mit der er über das Sterben geredet habe, dass im Falle eines Todes die Moleküle, aus denen der Mensch bestand, erhalten blieben und nicht verloren gingen, was tröstlich sei. Im April 2011 schrieb Helmut Schmidt über sich selbst: »Ich bin aber immer Skeptiker geblieben, das heißt ein sehr distanzierter Christ.«<sup>26</sup>

Trotzdem blieb eine emotionale Komponente in seinem persönlichen Verhältnis zu Kirche und Christentum: Helmut Schmidt schätzte Kirchenmusik sehr, zumal

24 AHS, Eigene Arbeiten, Ordner 381 06–08.1986, Nummer 4: Rede: Christliche Ethik und politische Verantwortung, Marktkirche Hannover 1.7.1986, Hervorhebung im Original. Schmidt ließ diese Rede hektografiert am 1. August 1986 an alle SPD-Abgeordneten verschicken. Publiziert wurde diese Rede 2011 in *Helmut Schmidt*, Religion in der Verantwortung. Gefährdungen des Friedens im Zeitalter der Globalisierung, Berlin 2011, S. 79–101.

25 Gespräch mit Helmut Schmidt am 15.2.2007.

26 *Schmidt*, Hand aufs Herz, S. 93, dort die ersten Zitate; *ders.*: Religion, S. 175; AHS, Eigene Arbeiten, Ordner 350 01.2008, Nummer 19: Mitschrift ARD-Sendung: Menschen bei Maischberger 12.6.2007, *Helmut Schmidt/Richard von Weizsäcker* (Hrsg.), Innenansichten aus Europa (Die neue Mittwochsgesellschaft 4), München 2007; Helmut Schmidt in der ARD-Sendung »Menschen bei Maischberger« am 14.12.2010; *Helmut Schmidt*, Macht endlich Frieden, in: Die ZEIT, 14.4.2011.

sie für ihn auch eine konkrete Bedeutung hat, weil die Orgel neben dem Klavier sein bevorzugtes Instrument war. »Ist seiner Liebe zum Orgelspiel zwar auf mehreren Kirchenorgeln nachgegangen, jedoch nicht öffentlich«, heißt es in seinem Buch »Als Christ in der politischen Entscheidung«. In der Tat lehnte er die zahlreichen Angebote von Kirchen, dort ein Orgelkonzert zu geben, immer ab.<sup>27</sup>

Sehr oft besuchte Schmidt, der sich bereits in seiner Schulzeit mit Kirchenmusik beschäftigt hatte, Veranstaltungen mit Kirchenchören oder Orgelkonzerte. Häufig spendete er Geld für den Erhalt von Orgeln, unter anderem in Polen. Er unterstützte die Restaurierung der Arp-Schnitger-Orgel in der Hamburger Hauptkirche St. Jacobi und spielte sie bei einem privaten Besuch selbst.<sup>28</sup> Mit dem Hamburger Kirchenmusikdirektor an der Hauptkirche St. Michaelis, Günter Jena (Jahrgang 1933), stand Schmidt in einem engen privaten Austausch und beteiligte sich aus Anlass des 300. Geburtstags an der »Geburtstags-Gesellschaft J. S. Bach«. Schmidt verehrte Johann Sebastian Bach sehr; für ihn sei Hamburg »eigentlich die Hauptstadt der deutschen Kirchenmusik«.<sup>29</sup>

Mehrfach referierte Schmidt in Hamburg und Leipzig über Johann Sebastian Bach.<sup>30</sup> Schmidt wörtlich: »Musik sei zur Rekreation des Gemütes, so hat bekanntlich Bach einmal geschrieben. Und das ist wohl wahr. Rekreation – das bedeutet in unserer heutigen Sprache wohl Erholung. Heute würde Bach vielleicht sagen: Musik gilt als Erneuerung der Seele des Menschen.« Schon in der Schule habe ihn »immer die Klarheit, die Durchsichtigkeit und die Ordnung der polyphonen

27 Gespräch mit Helmut Schmidt am 15.2.2007; *Schmidt*, Christ, Buchumschlag Rückseite; vgl. die Korrespondenzen im AHS, beispielsweise Korrespondenz I/2 N-Z 1983–1986, Schmidt an Karin Opitz, Verein zur Wiederherstellung der Orgel von Poppenbüll, 13.12.1985.

28 Z.B. AdSD, HSA, 9527, Schmidt an Helmut Walcha, 18.6.1975; ebd., SPD-PV, 13710, Reitz an Erhard Eppler, 29.9.1976; AHS, Korrespondenz I/2 K-M 1983–1986, Hauptpastor Dr. Lutz Mohaupt an Schmidt, 28.2.1986.

29 Gespräch mit Helmut Schmidt am 15.2.2007.

30 AHS, Ordner Inland ab 1.1.1983 I A-Z, Jena an Schmidt, 15.1.1983, Schmidt an Jena, 24.2.1983; ebd., Korrespondenz I/2 A-J 1983–1986 (Schriftwechsel mit Jena); ebd., Termin im Hamburger Michel am 21.3.1985; ebd., Ordner 305 05–06.1999, Nummer 2: Rede zur Eröffnung des Bachfestes in der Thomas-Kirche Leipzig 12.5.1999; ebd., Ordner 322 11–12.2001, Nummer 3; *Helmut Schmidt*, Musik »zur Recreation des Gemüths«, in: *Friedemann Kluge* (Hrsg.), *Begegnungen mit Bach. Eine Anthologie zugunsten der Berliner Bach-Autographe*, Kassel/Stuttgart/Weimar 2002, S. 8–12; *ders.*: Johann Sebastian Bach zu Ehren, in: *Evangelische Kommentare* 18, 1985, S. 345–347; *ders.*, Vom deutschen Stolz. Bekenntnisse zur Erfahrung von Kunst, Berlin 1986, S. 43–55; *ders.*, Religion, S. 70–78.

Barockmusik mehr angezogen, als alle Klassik und Romantik. Schütz, Pachelbel, Buxtehude – das waren meine Komponisten. Vor allem aber Bach, Telemann, Vivaldi, Purcell. Die Bach-Söhne liebte ich auch, aber schon mit Abstrichen. Je durchsichtiger eine Musik war, umso mehr ging sie in mein Ohr.« Bachs Musik habe Folgendes zur Voraussetzung: »Zweck aller Musik solle nichts anderes sein, ›als nur zu Gottes Ehre‹ – und zur Rekreation des Gemütes zu dienen.«<sup>31</sup>

Die Texte der Kirchenlieder seien ihm relativ gleichgültig gewesen, was überrascht: »Mir waren immer die lateinischen Texte am liebsten, denn die konnte ich nicht verstehen. Dann wirkte die Musik abstrakt. Die deutschen Kirchenlieder, meist von Paul Gerhardt, fand ich zum Teil nicht sonderlich attraktiv, zum Teil geschmacklos, kitschig.«<sup>32</sup> An der Aufführung des Paulus-Oratoriums von Felix Mendelssohn-Bartholdy (1809–1947) 1993 im Hamburger Michel hob Schmidt jedoch gerade eine Textpassage als besonders eindringlich hervor: »Wachet auf, ruft uns die Stimme«. Dieser Choral ging auf das gleichnamige Kirchenlied Philipp Nicolais (1556–1608) aus dem Jahr 1599 zurück, das von Johann Sebastian Bach 1731 in einer Kantate aufgegriffen wurde.<sup>33</sup>

In Helmut Schmidts Bach-Vorträgen finde sich, wie er selbst sagt, »ein bisschen von Schmidts Verhältnis zum Christentum wieder«. So stellte die Kirchenmusik für ihn eine emotionale Verbindung zu Kirche und Christentum dar. Dass er in den letzten Lebensjahren aufgrund seiner Hörbehinderung keine Musik mehr wahrnehmen konnte, war für Helmut Schmidt eine Tragödie.<sup>34</sup>

In einem bilanzierenden Interview im Norddeutschen Rundfunk äußerte sich Helmut Schmidt im Jahr 2003 zu existenziellen Fragen. Die Erfahrung eines lebensbedrohlichen Herzinfarkts habe sich kaum auf ihn ausgewirkt. Angst vor dem Tode habe er nicht, eher vor langem Leiden. Ein plötzlicher Herztod sei ihm lieber als ein langer Krebsstod. An ein Leben nach dem Tode habe er nie geglaubt, eine solche Vorstellung als Trost habe er nicht benötigt. Auf die Frage nach seiner

31 Schmidt, Stolz, S. 43–55, die Zitate S. 44f., Hervorhebung im Original.

32 Gespräch mit Helmut Schmidt am 15.2.2007, dort die Zitate; Schmidt, Stolz, S. 43–55; Hannelore Schmidt/Reiner Lehberger, Auf einen Kaffee mit Loki Schmidt, Hamburg 2010, S. 42.

33 AHS, Eigene Arbeiten, Ordner 260 06–07.1993, Nummer 13: Rede zum Gedenken an die Operation Gomorrha am 23.7.1993 im Hamburger Rathaus, Bl. 15f.

34 Gespräch mit Helmut Schmidt am 15.2.2007, dort das Zitat; vgl. auch Gespräch mit Jens Fischer am 15.8.2008.

Liebblingsstelle in der Bibel antwortete er: »Der 90. Psalm. Da heißt es: Das Leben währet siebzig Jahre und wenn es hoch kommt sind es achtzig Jahre und wenn es köstlich gewesen ist, dann ist es Mühe und Arbeit gewesen.«<sup>35</sup>

Der langjährige Mitarbeiter Schmidts Jens Fischer (1943–2020) sieht einen Kausalzusammenhang zwischen Schmidts in diesem Zitat deutlich werdendem beeindruckenden Arbeitsethos und dessen religiöser Einstellung. Dies sei »eigentlich eine urluthersche Fragestellung: ›Wie schaff ich mir einen gnädigen Gott, wie kann ich schuldlos sein?‹ Und der einzige Weg ist, bis an die Grenze meiner Belastbarkeit mich um die Sachen kümmern, alles lesen, alle Kontakte haben, alles besprechen und dann zu sagen, wenn ich jetzt eine Entscheidung treffe und sie ist falsch, dann kann ich nur sagen, ich konnte es nicht besser.«<sup>36</sup> Hintergrund mag auch Schmidts recht harte Erziehung durch den Vater gewesen sein, die Gefühle nicht zuließ und Selbstbeherrschung und das Zurücknehmen der eigenen Person zum Ziel hatte.<sup>37</sup>

Im Gespräch im Februar 2007 berichtete Helmut Schmidt von seinem letzten Willen bezüglich der Trauerfeier für ihn, der viel über sein distanzierter gewordenes Verhältnis zur Kirche aussagt: »Ich möchte nicht im Hamburger Michel abgefeiert werden, wenn ich tot bin, sondern gefälligst im Rathaus. Es soll kein Theologe reden, es genügt mir, wenn einer das Vaterunser spricht.«<sup>38</sup> Dieses Zitat autorisierte er auch für den Druck. Tatsächlich jedoch fand die Trauerfeier im »Michel« statt, und ein Theologe redete.<sup>39</sup>

Die Frage nach der religiösen Überzeugung Helmut Schmidts ist eine unmittelbar-menschliche und kann daher nur bedingt mit den zur Verfügung stehenden Quellen erforscht werden. Auf jeden Fall ist im Laufe von Schmidts Lebens eine

35 *Helmut Schmidt*, Bilanz eines großen Staatsmannes. Gespräch mit Joachim Knuth und Volker Herres, NDR 2003, Audio CD, Hamburg 2004. Vgl. »Ich habe keine Angst vor dem Tod«. Ein Gespräch mit Helmut Schmidt, in: Cicero, März 2007, S. 56–66, hier: S. 64; Helmut Schmidt in der ARD-Sendung »Menschen bei Maischberger« am 14.12.2010.

36 Gespräch mit Jens Fischer am 15.8.2008.

37 *Henning Albrecht*, »Pragmatisches Handeln zu sittlichen Zwecken«. Helmut Schmidt und die Philosophie, Bremen 2008, S. 22–25; Gespräch Helmut Schmidts mit Giovanni di Lorenzo, in: ZEIT-Magazin, 22.12.2010.

38 Gespräch mit Helmut Schmidt am 15.2.2007.

39 *Hering*, Gebote, S. 221; URL: <<https://www.youtube.com/watch?v=SRxzRSkqp-w>> [19.11.2023]; *Thomas Karlauf*, Helmut Schmidt. Die späten Jahre, München 2016, S. 480–482.

Entwicklung zu erkennen, die bei schon immer vorhandener Distanz zu den Kirchen zu einer fortschreitenden Entfernung vom Christentum bei gleichzeitig fortbestehender Kirchenmitgliedschaft geführt hat. Ein Faktor war die intensivere Beschäftigung mit anderen Religionen. Helmut Schmidt äußerte sich nur selten konkret zu seinem Glauben oder zu seiner kirchlichen Biografie. Insgesamt entsteht der Eindruck, dass er wenig persönlichen Bezug zum Christentum hatte. Er betete nach eigenen Angaben kaum und als Politiker schon gar nicht und konnte viele konstitutive Elemente des Christentums, wie die Dreieinigkeit Gottes, nicht nachvollziehen. Der Gottesbegriff Schmidts war meist unbestimmt und meinte nicht immer zwingend den christlichen Gott, vielmehr eine höherstehende Macht. Es ist zu vermuten, dass diese Offenheit nicht zufällig ist. Sie ermöglichte es ihm, einen breiten Personenkreis anzusprechen und zugleich das eigene, phasenweise sicherlich nicht eindeutig geklärte Gottesbild offenzuhalten. Darin spiegelt sich der Pragmatismus Schmidts wider, dem es nicht um wissenschaftliche – seien es theologische, philosophische oder religionswissenschaftliche – Auseinandersetzungen ging. Zum Glauben habe er nie ein besonderes Verhältnis entwickelt, er habe es auch nicht gesucht, bilanzierte Helmut Schmidt im Jahr 2008. Das noch bis weit in die 1980er-Jahre vorhandene Vertrauen in Gott als Herren der Geschichte schien danach nicht mehr gegeben zu sein. Ob man Helmut Schmidt als Christen bezeichnet, hängt von der jeweiligen Definition des Begriffes ab – mögliche Kriterien wären formale Kirchenmitgliedschaft, innere Überzeugung, regelmäßige Gottesdienstbesuche oder Gebete. Schmidt bezeichnete sich jedoch immer wieder selbst als Christ.<sup>40</sup>

Schmidts Zugang zur Religion war primär säkular, sein Gottesbild im besten Sinne des Wortes *naiv*. Er glaubte nicht an die Trinität, nicht an die Gottessohnschaft Jesu oder die neutestamentlichen Wundergeschichten. Ebenso wenig hatten die Sündenvergebung durch den Tod am Kreuz und die Auferstehung Christi – ein zentrales Element des christlichen Glaubens – für ihn eine tiefere Bedeutung. An ein Leben nach dem Tode im christlichen Sinn glaubte Schmidt ebenfalls nicht. Für ihn bedeutete Christsein offensichtlich die Bejahung der gesellschaftlich prägenden Kraft der Kirchen und der Normen der christlichen Ethik.

---

40 Zuletzt: Gespräch Helmut Schmidts mit Giovanni di Lorenzo, in: ZEIT-Magazin, 10.6.2010.



Volker Berghahn

## Helmut Schmidt und die Vereinigten Staaten von Amerika

---

Dieser Beitrag analysiert die Einstellungen Helmut Schmidts zu Amerika von der frühen Nachkriegszeit bis ins 21. Jahrhundert. Angesichts dieses Zeitrahmens kann es sich indessen nur um eine Skizze handeln, geschrieben in der Hoffnung, dass andere Historiker den hier begonnenen Faden aufgreifen und umfassendere Studien zum Thema veröffentlichen werden. Gibt es doch bisher nur Bücher, die Informationen diesem Thema dazu entweder in eine umfassendere Analyse eingebettet haben oder nur in einem kürzeren Zeitrahmen untersuchen.

Ersteres gilt vor allem für Hartmut Soells 950-seitige Biografie, die – 2003 als Band 1 erschien und Schmidts Leben und Wirken bis in die späten 1960er-Jahre behandelt. Im gleichen Jahr veröffentlichte auch Michael Schwelien seine knappere Studie, die vor allem für das kleinbürgerliche Milieu, in dem Schmidt in Hamburg aufwuchs, sowie die Mordpolitik der Roten Armee Fraktion (RAF) und schließlich für die Gipfeldiplomatie in den 1970er- und 1980er-Jahren interessant ist. Soell schob dann 2008 seinen zweiten Band von 1.082 Seiten mit dem Untertitel »Macht und Verantwortung« nach, wiederum im gleichen Jahr begleitet von einer Biografie von Hans-Joachim Noack, die ebenfalls etwa zehn Jahre vor Schmidts Tod endet. Außer Gunter Hofmann und Thomas Karlauf beschäftigt sich Meik Woykes Buch »Helmut Schmidt. 100 Seiten« aus dem Jahr 2018 abschließend noch mit Schmidt als »Elder Statesman und Ikone« bis zu seinem Tode 2015.

Hinzukamen Studien, die einzelne Lebensabschnitte abdecken. In diesem Zusammenhang ist vor allem das Buch von Barbara D. Heep zu nennen, die Schmidts Beziehungen zu Amerika unter den Präsidenten Jimmy Carter und Ronald Reagan genauer untersucht. Zu erwähnen ist auch die kurze Studie von Jochen Thies, der Schmidt als dessen Redenschreiber am Ende der Bundeskanzlerschaft »aus nächster Nähe« beobachten konnte. Wichtig sind auch Schmidts eigene Veröffentlichungen zu strategischen Fragen und zum westlichen Bündnis, mit denen er sich schon vor der Übernahme des Bundesverteidigungsministeriums unter Willy

Brandt (1969) intensiver beschäftigte. Die von Meik Woyke edierte Korrespondenz mit Brandt enthält vor allem in den Fußnoten zahlreiche Hinweise auf die westdeutsche Politik gegenüber den USA.<sup>1</sup>

Die folgenden Überlegungen gehen allerdings zeitlich über Schmidts Kanzlerschaft hinaus und bemühen sich, seine sich wandelnden Positionen zu Amerika bis ins frühe 21. Jahrhundert nachzuzeichnen. Hier beziehe ich mich vor allem auf die eindrucksvolle Studie von Thomas Karlauf über »die späten Jahre« ab 1982 bis 2015 sowie auf die Artikel, die Schmidt als Herausgeber der Wochenzeitung »Die ZEIT« verfasste. Die Zwiesgespräche mit dem Historiker Fritz Stern aus dem Jahr 2010 konnten ebenfalls herangezogen werden. Außer Karlauf ist für ein Verständnis von Schmidts Gedankenwelt als Intellektueller (und nicht als Politiker und »Macher«) die Studie von Henning Albrecht hilfreich.<sup>2</sup> Beschäftigte Schmidt sich doch nicht nur intensiv mit philosophischen, soziologischen und kulturellen Fragen, sondern suchte auch den Dialog mit Karl Popper sowie als Pianist und Musikliebhaber mit Leonard Bernstein. Unterlagen aus dem umfangreichen Archiv von Schmidt konnten für diese Skizze leider nicht herangezogen werden.

Wie erwähnt veröffentlichte Soell seine sehr detaillierte Biografie der ersten 51 Lebensjahre Schmidts 2003, in der nach einem Prolog über die Geburtsstadt Hamburg ausführlich der Familienhintergrund, die Kindheit und Jugend sowie die Zeit von Helmut Schmidt auf der progressiven Lichtwarkschule geschildert werden.<sup>3</sup> In diesen Jahren scheint Schmidt allenfalls nur sehr indirekt von Amerika

- 
- 1 Um Platz zu sparen, werden in dieser Anmerkung alle Studien aufgeführt, auf die sich dieser Beitrag in erster Linie stützt: *Hartmut Soell*, Helmut Schmidt 1918–1969. Vernunft und Leidenschaft, Bd. 1, München 2003; *ders.*, Helmut Schmidt 1969 bis heute. Macht und Verantwortung, Bd. 2, München 2008; *Barbara D. Heep*, Helmut Schmidt und Amerika. Eine schwierige Partnerschaft, Bonn 1990; *Jochen Thies*, Helmut Schmidts Rückzug von der Macht. Das Ende der Ära Schmidt aus nächster Nähe, Stuttgart 1988; *Gunter Hofmann*, Willy Brandt und Helmut Schmidt. Geschichte einer schwierigen Freundschaft, München 2012; *ders.*, Helmut Schmidt. Soldat – Kanzler – Ikone, München 2015; *Meik Woyke* (Hrsg.), Willy Brandt – Helmut Schmidt. Partner und Rivalen. Der Briefwechsel (1958–1992), Bonn 2015; *ders.*, Helmut Schmidt. 100 Seiten, Ditzingen 2018; *Michael Schwelien*, Helmut Schmidt. Ein Leben für den Frieden, Hamburg 2003; *Hans-Joachim Noack*, Helmut Schmidt. Die Biographie, Berlin 2008; *Thomas Karlauf*, Helmut Schmidt. Die späten Jahre, München 2016.
  - 2 *Helmut Schmidt/Fritz Stern*, Unser Jahrhundert. Ein Gespräch, München 2010; *Henning Albrecht*, »Pragmatisches Handeln zu sittlichen Zwecken«. Helmut Schmidt und die Philosophie, Bremen 2008.
  - 3 Vgl. *Soell*, Helmut Schmidt, Bd. 1, S. 47ff.; *Schwelien*, Helmut Schmidt, S. 26ff. (S. 35ff.: Exkurs zu Willy Brandts Hintergrund), 37ff. und 48ff.

gehört zu haben. Das hing zum einen wohl mit dem Milieu zusammen, in dem er aufwuchs. Zum anderen war der am 23. Dezember 1918 Geborene noch zu jung, um den Jazz zu entdecken, der in den 1920er-Jahren zusammen mit dem Import von Hollywood-Filmen und anderen populär-kulturellen Produkten von einer älteren Weimarer Jugend zum Teil begeistert aufgenommen wurde. Allerdings hätte er sich wohl gern einer der linken jugendbewegten Gruppe angeschlossen, ehe diese bald nach NS-Machtübernahme konsequent aufgelöst oder gleichgeschaltet wurden. Doch seine Mutter riet angesichts des wachsenden Antisemitismus des NS-Regimes zur Vorsicht. Denn Schmidts Vater war aus einer kurzen Affäre hervorgegangen, die dessen Mutter mit dem jüdischen Geschäftsmann Ludwig Gumbel gehabt hatte. Auch sonst distanzierte sich die Familie von den Nationalsozialisten. Das spiegelte sich auch in seiner Konfirmation, die in Hamburg-Uhlenhorst im März 1934 von Pastor Walter Uhsadel vorgenommen wurde, der der Bekennenden Kirche angehörte.<sup>4</sup>

Ganz konnte sich Helmut der NS-Bewegung allerdings nicht entziehen und so trat er bald darauf und möglicherweise auf Druck des neuen Direktors seiner Schule in die Marine-HJ ein. Sein Abitur schloss er schließlich mit sehr guten Noten ab, wonach er sich zum zweijährigen Militärdienst in der Wehrmacht meldete, vielleicht auch, um den allgegenwärtigen Nationalsozialisten zu entgehen. Er wurde als erstes für ein halbes Jahr dem Reichsarbeitsdienst (RAD) zugewiesen, wo ihm ein wenig geschulter Feldmeister die kruden Schlagworte der NS-Propaganda einzutrichtern versuchte, auf die er sehr kritisch reagierte. Später meinte er allerdings, dass die Monate bis zum Sommer 1939 für ihn im Vergleich zu dem, was ihm noch bevorstand, eine relativ unbelastete Zeit gewesen seien. Bei Soell gibt es keine Hinweise darauf, dass Amerika in dieser Zeit in Schmidts Gedankenwelt eine Rolle spielte, obwohl US-Präsident Franklin D. Roosevelt schon im Oktober 1938 eine warnende »Quarantäne«-Rede gegen die aggressive Politik der Diktatoren gehalten hatte. Bald nach Kriegsbeginn wurde Schmidt in die Luftwaffe eingezogen und als Offizier der Luftwaffe scheint er – Soell zufolge – wie viele »Volksgenossen« 1940/41 von den »glänzenden Siegen« der Wehrmacht mitgerissen worden zu sein.

---

<sup>4</sup> Dazu ausführlich: *Rainer Hering*, »Aber ich brauche die Gebote...«. Helmut Schmidt, die Kirchen und die Religion, Bremen 2012, insb. S. 16–23. Vgl. auch *Karlauf*, Helmut Schmidt, S. 270ff.

Doch je länger er erst im Osten und dann nach einer kurzen Pause im Reichsluftfahrtministerium im Westen an Hitlers brutalen Kriegen teilnahm, desto stärker mehrten sich die Zweifel, dass der Konflikt von Deutschland zu gewinnen war, möglicherweise noch vertieft durch Amerikas Eintritt auf der Seite der Alliierten im Dezember 1941. Da er seine Desillusionierung gegenüber dem NS-Regime nicht verbarg, wurde er 1944 wegen defätistischer Äußerungen denunziert. Als ein Disziplinarverfahren gegen ihn eröffnet wurde, schickten ihn seine ihm wohlgesinnten Vorgesetzten an die Westfront in der richtigen Annahme, dass es lange dauern würde, bis die Gestapo ihn im Chaos der Ardennen-Offensive und des alliierten Gegenangriffs finden würde. Von den Engländern bei Kriegsende auf dem Weg nach Hamburg gefangengenommen, verbrachte Schmidt einige Monate in einem Kriegsgefangenenlager in Belgien, bis er seine Verhörer überzeugen konnte, dass er kein Nationalsozialist war und nach Hause geschickt werden konnte.

Obwohl die Amerikaner seit der bedingungslosen Kapitulation des »Dritten Reichs« eine der vier Besatzungsmächte waren, konzentrierten sich Schmidts Bemühungen darauf, mit seiner Frau Hannelore (Loki) Glaser, die aus einer Arbeiterfamilie stammte und die er 1942 geheiratet hatte, wieder auf die Beine zu kommen. Hamburg lag in der britischen Zone, wo Schmidt sich alsbald der SPD anschloss, die in dieser frühen Zeit von Kurt Schumacher geleitet wurde. Allerdings hatten nicht nur dieser durch seine jahrelange KZ-Haft schwer gezeichnete Mann, sondern auch die Hamburger allgemein erhebliche Vorbehalte gegenüber den westlichen Besatzungsmächten.<sup>5</sup> Diese bestanden anfangs auf ihrer Politik der Demontagen und Entnazifizierung. Hinzukam, dass die SPD wie viele andere linke Parteien in Europa in jener Zeit sowohl den Stalinismus als auch den amerikanischen Kapitalismus ablehnte und nach einem »Dritten Weg« zwischen den USA und der Sowjetunion suchte. Doch mit dem einsetzenden Ost-West-Konflikt wurde Schmidt bald klar, dass die Westdeutschen angesichts des Kalten Kriegs keine andere Wahl hatten, als Anschluss an Washington zu suchen. Von dorthin kamen schließlich der militärische Schutz gegen die Rote Armee auf der anderen

---

5 Zu Loki Glaser und ihrer Familie vgl. *Schwelien*, Helmut Schmidt, S. 40ff. Zu Schumacher vgl. *Lewis Edinger*, Kurt Schumacher. Persönlichkeit und politisches Verhalten, Wiesbaden 1967; *Willy Albrecht*, Kurt Schumacher. Ein Leben für den demokratischen Sozialismus, Bonn 1985.

Seite des Eisernen Vorhangs sowie Lebensmittelhilfen für die hungernde Bevölkerung und Investitionen für den Wiederaufbau der westdeutschen Industrie.

Diese Entwicklungen machten Schmidt freilich nicht zu einem Befürworter eines amerikanischen Kapitalismus-Modells. Vielmehr begann er an der Hamburger Universität Volkswirtschaft zu studieren. Dort belegte er Seminare bei Karl Schiller, einem Keynesianer in der Hamburger SPD, bei dem er ein Referat über Paul Serings Buch mit dem bezeichnenden Titel »Jenseits des Kapitalismus« verfasste. Dessen Autor war in Wirklichkeit Richard Löwenthal, der als Emigrant in England ein einflussreicher Journalist geworden war.<sup>6</sup> Später beeinflussten ihn auch die Schriften von Eduard Heimann, der eine Synthese von sozialer Ethik und ökonomischer Rationalität propagierte. Inzwischen hatte er nicht nur die Schriften von Keynes und anderer britischer Ökonomen gelesen, sondern lernte auch die Wirtschaftspolitik der USA und den New Deal kennen, den Roosevelt in den 1930er-Jahren eingeführt hatte und der trotz mancher Modifikationen nach 1945 immer noch sehr viel sozialer war als der liberale Kapitalismus der Zeit vor 1914. Es ist wichtig, dies schon an dieser Stelle zu betonen. War es doch dieser Kapitalismus, der in den 1970er-Jahren in den USA als neoliberale Variante mit verheerenden Folgen für die Weltwirtschaft wiedererstand und gegen den – wie zu zeigen – Schmidt bis zu seinem Tode Sturm lief.

Nachdem er bis in die späten 1940er-Jahre viel über Amerika gelesen und gehört hatte, ergab sich im August 1950 für ihn eine Gelegenheit, das Land persönlich kennenzulernen, nachdem er begonnen hatte, in der Hamburger Wirtschafts- und Verkehrsbehörde als Referent zu arbeiten.<sup>7</sup> Damals fuhr Schiller zusammen mit dem Direktor des Hamburger Hafens zu einer internationalen Ausstellung in Chicago. Beide erhofften sich, in den USA Unterstützung für ihre Pläne zum Wiederaufbau und zur Erweiterung des Hafens zu bekommen. In Chicago angekommen, erkundete Schmidt sofort die Umgebung seines Hotels, las eifrig Zeitungen und – wie er es formulierte – betrachtete das Land mit Erstaunen. Selbst, so fügte er hinzu, die Informationen über die antikommunistische Hexenjagd des McCarthyismus konnten seine »Liebe zu Amerika« nicht beeinträchtigen. Ebenso

---

<sup>6</sup> Paul Sering [= Richard Löwenthal], *Jenseits des Kapitalismus*. Ein Beitrag zur sozialistischen Neuorientierung, Nürnberg 1946.

<sup>7</sup> Soell, Helmut Schmidt, Bd. 1, S. 220ff.

wenig ließ er sich durch die negativen Bemerkungen seiner Tante Marianne ablenken, die als Künstlerin in Amerika nicht reüssieren konnte und in die Bundesrepublik Deutschland zurückgekehrt war. Zudem hatte er schon vorher Kontakt zu weiteren Verwandten gewonnen, die in Duluth am westlichen Ende von Lake Superior wohnten und in den Vorjahren gelegentlich Care-Pakete in die britische Zone geschickt hatten. Schmidt staunte noch mehr, als er bei seinem Abstecher dorthin das hektische Treiben in der Stadt miterlebte. Für ihn übertraf es selbst Hamburgs Geschäftigkeit, an das er sich aus der Vorkriegszeit erinnerte. Sein Onkel August Hanft betrieb in Duluth eine kleine Eisenschmelze mit nicht mehr als 20 Arbeitern, deren Autos Schmidt auf dem Platzplatz vor der Fabrik entdeckte. Von solchen Wohlstandssymbolen, so bemerkte er, wage man in Deutschland noch nicht einmal zu träumen. Offenbar gewann Schmidt schnell seines Onkels Zuneigung, denn dieser bot ihm an, für seine Firma zu arbeiten. Loki und die 1947 geborene Tochter Susanne Schmidt könnten nachkommen. Doch so sehr Schmidt von Amerika und der Offenheit seiner Bewohner fasziniert war, am Ende entschloss er sich doch, in die Bundesrepublik zurückzukehren.

Dort begann er nun eine eindrucksvolle Karriere, in der er über die Jahre zuerst zum Innensenator der Hansestadt, dann zum Fraktionsvorsitzenden der SPD im Bundestag und schließlich zu Ministerposten in der Brandt-Regierung aufstieg. Als Brandt wegen der Guillaume-Affäre 1974 zurücktrat, wurde Schmidt zum Bundeskanzler gewählt. Hatte Schmidt zuvor als Verteidigungsminister über die NATO schon viel mit der westlichen Hegemonialmacht USA zu tun gehabt, konnte er als Kanzler nun die Richtlinien der Politik bestimmen. Seine ersten amerikanischen Gesprächspartner saßen jetzt im Weißen Haus. Liest man seine Veröffentlichungen aus jenen Jahren, so gab er sich staatsmännisch und diplomatisch. Rückblickend schrieb er in seinem Buch »Menschen und Mächte«, das etwas später auch ins Englische übersetzt wurde, dass die Westdeutschen mit den Amerikanern durch die gemeinsamen Werte von individueller Freiheit, einer offenen Gesellschaft und durch die demokratische Regierungsform verbunden seien.<sup>8</sup>

---

<sup>8</sup> Soell, Helmut Schmidt, Bd. 2, S. 191ff., über seine Zeit als Verteidigungsminister. Dazu auch seine eigene Schrift: *Helmut Schmidt*, Strategie des Gleichgewichts. Deutsche Friedenspolitik und die Weltmächte, Stuttgart 1968; *ders.*, Menschen und Mächte, Berlin 1987 (engl.: *Men and Powers. A Political Retrospective*, New York 1989). Vgl. zu Schmidts Politik in diesen Jahren auch *Volker Berghahn*s Biografie über den BDI-Präsidenten Hans-Günther Sohl, Göttingen 2020, insb. S. 379ff.

Dieses Bündnis kontrastierte er mit dem sowjetischen System, das eine doktrinäre Ideologie verbreite, totalitär herrsche und die Menschen enthumanisiere. Schließlich erinnerte er noch an die großzügige Hilfe durch den Marshallplan und erwähnte, dass nicht nur Thornton Wilder und Ernest Hemingway, sondern auch Jazz Teil einer gesamteuropäischen Kultur geworden seien.

Das waren wohl auch Schmidts Überzeugungen, als er in den frühen 1970er-Jahren Verteidigungs- und dann auch Wirtschafts- und Finanzminister war. Doch in der praktischen Politik gab es damals viele transatlantische Probleme, die in erster Linie durch die USA verursacht worden waren. Denn inzwischen hatte der teure Vietnamkrieg die amerikanische Wirtschaft und militärische Macht so geschwächt, dass das 1944 in Bretton Woods und anderen Orten errichtete internationale Währungs- und Handelssystem zusammenbrach. Brachte allein dies schon riesige Veränderungen auch für die Bundesrepublik, so wurde die damals einsetzende Krise des Westens noch verschärft, da es nicht gelang die durch Vietnam ausgelöste Inflation in den Griff zu bekommen und die Wirtschaft durch Konjunkturmaßnahmen wiederaufzurichten. Stattdessen grassierte die »Stagflation«, die durch die zweimalige, plötzliche und drastische Erhöhung der Energiepreise seitens Saudi-Arabiens und anderer Öl fördernder Staaten lediglich verschärft wurde.

Schmidt hatte indessen nicht nur diese Probleme auf seinem Schreibtisch, sondern musste sich zugleich um die innenpolitische Unruhe kümmern, die durch die Studentenproteste damals immer gefährlicher, weil immer gewaltsamer wurde. Soweit es die deutsch-amerikanischen Beziehungen betraf, waren diese ebenfalls nicht in der besten Verfassung, weil US-Präsident Richard Nixon und sein Sicherheitsberater und späterer Außenminister Henry Kissinger Brandts Ostpolitik mit Misstrauen betrachteten. Vor allem bei Kissinger, der mit seiner Familie vor den Nationalsozialisten fliehen musste und die deutsche Geschichte gut kannte, wurden durch Brandts Verständigung mit der Sowjetunion und ihren Satelliten Erinnerungen an den deutsch-russischen Rapallo-Vertrag von 1922 geweckt. Doch dann strauchelte Nixon am Watergate-Skandal und Gerald Ford trat an seine Stelle. So kam es 1974 zu einer relativ kurzen Verständigung und gar – wie Schmidt es bezeichnete – »Freundschaft« zwischen den beiden. Da er sich für die NATO einsetzte und warnte, dass deren Stärkung nur möglich sei, wenn es den

Mitgliedstaaten gelänge, ihren Ökonomien wiederaufzurichten, veranlasste dies seinen Biografen Hartmut Soell zu der Frage, ob der Minister inzwischen »amerikanischer [geworden sei] als die Amerikaner.«<sup>9</sup>

Doch dann verschlechterten sich die Beziehungen sehr schnell, als Ford die Präsidentschaftswahl 1976 gegen Jimmy Carter verlor. Bereits unter Ford hatte schon ein Umschwung eingesetzt, was Schmidt, kaum Bundeskanzler, sehr beunruhigte: Der Amerikaner hatte sich im Dezember 1974 mit Leonid Breschnew in Wladiwostok getroffen, um über ein sowjetisch-amerikanisches Abkommen zur Reduzierung der interkontinentalen Raketen zu sprechen, die den amerikanischen Kontinent direkt bedrohten. Dieses Treffen veranlasste Schmidt, Washington darauf aufmerksam zu machen, dass der Kreml auch die SS-20-Mittelstreckenraketen besäße. Er meinte, dadurch hätten die Sowjets ein Instrument in der Hand, mit dem sie Westeuropa bedrohen könnten. Er sah darin einen machtpolitischen Hebel, der vom Kreml unabhängig von den Verhandlungen über die interkontinentalen Raketen eingesetzt werden könnte.

Da Carter sich in dieser Frage zunächst taub stellte, kam es schnell zu Spannungen zwischen Bonn und Washington. Diese wurden noch durch Carters Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski verschärft, der mit seinem polnischen Familienhintergrund vielleicht verständlicher Weise gegenüber den Westdeutschen noch misstrauischer war als Kissinger. Wie schlecht das Verhältnis damals war, kam Jahre später erneut an die Oberfläche, als Schmidt 2010 ein Gespräch mit dem amerikanischen Historiker Fritz Stern von der Columbia University führte, in dem er Brzezinski als einen »polnischen Romantiker« bezeichnete.<sup>10</sup> Als Stern darauf antwortete, dass der Sicherheitsberater auch realpolitisch dächte, nannte Schmidt ihn etwas unwirsch einen »romantischen Realpolitiker«. Das Verhältnis wurde noch schwieriger, als Carter bald darauf die Idee einer »Neutronenbombe« in die öffentliche Debatte warf. Das war eine inzwischen entwickelte Höllen-

---

9 Heep, Helmut Schmidt und Amerika, S. 31ff.; Klaus Wiegrefe, Das Zerwürfnis. Helmut Schmidt, Jimmy Carter und die Krise der deutsch-amerikanischen Beziehungen, Berlin 2005. Vgl. auch Soell, Helmut Schmidt, Bd. 2, passim, mit vielen Details. Das Zitat zu Schmidt als »Amerikaner« ebd., S. 401.

10 Schmidt/Stern, Unser Jahrhundert, S. 24ff. Bezeichnend Schmidts gegen Carter gerichtete, wenn auch nicht genau belegbare, bissige Bemerkung: »Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen.« Zit. in: Edzard Reuter, Eingemischt. Zwischenrufe eines älteren Herrn, Tübingen 2016, S. 168.

maschine, die – einmal abgeworfen – alles menschliche Leben durch eine intensive Strahlung auslöschte, aber Gebäude anders als bei der herkömmlichen Atom-bombe nicht dem Erdboden gleichmachte.

Wie Barbara Heep in ihrer Studie über Ford, Carter und Reagan meinte, wirkte Carters »Neutronenbombe« für Schmidt wie ein rotes Tuch, weil dadurch die für ihn so entscheidende Kalkulierbarkeit der Politik zwischen den Mächten verloren ging. Hier sollte daher auch auf Henning Albrechts Studie hingewiesen werden. Denn wie er zeigt, bemühte sich Schmidt zeit seines Lebens um eine an Vernunft orientierte Politik. Vor dem Hintergrund des zerstörerischen Irrationalismus und Dogmatismus der Hitler-Diktatur verstand er seinen Ansatz als »pragmatisches Handeln zu sittlichen Zwecken.«<sup>11</sup> Carter erschien ihm dagegen als Moralist, dessen Politik nicht auf rationalen Fundamenten ruhte.

Der beste Beweis für diese philosophische Differenz zwischen dem Südstaaten-Baptisten und dem allenfalls im Privaten religiösen Sozialdemokraten Schmidt lag für Letzteren in einer weiteren Wende der carterschen Politik: die Initiative in der Menschenrechtsfrage, von der der US-Präsident wusste, dass sie die Autokraten im Kreml verärgern würde. So beobachtete der Bundeskanzler auch Carters Proklamationen, die schließlich zu den Helsinki-Beschlüssen und der Charta 77 führten, von vornherein mit Skepsis.<sup>12</sup> Das war auch seine Einstellung zur sowjetischen Invasion in Afghanistan, die Carter mit einer Verhängung scharfer Sanktionen beantwortete. Schmidt bestand darauf, dass die Bundesrepublik mit »ruhigem Blick« ihre eigenen Interessen prüfen müsse, anstatt den Amerikanern widerspruchslos zu folgen.<sup>13</sup> Irritierend wirkte es auf ihn daher auch, dass Washington darauf bestand, Schmidt solle eine geplante Reise nach Moskau aufgeben. Schließlich einigte man sich darauf, dass Schmidt erst nach dem Ende der NATO-Konferenz in die Sowjetunion fliegen würde, die für den Juni 1979 in Venedig angesetzt war. Spannungen entstanden schließlich, als die Bundesrepublik in Handelsgespräche mit Brasilien eintrat. Im Gegenzug für die Lieferung von Rohstoffen, wollte Bonn Technologien für die friedliche Nutzung von Nuklearenergie liefern.

---

11 Vgl. *Albrecht*, »Pragmatisches Handeln zu sittlichen Zwecken«.

12 Zu Helsinki und KSZE vgl. *Soell*, Helmut Schmidt, Bd. 2, S. 484ff. und 709ff.

13 Zit. in: *Heep*, Helmut Schmidt und Amerika, S. 158.

Das wiederum war den Amerikanern nicht recht, die zudem eigene Handelsinteressen in ihrem »Hinterhof« Südamerika verfolgten.

Bei der Raketenfrage kam es zwischen den Amerikanern und ihren NATO-Partner am Ende dann doch zu einen an der Vernunft orientierten Kompromiss: Am 12. Dezember 1979 fasste die NATO jenen Doppelbeschluss, den Schmidt von vornherein angestrebt hatte: die Verhandlungen über eine Beschränkung der Raketen sollten fortgesetzt werden und zwar unter Einschluss der SS-20-Mittelstreckenraketen. Zugleich wollte man die westlichen Rüstungen gegen den Ostblock insgesamt verstärken.

Als dann im Januar 1980 Ronald Reagan Carter ersetzte, trat auch am Ende von Schmidts Kanzlerschaft 1982 keine Beruhigung in den deutsch-amerikanischen Beziehungen ein. Der eine Grund dafür war, dass Reagan mit seiner *Star-Wars*-Initiative das west-östliche Wettrüsten erneut anheizte. Washington entwickelte jetzt die Idee, den eigenen Kontinent durch den Bau eines Raketenabwehrschirms im Weltall zu schützen und den Kreml damit zu weiteren horrenden Rüstungsausgaben zu zwingen. Dabei spielte offenbar die kühle Kalkulation eine Rolle, dass die Sowjets nicht die finanziellen Ressourcen besäßen, einen solchen Wettbewerb durchzuhalten und zugleich das Versprechen gegenüber ihrer Bevölkerung zu erfüllen, deren Lebensstandard zu erhöhen und dem Konsumkapitalismus im Westen wenigstens annähernd das Wasser reichen zu können. Nach dem Zusammenbruch des Sowjetblocks war in Washington das triumphierende Argument zu hören, dass Reagan mit seiner Mobilisierung der amerikanischen Rüstungen den Kreml in die Knie gezwungen habe. Diese Interpretation von 1989/90 ist nur zum Teil richtig, denn man sollte nicht unterschätzen, wie stark die Regime im Osten auch durch die Desillusionierung der Bevölkerungen mit dem »real existierenden Sozialismus« sowie durch die wachsende Kritik sowohl der Dissidenten als auch der eigenen Bürokratie an den nie enden wollenden Problemen der Wirtschaft unterminiert wurde.

Indessen brauchte Schmidt sich in den frühen 1980er-Jahren nicht mehr allzu lange mit all diesen schwerwiegenden außenpolitischen Fragen herumzuschlagen. Aus hier nicht näher zu untersuchenden Gründen verlor er 1982 die Kanzlerschaft an seinen CDU-Rivalen Helmut Kohl. Obwohl er auch innenpolitisch infolge der terroristischen Aktivitäten der Roten-Armee-Fraktion (RAF) und auch

der Kritik in der eigenen Partei unter einem ungeheuren Druck gestanden hatte, fühlte er sich zu jung, um aufs Altenteil zu gehen. Vielmehr ließ er sich bald darauf von Marion Gräfin Dönhoff und Gerd Bucerius überreden, nicht nur für »Die ZEIT« Artikel zu schreiben, sondern zusammen mit Dönhoff auch Herausgeber der Wochenzeitung zu werden. Schon immer hatte er sich für die großen Wirtschaftsfragen interessiert, und während der Sowjetblock in die Krise geriet und schließlich zusammenbrach, beobachtete er auch die von Reagan sowie der britischen Premierministerin Margaret Thatcher eingeleitete Wende zum Neoliberalismus mit Skepsis.

Es ist bei seinen Beobachtungen der Weltwirtschaft und des Aufstiegs der Neoliberalen in England und Amerika zuerst daran zu erinnern, dass er bald nach 1945 mit seiner anfänglichen Sympathie für einen demokratischen Sozialismus als Vorsitzender des damaligen Sozialistischen Deutschen Studentenbunds (SDS) auch für Verstaatlichungen war. Als ihn dann Schiller unter die Fittiche nahm, neigte er eher dessen Keynesianismus zu. Das heißt, er war bereit, die bundesrepublikanische Marktwirtschaft, die sich mit dem »Wirtschaftswunder« der 1950er-Jahre konsolidierte, als die neue Wirtschaftsverfassung anzuerkennen und sie mithilfe eines parlamentarisch-demokratischen Systems, das sich gleichfalls festigte, allenfalls sozialstaatlich zu reformieren. Statt einer Revolutionierung ging es bei einer jüngeren Generation in der SPD jetzt um ein verbessertes Management von Wirtschaft und Politik mit dem Ziel, den sozialen Rechtsstaat, als den das Bonner Grundgesetz Westdeutschland definiert hatte, zu festigen und auszubauen. Schmidt gehörte daher zu denen, die auf die Verabschiedung des Godesberger Programms im Jahre 1959 hinarbeiteten. Das bedeutete auch, dass er die Übernahme der politischen Macht aufgrund parlamentarischer Wahlen und die Lenkung der Politik durch eine Exekutive befürwortete, die die bisherige Vorherrschaft der CDU/CSU auf demokratischem Wege ablösen sollte.

Diese Ideen waren in Hamburg schon früh aufgetaucht und verwirklicht worden. Insofern war die Annahme eines Regierungsamts in der Hansestadt für Schmidt eine Selbstverständlichkeit, mit der er auch Regierungserfahrung erwarb. Kurzum, Schmidt hielt eine Zusammenarbeit im Dreieck von Regierung, Unternehmerschaft und Gewerkschaften für notwendig sowie den Ersatz der alten Konfrontation zwischen »Kapital und Arbeit« durch ein partnerschaftliches Aushandeln von

Kompromissen für den Weg zu allgemeinem Wohlstand und zur Herstellung größerer sozialer Gerechtigkeit und Freiheit. Es sollte dabei nicht vergessen werden, dass auch in den USA damals weiterhin die Prinzipien des New Deal galten, mit dem Roosevelt in den 1930er-Jahren die Vereinigten Staaten unter Beibehaltung eines reformierten Kapitalismus aus der großen Depression herausgeführt hatte. Mit dem Aufstieg von John F. Kennedy setzte sich die keynesianische Politik fort und kulminierte sodann nach dessen Ermordung 1963 in dem Plan seines Nachfolgers Lyndon Johnson, eine »Great Society« zu schaffen, in die auch die bis dahin diskriminierten Afro-Amerikaner und andere Minderheiten integriert sein würden.

Diese Konzeption war dann durch den Vietnamkrieg und die Schocks der 1970er-Jahre ins Schleudern geraten. Es kam die Stunde von Reagan und Thatcher und der neoliberalen Ökonomen, die eine ganz andere Konzeption von moderner Wirtschaftspolitik vertraten. Für sie stand nicht das Management von Wirtschaft und Politik durch die Regierung, Unternehmerschaft und Gewerkschaften im Mittelpunkt, sondern der »Markt«, der von staatlichen Behinderungen befreit seine angeblich größere Dynamik entwickeln und alle Schichten zu einer Verbesserung ihres Lebensstandards führen würde. Diese Konzeption erhielt durch den Zusammenbruch des Ostblocks einen enormen Impuls. Es entstand der Eindruck, dass nicht nur der Kalte Krieg vom Westen gewonnen worden war, sondern auch dessen Wirtschaftssystem seine Überlegenheit erwiesen habe. Und so ging dann das Zurückdrängen des Staats, die Deregulierung der Wirtschaft und die Privatisierung öffentlicher Unternehmen vor allem in den USA und Großbritannien energisch weiter. Damit einher verwirklichte man die Forderung, den unter dem Keynesianismus entstandenen Sozialstaat abzubauen und die Sozialempfänger anzuhalten, sich Arbeit zu suchen, anstatt sich auf den Staat zu verlassen und sich von den Wohlhabenden alimentieren zu lassen, denen freilich erhebliche Steuer geschenke gemacht wurden, die Letztere angeblich investitionsfreudiger machen würden. Doch der »trickle-down«, den Arthur Laffer und andere neoliberale Ökonomen verkündeten, erwies sich als irrig. Denn nur die Reichen wurden reicher, während die Einkommen der Unter- und Mittelschichten stagnierten.

Es scheint, dass Schmidt schon bald nach dem Verlust des Kanzleramts die Entwicklungen in der angelsächsischen Welt mit Unruhe betrachtete. Mit anderen Wor-

ten, es war nicht nur, dass der Stachel seiner schlechten Beziehungen zu Carter und dann zu Reagan in der Weltpolitik bei ihm tief saß, wie Jochen Thies es nach 1982 aus der Nähe beobachtet hat. Ihm zufolge benutzte Schmidt seitdem auch in der ZEIT jede Gelegenheit, um die Amerikaner zu kritisieren.<sup>14</sup> Als sich der Neoliberalismus dann in den 1990er-Jahren entfaltete und seine negativen Seiten in der immer ungerechteren Einkommens- und Vermögenverteilung und in der die Reichen einseitig bevorzugenden Steuerpolitik deutlich zum Vorschein kamen, setzte sich Schmidt hin und schrieb – außer Artikeln zu diesem Thema – 1998 auch ein Buch mit dem vielsagenden Titel »Auf der Suche nach einer öffentlichen Moral. Deutschland vor dem neuen Jahrhundert.«<sup>15</sup> Denn in der Zwischenzeit war der Neoliberalismus auch in die Bundesrepublik hineingeschwappt. Allerdings muss sofort auch betont werden, dass man dort die Privatisierung und den Abbau des Sozialstaats nie soweit trieb wie in Amerika. Dem standen nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch der linke, sozial-katholische Flügel der CDU vor allem im Rheinland und im Ruhrgebiet entgegen.

Das hinderte Schmidt nicht, in seinem Buch gegen den Egoismus und die Habgier der politischen und wirtschaftlichen Eliten zu wettern. Noch nie, so fügte er hinzu, seien Skandale so weit verbreitet gewesen. Dies sah er nicht nur als eine juristische Frage, sondern auch als ein Problem der moralischen Verantwortung der Eliten gegenüber der Gesamtgesellschaft. Nach weiteren negativen Bemerkungen über den amerikanischen neoliberalen Kapitalismus und auch über die Folgen der Globalisierung appellierte er am Ende an das Verantwortungsbewusstsein der »Funktionseliten«. Er ermunterte diese, moralische Stärke zu zeigen, und wies dann einen Weg in ein ganz anderes 21. Jahrhundert. Dessen Merkmale fasste er sodann in einem Anhang zusammen, in dem er einen Entwurf zu einer »Erklärung menschlicher Pflichten« vorlegte.<sup>16</sup> Offenbar war dieses Dokument von Schmidt als Pendant zur Erklärung der Menschenrechte nach dem Zweiten Weltkrieg gedacht.

---

14 Thies, Helmut Schmidts Rückzug von der Macht, S. 11ff.

15 Helmut Schmidt, Auf der Suche nach einer öffentlichen Moral. Deutschland vor dem neuen Jahrhundert, Stuttgart 1998.

16 Ebd., S. 259ff. Engl. Titel: »Universal Declaration of Human Responsibilities«. Dieser Text wurde dem UN-Generalsekretär Kofi Annan am 1. September 1997 übergeben. Vgl. Hering, »Aber ich brauche die Gebote...«, insb. S. 202–212.

Bis August 2002 war Schmidts Enttäuschung und Verärgerung über den Neoliberalismus so groß geworden, dass er einen weiteren Artikel für »Die ZEIT« schrieb.<sup>17</sup> Er meinte jetzt und noch vor der Invasion in den Irak, dass die USA nie so »imperial« gewesen seien wie heute. Nach dem Zusammenbruch des Sowjetblocks sei das Land unilateralistisch vorgegangen in dem Glauben, anderen seine Lösungen oktroyieren zu können. Zwar, so fuhr er fort, müsse Europa mit diesen Verhältnissen leben, aber es dürfe sich nicht unterwerfen. Auch gebe es Einsichten, vor denen Washington nicht die Augen schließen sollte. Unter Bezugnahme auf Gerüchte, dass US-Präsident George W. Bush eine Irak-Invasion plane, warnte Schmidt, dass, selbst wenn ein Sieg über Saddam Hussein möglich sei, ein solcher Erfolg aber nicht den vielgesichtigen Islamistischen Terrorismus vernichten werde. Unter Hinweis auf die pessimistischen Prognosen des amerikanischen Politologen Samuel Huntington riet er dringend, einen »globalen *Clash of Civilizations*« zu vermeiden.<sup>18</sup> Auch die Teilnahme an der illegalen Invasion in den Irak lehnte er ab zusammen mit Bundeskanzler Gerhard Schröder ab. Dies nicht nur – wie er hinzufügte –, weil Europa sehr nahe an der mittelöstlichen Krisenregion liege, sondern auch, weil ein starker Druck von den überbevölkerten Gebieten Asiens und Afrikas ausgehe. Für die Europäer lägen die dringendsten Aufgaben daher auf dem europäischen Kontinent und nicht in der übrigen Welt. Damals, wenn nicht schon Mitte der 1990er-Jahre mit seiner Kritik am Neoliberalismus, begann Schmidts graduelle Abwendung von dem transatlantischen Gemeinschaftsideologie und seine zunehmende Betonung der inzwischen zur Europäischen Union (EU) mit einer gemeinsamen Währung erweiterten Region als ein eigenständiger Faktor der internationalen Politik und Wirtschaft.

Dennoch litt Schmidt unter einer merkwürdigen Bewusstseinspaltung. Auf der einen Seite warnte er in der ZEIT vom 1. Februar 2007 vor dem verbreiteten »Raubtierkapitalismus« und der Selbstbereicherung der Manager.<sup>19</sup> Er verdammte die ungezähmte Aktienspekulation und den »Verlust an Anstand und Sitten«. Das war eine Position, die er mit seiner inzwischen verstorbenen Mitherausgeberin Marion Dönhoff teilte. Sie hatte bereits Mitte der 1990er-Jahre eine Zivilisierung

---

17 Helmut Schmidt, Europa braucht keinen Vormund, in: Die ZEIT, 1.8.2002.

18 Samuel Huntington, *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*, New York 1997.

19 Helmut Schmidt, Beaufsichtigt die neuen Großspekulanten, in: Die ZEIT, 1.2.2007.

des Kapitalismus gefordert.<sup>20</sup> Fritz Stern äußerte eine ähnliche Kritik, als er sich im Februar 2006 mit Schmidt traf. Doch dann gab sich der renommierte Historiker als patriotischer Amerikaner und wies darauf hin, dass sich die amerikanische Gesellschaft wiederholt als fähig erwiesen habe, sich zu reformieren.<sup>21</sup> Im Jahr darauf bekannte sich Schmidt dann andererseits ebenfalls zu der westlichen Hegemonialmacht, indem er seinen Artikel mit der Überschrift »Long live America« versah.<sup>22</sup> Er lobte die Großzügigkeit seiner Bewohner, die er zuerst 1950 im Mittelwesten erlebt habe.

Was Schmidt bis auf Weiteres zu Sterns positiver Sicht verholfen haben mag, ist seine Bekanntschaft und Freundschaft mit prominenten Amerikanern. Dazu gehörte auch Leonard Bernstein, mit dem er vierhändig Klavier spielte. Die Musik schaffte hier wohl kulturelle Affinitäten, die beide Männer trotz ihrer ganz anderen Biografien verspürten.<sup>23</sup> Schmidts offenbar unverminderte Freundschaft zu Kissinger ist schwerer zu verstehen, da ihm dessen desaströse Entscheidungen in Vietnam, Kambodscha und Chile bekannt gewesen sein dürften. Bei ihm spielte wohl eine Rolle, dass Kissinger Schmidt mehr als einmal während seiner Zeit in der Brandt-Regierung und wohl auch später als Bundeskanzler geholfen hat.<sup>24</sup> Mochte Schmidt bei solchen Gelegenheiten an die politischen und wirtschaftlichen Krisen denken, in denen sie in den 1970er-Jahren zusammengearbeitet hatten, seine nostalgischen Erinnerungen verleiteten ihn nicht dazu, zu den amerikanischen Fehlentscheidungen der Jahrhundertwende im Mittelosten und schließlich zu der gefährlichen Bankenkrise von 2007/8 mit seiner eigenen Analyse hintanzuhalten.

20 *Marion Dönhoff*, Zivilisiert den Kapitalismus, in: *Irene Brauer/Friedrich Dönhoff* (Hrsg.), *Marion Gräfin Dönhoff. Ein Leben in Briefen*, Hamburg 2009, S. 478–484.

21 *Fritz Stern*, Freiheit ist meine Leidenschaft, in: *Die ZEIT*, 2.2.2006. Zu Stern ausführlicher: *Volker Berghahn*, *Fritz Stern (1926–2016)*, in: *Central European History* 49 (2016), S. 308–321. Die Frage, wie sich Schmidt und Stern nach diesen Äußerungen – wenn sie noch lebten – zu dem Modernisierungsprogramm von US-Präsident Joseph Biden stellen würden, führt ins rein Mutmaßliche.

22 *Helmut Schmidt*, Long Live America. Ein Bekenntnis zu den Vereinigten Staaten, in: *Die ZEIT*, 17.12.2008; *Helmut Schmidt. Würdigungen, Essays und Glückwünsche zum 90. Geburtstag*. Zweiter Teil: *Der Publizist und Staatsmann* (ebd.).

23 Vgl. etwa *Sven Oliver Müller*, *Leonard Bernstein. Der Charismatiker*, Ditzingen 2018, S. 197 und 211ff.

24 *Soell*, *Helmut Schmidt*, Bd. 2, S. 416.

Thomas Karlauf hat berichtet<sup>25</sup>, wie Schmidt nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers und der Beinahe-Katastrophe »die Menschheit in drei Kategorien« einteilte, nämlich »normale Menschen«, »Menschen mit einer kriminellen Ader, die ins Gefängnis gehörten« und »Investmentbanker«. Dann zitierte Karlauf den Bundeskanzler a.D., der eine Vorliebe für deftige Worte hatte, rückblickend wörtlich: »Dabei ist das Wort Investmentbanker nur ein Synonym für den Typus Finanzmanager, der uns alle, fast die ganze Welt, in die Scheiße geritten hat und jetzt [im Juli 2011] dabei ist, alles wieder genauso zu machen, wie er es bis zum Jahre 2007 gemacht hat.« Diese Worte – obwohl allgemeiner gemeint – erschienen im Zusammenhang mit den Aktivitäten der Deutschen Bank und der Berufung von Anshu Jain in den Frankfurter Vorstand. Dieser alerte Finanzmanager war zuvor nach London geschickt worden, um die Bank neben den dortigen, weltweit operierenden britischen und amerikanischen Instituten auf eine neue Rolle vorzubereiten.<sup>26</sup> Die Hauptmission sollte nicht mehr die herkömmliche sein, mit einem langfristigen Kreditengagement in der deutschen Industrie deren laufende Modernisierung und Wettbewerbsfähigkeit auf den europäischen und internationalen Märkten zu erhalten. Vielmehr wollte Jain jetzt auch die um die Welt zirkulierenden großen Vermögen der Araber und russischen Oligarchen kurzfristig mit höchsten Gewinnen über die Deutsche Bank investieren. Kurzum, er sollte und wollte das Aufspringen auf das von der City und der Wall Street seit Thatcher und Reagan gebaute große Karussell der Investmentbanken ermöglichen. Das war eine Entwicklung, mit der – wie Friederike Sattler in ihrer Biografie von Alfred Herrhausen gezeigt hat – die Deutsche Bank sich bereits in den späten 1980er-Jahren konfrontiert sah. Doch während der 1989 von der RAF ermordete Herrhausen zögerte, dem internationalen Druck nachzugeben, leiteten dessen Nachfolger in den 1990er-Jahren die große Wende ein.<sup>27</sup> Auf welche unsaubere Geschäfte man sich einließ, zeigte sich schließlich an den riskanten Krediten, die man Donald Trump schon vor seiner Wahl zum US-Präsidenten einräumte.

25 *Karlauf*, Helmut Schmidt, S. 441, auch für das Folgende.

26 Anshu Jain kam 1995 von Merrill Lynch zur Deutschen Bank, um die Londoner Filiale auszubauen. Er fuhr dort mit seinem globalen Investmentbanking bald hohe Gewinne ein, sodass man ihn 2009 in den Frankfurter Vorstand holte. Allerdings hatte er durch die Übernahme von ganz unsoliden Paketen vor allem im amerikanischen Hypothekenmarkt um 2011 als einer der Vorstandssprecher hohe Verluste zu verantworten.

27 *Friederike Sattler*, Herrhausen. Banker, Querdenker, Global Player, München 2019, S. 537ff.

Gegen diese über 2007/8 hinausgehende Kontinuität wandte sich Schmidt erneut in seinen letzten Lebensjahren. Er sah in der Transformation der Deutschen Bank einen »unheilvollen Mentalitätswandel«.» Sie belohne das »Prinzip des ›Moral Hazard«, das riesige Gewinne in die Taschen weniger schleuse und [die] Verluste auf die Gemeinschaft abwälze.« Das war in Schmidts Augen »schlicht unanständig«. Was hier erneut zum Vorschein kam, war nicht einfach seine Einstellung gegenüber den deutscher Investmentbankern, sondern jene schon wiederholt vermerkte Kritik des langjährigen Sozialdemokraten (und auch seiner aus Hamburg-Hammerbrook stammenden Frau Loki Glaser), dass weder ein »schrakenloser Kapitalismus« noch ein Kommunismus akzeptabel sei, sondern nur ein dritter Weg infrage komme, der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität für alle Bürger und letztlich damit für alle Erdenbürger sichere.<sup>29</sup>

Abschließend ist daher festzuhalten, dass Schmidts Einstellung zu Amerika viele faszinierende Aspekte enthält. Es lohnt sich, diese weiter zu erforschen und auszuloten und sie zugleich in den breiteren Kontext der deutschen Geschichte und des Auf und Ab seiner Beziehungen zu den USA jenseits des Atlantiks zu stellen. Doch wird man zugleich sagen müssen, dass hinter den sich wandelnden Einstellungen Schmidts eine zunehmende Desillusionierung über die Entwicklung der USA seit den 1970er-Jahren stand. In seinen Augen, so scheint es, hatte der Neoliberalismus seit Reagan und Thatcher die beiden Länder auf ein falsches Gleis geschoben und der Gefahr des Niedergangs aus mangelnder Solidarität und der Vernachlässigung der dank des Neoliberalismus nunmehr abwärtsmobilen Schichten ausgesetzt. Die von Stern in den 1990er-Jahren hervorgehobene Fähigkeit zur Selbstreform war inzwischen verloren gegangen. Diese Enttäuschung führte Schmidt noch tiefer nach Europa hinein<sup>30</sup>, wo er die Chancen für den langfristigen Bau einer demokratischeren und weniger egozentrischen Gesellschaft größer sah. War dies doch eine Hoffnung, mit der er 1945 den Trümmern der Hitler-Dik-

28 Zit. in: *Karlauf*, Helmut Schmidt, S. 441. Offenbar bezog sich Schmidts Kritik gerade auch auf Jains riskante Investmentpolitik.

29 So Schmidt schon 1976, zit. in: *Soell*, Helmut Schmidt, Bd.2, S. 589.

30 Vgl. auch den in Anm. 17 zitierten Titel seines ZEIT-Artikels von 2002. Siehe zudem eher skeptisch und auf Schmidts historische bedingter Sorge vor deutschen Machtambitionen abhebend: *Matthias Schulz*, Vom ›Atlantiker‹ zum ›Europäer‹? Helmut Schmidt, deutsche Interessen und die europäische Vereinigung, in: *Mareike König/Matthias Schulz* (Hrsg.), *Die Bundesrepublik Deutschland und die europäische Einigung*, Stuttgart 2004, S. 167–220.

tatur entstiegen war und weswegen er sodann in die Politik ging, die für ihn immer »pragmatisches Handeln zu sittlichen Zwecken« beinhaltete.<sup>31</sup> Diese Verpflichtung hatte er auch 2015 nicht aufgegeben, als er mit 96 Jahren starb.

---

31 So das Schmidt-Zitat, das Albrecht (wie Anm. 2) als Titel seiner Studie über »Helmut Schmidt und die Philosophie« verwandte.

Jennifer L. Rodgers

## Averting Oblivion? Archival Access and the International Tracing Service in the 1970s

---

Marc Hillel first set foot in the International Tracing Service (ITS) in 1973. In contrast to earlier visitors, often members of the ITS's governing body, the International Commission (ICITS), or interest groups such as the *Fédération Internationale Libré des Deportées et Internés de la Résistance* (FILDIR), Hillel was there solely to conduct historical research. The ITS's management had long rejected academic research in its files because of broader political considerations. Hillel subsequently published one of the first scholarly works using the massive trove of documents and further paved the way for other scholars to consult the archive, which is located in the Hessian town of Bad Arolsen.<sup>1</sup> More significantly, Hillel's monograph hinted at revised access policies that benefitted not only scholars, but also thousands of Nazi victims whose inquiries went unanswered because of what one ITS director called »the legacies of political humanitarianism«.<sup>2</sup>

The unofficial amendment to the ITS's restrictive guidelines represented a definitive break from earlier decisions to limit access. Yet, it ultimately precipitated a radical backlash which effectively closed the so-called »archives of hope«, in turn realising the West German government's fears about Nazi victims »falling into oblivion« because of the ITS's ever-evolving interpretation of humanitarian services.<sup>3</sup>

This essay is a preliminary examination of how a tangled nexus of political and personal agendas related to data access during the Cold War and the legacies of World War II influenced the ways in which the ITS operated during the 1970s. It explores how expanded information access, especially towards East Europeans,

---

1 *Marc Hillel*, *Au Nom de la Race*, Paris 1974.

2 ITS Archives, Bad Arolsen, Gesamtinventar 2012, IKRK 1978–2007/Ordner 48, 23.8.1985; »Les deux aspects de l'avenir du SIR«. The citations in this article all refer to paper copies of documents that had not been digitised at the time of my research.

3 *Marc Hillel*, *Les Archives de L'Espoir*, Paris 1977. Also, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA-AA), B85/1552, Hans-Dietrich Genscher to Alexandre Hay, 9.6.1980.

became an important aspect of *Ostpolitik* and spurred conflict between West Germany and the International Committee of the Red Cross (ICRC) that was ultimately detrimental to the victims of Nazism whom the ITS served. Yet, it also exposes how political anxieties concerning the availability and dissemination of information, including to scholars, defined and were influenced by international involvement in the ITS. Not only did these political agendas reframe concepts of humanitarianism, but they also revealed deeper tensions that were connected intimately to Germany's recent past and the Cold War.

Originally established by the Allies in 1943 in conjunction with their humanitarian efforts to aid and control millions of Europeans displaced by World War II, the ITS was transferred to the administration of the ICRC in 1955 under the Bonn Accords. The ITS archive, at twenty-six running kilometres, is the world's largest centralised repository of records on the victims of National Socialism. It consists of biographical information often in the form of lists of names generated by Nazi persecution authorities and incarceration sites as well as by the postwar Western Allies. Its temporal parameters span the period 1933 to 1955. It is also important to note, however, that a considerable number of files involve victims of Stalinist communism.<sup>4</sup>

The ITS holds four general collections in original and photostatic format, and beginning in 1998, as digitised content. The categories of documents were originally organised for tracing purposes as: incarceration files; so-called wartime documents, from civil registry records in German localities; postwar documents, largely created by Allied relief and rehabilitation programmes; and »topical documents«, that include files on the *Lebensborn* programmes, death marches, and mass graves.

---

<sup>4</sup> The Truman Administration began the President's Escapee Program (PEP) in 1952 to provide assistance to escapees from Stalinist Communism and culled the records of the ITS in pursuit of this project's myriad aims. National Archives and Records Administration (NARA), RG 59 Central Records of State Department, Bureau of Security and Consular Affairs, Lot File 62-D-146, Decimal Files, 1953-60, Files 1-D/2.1 to 1-D/3, Box 10, Secret Non-Regional Program US Escapee Program, General Narrative Statement, undated. See also: Swope to Elbot, 1.10.1953, on US Interest in the ITS in General Records/Alliierte, Ordner 52, ITS Archive. See also *Arthur Max/Randy Herschaft*, *Archive Catalogs Use of Cold War Refugees*, San Francisco Gate, 4.1.2009.

The United States maintains *de jure* ownership of a considerable portion of the ITS's documents under legal conventions pertaining to war booty.<sup>5</sup> From its creation, American dominion was consistently reinforced not only by the reluctance of the ICITS to render a final decision on the archive's ownership and fate, but also the political agendas of commission members and the ICRC.<sup>6</sup> Not only does this suggest why the ITS has endured, but also the influential role of archives and information control in the post-World War II world. Most records held by the ITS concern East Europeans, who had virtually no access to its services or files between 1948 and 1970 because of strict information control policies enacted by the Western Allies and continued by the ICRC. This was despite public avowals of the ITS's universal and neutral service mandate as well as a violation of Article 19 of the 1948 Universal Declaration of Human Rights, which stipulates that any individual has the right to »seek, receive, and impart information [...] regardless of frontiers«.<sup>7</sup>

There are two additional collections in the ITS that warrant mentioning. The Central Names Index, which is the key to finding documents on individuals, and the Tracing and Documentation files, which hold information on inquiries made to the ITS. Finally, the institutional archive holds material on the history of the ITS and served as the basis for this study.

Spurred by German debates on the Berlin Memorial to the Murdered Jews of Europe in the late 1990s as well as diplomatic and public efforts to reopen the archive after three decades, the ITS has received significant media attention in the

---

5 *Ernst Posner*, Effects of Changes of Sovereignty on Archives, in: *The American Archivist* 5, July 1941, No. 3, p. 141–155; and *Linda Tashbook*, Releasing Captured Documents, Proceedings of the Annual Meeting (American Society of International Law) 1, March 24–27, 2010, p. 584–587.

6 United Kingdom National Archives (PRO), FO 371/101560, Scopes to Logan-Grey, February 1952; and Bundesarchiv Koblenz (BAK), B106/24446 (Microfilm (MF) 1), from Werner, West German Foreign Office, to Burckhardt, ITS, 30.5.1964.

7 ITS Archives, Bad Arolsen, Ablage Direktion B 5/2 an IKRK 0.1, Note 33/From Headquarters European Command, 26.9.1949. The ICRC confirmed in an internal document that they continued the same policy of withholding information from East Europeans. ITS Archives, Bad Arolsen, Gesamtinventar 2012, Ordner 114, an IKRK 1955, Noten 1-207 B5/2-1, from Borsinger to Gallopini et al. ICRC headquarters Geneva, Subject: Handling of Inquiries from EE Countries by ITS, 24.6.1945. See also, PA-AA, B85/455, undated Vermerk; PA-AA, B85/460, Aufzeichnung, 23.12.1960. Universal Declaration of Human Rights, URL: <[https://www.ohchr.org/sites/default/files/UDHR/Documents/UDHR\\_Translations/eng.pdf](https://www.ohchr.org/sites/default/files/UDHR/Documents/UDHR_Translations/eng.pdf)> [19.11.2023].

past 15 years.<sup>8</sup> Yet, scholarship is only slowly emerging about the organisation's history. Bernd Zimmer's chronicled the ITS's early operations and Jean Marc Dreyfus's published an essay that frames the organisation within the history of the Holocaust.<sup>9</sup> In addition, historian Dan Stone has written an exceptional monograph on the history of tracing that was published in 2021. Finally, I have a recent article, unpublished dissertation, and forthcoming monograph that examine the ITS within its 70-year historical context.<sup>10</sup> The extended inaccessibility provoked considerable speculation about what the ITS was and held. As a result, historical and popular perceptions usually situate the ITS only within the context of the Holocaust and Holocaust memory. But these incomplete snapshots obfuscate how the ITS developed historically and fail to explain the ITS's role in the post-World War II world. The ITS's operations in the 1970s show the continued role of archives in helping to maintain postwar order and controlling historical narratives about World War II and the Holocaust. This case also challenges theories West German attempts to mediate the Nazi past and reveals unexplored battlegrounds of the Cold War.

Drawing upon the »new international history«, this essay incorporates institutional and governmental files, media coverage of the ITS, and records from other organisations.<sup>11</sup> These sources reveal the triangular interdependence between countries, the ITS management, and individuals and how they mutually influenced and complicated one another, thereby highlighting what was at stake in the ITS.

---

8 James Young, *The Texture of Memory*, New Haven 1993, p. 27–49.

9 Bernd Joachim Zimmer, *International Tracing Service Arolsen. Von der Vermisstensuche zur Haftbescheinigung. Die Organisationsgeschichte eines »ungewollten Kindes« während der Besatzungszeit*, Bad Arolsen 2011; Jean Marc Dreyfus, *À Bad Arolsen dans la forêt des archives nazies, La Vie des Idées*, 2008, URL: <<https://laviedesidees.fr/A-Bad-Arolsen-dans-la-foret-des>> [19.11.2023].

10 Dan Stone, *Fate Unknown: Tracing the Missing after the Holocaust and World War II*, Oxford 2021; Jennifer L. Rodgers, *From the ›Archive of Horrors‹ to the ›Shop Window of Democracy‹. The International Tracing Service, 1942–2013* (unpublished dissertation, University of Pennsylvania, 2014); eadem, *The Archives of Humanity: The International Tracing Service, The Holocaust and Postwar Order* (in preparation); and eadem, *Archive of Horrors, Archive of Hope. The International Tracing Service in the Postwar Era*, in: *Jahrbuch des International Tracing Service* 2015, p. 17–34.

11 Akira Iriye, *Cultural Internationalism and World Order*, Baltimore 2000, p. 1–4; Jeremy Suri, *Conflict and Co-operation in the Cold War: New Directions in Contemporary Historical Research*, in: *Journal of Contemporary History* 46, 2011, p. 5–9.

The ITS abruptly began allowing researchers into its collections in the 1970s. Although the ITS's management previously considered historical research outside of its humanitarian mandate, staff no longer hindered access to the files. This supported scholars and, most importantly, East Europeans who access policies had previously excluded from the ITS's services. What factors prompted the ITS and its advisory bodies previously so opposed to access to alter their position?

Changes within the European political landscape during the late 1960s, notably the abrogation of the Hallstein Doctrine and *Ostpolitik*, sparked improved relations between West Germany and the East. This alleviated anxieties about the Soviets and their allies gaining access to information in the ITS's files in pursuit of their own political agendas.<sup>12</sup>

Developments at the ICRC in Geneva and the ITS headquarters in Bad Arolsen also played a role in the newfound openness. First, internal crises within the ICRC that arose as a result of its operations in Africa spilled over into the activities of its external missions, of which the ITS was one.<sup>13</sup> Second, longtime ITS director and ICRC employee Nicolas Burckhardt retired. His deputy, Albert de Cocatrix, took the helm and was the driving force behind the operational changes. De Cocatrix demonstrated the considerable authority each director had to shape the ITS's humanitarian mandate, something West German authorities acknowledged already in the late 1950s.<sup>14</sup> Yet, de Cocatrix's progressive interpretation of the ITS's access policies ultimately spurred questions among his colleagues in Geneva not only about the continued existence of the ITS, but also stoked fears that the ICRC's wartime narrative would be challenged.

---

12 Carole Fink/Bernd Schaefer (eds.), *Ostpolitik 1969–1974. European and Global Responses*, New York 2008, p. 1–14.

13 Marie-Luce Desgrandchamps, *The Biafra Aftermath: (Re)thinking the modern ICRC*. Paper presented at the conference »Non-State Humanitarianism: From Colonialism to Human Rights«, held at the Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam, Germany, 28–29 November 2013.

14 BAK, 106/90470, letter dated 2 July 1980; PA-AA, B 85/1552, letter from Red Cross President Haye to Foreign Minister Genscher, 10.7.1980; letter from Züger to Baum, 10.6.1980; letter from Baum to Züger, 9.6.1980; and letter from Meissner to Genscher, 2.6.1980.

### »Eine Einmalige Institution«

The ITS in 1970 only vaguely resembled the agency created by the Allies in 1943.<sup>15</sup> Strong politicisation of the ITS by the Western Allies in the immediate postwar gave way to relative apathy by the ICITS as their governments shifted focus to conflicts outside of Europe. Commission members nevertheless observed the ITS's 25<sup>th</sup> anniversary at their annual meeting and headquarters in Bad Arolsen. Correspondence between ICRC President Marcel Naville and West German Foreign Minister Walter Scheel on the occasion discussed the importance of the ITS as a »unique institution in the world«, which had been a cornerstone of Bonn's so-called *Vergangenheitspolitik* since the 1950s.<sup>16</sup> To understand Scheel's position and the significance of expanded access, it is important to understand how the ITS had hitherto operated.

The original mandate of the ITS evolved from repatriation and relief assistance to supplying information for American Cold War programmes and assisting West German *Wiedergutmachung*, in addition to clarifying the fates of individual victims of Nazism. After the administrative transfer to the ICRC under the Bonn Accords in 1955, the ITS's activities grew to aid legal proceedings against accused Nazi war criminals and collaborators. At the same time, the ITS publically proclaimed that it provided universal and neutral service to victims of Nazism. The ITS's invocation demonstrated the malleability of humanitarian principles, which were dictated overwhelmingly by political considerations. Yet, by 1970, »humanitarianism« had all but disappeared in the ITS's internal correspondence and external publications, further revealing the extent to which the ITS used humanitarian services toward its own ends and how far the ITS's arguably anachronistic operations had drifted from its original objective. Furthermore, it underscores the delicate balancing act of serving the victims of National Socialism and promoting political agendas. This is particularly evident when juxtaposed with the ITS's activities in Eastern Europe within the context of *Ostpolitik*.

The ITS's operation under an amended humanitarian mandate was evident, at the latest, by 1949 when the Western Allies and International Refugee Organization terminated all active adult tracing. There were, nonetheless, remaining tracing cas-

15 PA-AA, B 85/1386, Report from de Cocatrix to the Foreign Office, 26.5.1976.

16 PA-AA, B85/1029, Aufzeichnung, 6.7.1970.

es that lingered into the 1970s (and beyond) that required further processing. Yet, even through the 1960s, tracing inquiries arrived from the Soviet Union and Poland, in part to certify Nazi incarceration for state pension claims. The ITS annual report of 1970, however, mentioned 5,600 open tracing cases, mostly from the Soviet Union, which statistically represented only four percent of the total work.<sup>17</sup>

Although insignificant in terms of the agency's overall operations, the renewed need for tracing and not merely information is nonetheless important. It exposes the protracted aftermath of World War II, particularly in Eastern Europe, an area to which the ITS previously sent only select information, mostly cases of death.<sup>18</sup> These new inquiries contributed to the Central Names Index's exponential growth and a widespread reexamination by ITS staff of the case files. In addition to granting access for East European inquirers, the ITS continued its other primary task of providing information to the victims of Nazism and their families and to governments for legal and compensation cases, or for other purposes such as vetting immigrants for the President's Escapee Program.<sup>19</sup>

Yet, in the early 1970s the ITS also reopened earlier »negative« inquiries – cases for which staff found no documents, many of which originated from the Eastern Bloc.<sup>20</sup> The informational lacunae stemmed, in most cases, from sources on Nazi incarceration and extermination in the East that Nazi troops either destroyed during their retreat across Europe or the Red Army captured in its advance to Berlin. Moreover, the stifled exchange of ITS documents between the Soviets and Western Allies after the war directly impacted these cases. The ITS thus hoped that documents acquired during a flurry of collection, especially in Eastern Europe, between the mid-1960s and late 1970s would shed light on unclarified cases. Among them were a man named Max Neumann's requests.<sup>21</sup>

---

17 PA-AA, B 85/1386, International Commission annual meeting minutes, 23.4.1974.

18 It is increasingly clear that the ICRC, through back channels with its national mission in Moscow, was able to furnish some information for select cases. The circumstances of these cases are not clear and warrant further examination.

19 See ITS, Bad Arolsen, Ablage Direktion B 0/2 Allgemein 0.21/letter from Albert de Cocatrix to Escapee Program Division, United States Embassy, Bonn, 15.4.1970.

20 There is no indication in any of the sources about why the ITS reopened old cases.

21 Max Neumann is a pseudonym used to protect the identity of the inquirer and his family. ITS, United States Holocaust Memorial Museum (USHMM), Tracing and Documents Files, Case File of Julia Neumann.

In the two decades since his first inquiry, Max Neumann had corresponded extensively with the ITS about his missing family members. He wrote the agency not only regarding compensation claims and the certification of their deaths in the 1950s, but also to determine if its archival accessions could provide any further information.<sup>22</sup> In 1970, he submitted another inquiry to the ITS regarding family members and friends.<sup>23</sup>

The inquiry fell under the agency's new policy of revisiting cases as informational borders between the Soviet Union, its allies, and the Western governments relaxed. In January 1971, Neumann received the answer to his October 1970 query. Four months was a standard response time, though as operations expanded, the waiting period became increasingly protracted.<sup>24</sup> The situation created significant tension internally but also between the ITS and individuals who urgently wanted and needed information from the archive. Nonetheless, considerable efforts by the ITS to collect additional archival materials for cases proved fruitful.

After two decades of receiving limited, at times erroneous, information from the ITS, Max Neumann finally had concrete answers on the fate of his family members and a school friend. According to the ITS's response, with one exception, each person was »evacuated« to Auschwitz in separate transports by the Gestapo.<sup>25</sup> It further stated that no additional information was found, though the description of the documents implicitly inferred that the victims were deported to their deaths. The response concretely confirmed the information Neumann and his surviving family members discovered in their own investigations through other sources.<sup>26</sup>

The willingness to provide Max Neumann information on his friends is also important, especially as discussions of the so-called *Gläserner Mensch*, a metaphor for individual data privacy, and human rights coalesced in the 1970s.<sup>27</sup> The ITS

---

22 Ibid.

23 Ibid.

24 See PA-AA, B85/1386, International Commission Annual Meeting Report, May 1977; and B85/1551, International Commission Annual Meeting Report, 8.5.1978.

25 ITS, United States Holocaust Memorial Museum (USHMM), Tracing and Documents Files, Case File of Julia Neumann.

26 Ibid.

27 There is a notable lacuna in scholarly literature on the international and comparative aspects of the rise data privacy debates and legislation in and after the 1970s. See Samuel D. Warren/Louis D. Brandeis, The Right to Privacy, in: Harvard Law Review 4, December 1890, No. 5, p. 193–220.

long denied providing information to third parties without the approval of the requested individual. Yet, the ITS's response clearly affirmed that the Gestapo deported Max's friend to Auschwitz and stands in direct contrast with a similar request by Mel Mermelstein of Los Angeles a decade later, whose request for information on the fate of his fellow victims in Auschwitz was denied.<sup>28</sup> Neumann's case hints at the authority ITS directors had to interpret the humanitarian mandate. Moreover, it shows the ways in which de Cocatrix relaxed regulations and expanded the ITS's operations, which fostered hope in victims and scholars for more accessibility.

Neumann's request would also not have been possible without *Ostpolitik*, which helped rehabilitate and normalise relations between the Federal Republic of Germany with Eastern Europe. It also benefitted the ITS, which accessioned millions of pages of Nazi era documents from archives in these countries. The majority of documents in the ITS concerned victims of Nazism from Eastern Europe and the Soviet Union. It was thus a logical step for West German officials to promote its new foreign policy in the East by drawing upon the ITS's resources, including lump sum reparations payments to Poland, Czechoslovakia and Hungary.<sup>29</sup> Notably, the Federal Republic continued to reject individual payment schemes in these countries.<sup>30</sup> Nevertheless, *Ostpolitik* positively impacted the compensation cases the ITS reviewed.

---

Menzi L. Behrnd-Klodt offers an archivist's perspective on privacy. *Menzi L. Behrnd-Klodt, Privacy and Confidentiality Perspectives. Archivists and Archival Records*, Royersford 2009. On the rise of human rights in the 1970s, see *Samuel Moyn, The Last Utopia: Human Rights in History*, Cambridge 2010, p. 1–4.

28 ITS, United States Holocaust Memorial Museum (USHMM), Tracing and Documents Files, Case File of Julia Neumann. PA-AA, B 85/1552, letter from the German Consulate General in Los Angeles to the German Foreign Office, 3.1.1980.

29 In the late 2000's a general figure suggested at the United States Holocaust Memorial Museum, where the author was working at the time on the USHMM's ITS projects, was 75 percent of the documents were about East Europeans. PA-AA, AV Neues Amt, 9986: report dated 4 December 1967. See also *Ulrich Herbert, Nicht entschädigungsfähig? Die Wiedergutmachungsansprüche der Ausländer*, in: *Ludolf Herbst/Constantin Goschler* (eds.), *Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland*, p. 273–302, here: p. 277; *Constantin Goschler, Die Bundesrepublik und die Entschädigung von Ausländern seit 1966*, in: *Hans Günter Hockerts/Claudia Moisel/Tobias Winstel* (eds.), *Grenzen der Wiedergutmachung. Die Entschädigung für NS-Verfolgte in West- und Osteuropa 1945–2000*, Göttingen 2006, p. 94–146.

30 See *Hans Günter Hockerts, Die Entschädigung für NS-Verfolgte in West- und Osteuropa. Eine einführende Skizze*, in: *Hockerts/Moisel/Winstel, Grenzen der Wiedergutmachung*, p. 7–58, here:

The ITS began answering inquiries from the Soviet Union and its allies in 1970. Most cases were from Poland, the Soviet Union, and Czechoslovakia and requested documents to certify incarceration by Nazi Germany for their respective national pension programmes.<sup>31</sup> As a result of the ITS's work, West Germany extended the *Bundesentschädigungsgesetz* for a limited time. This allowed individual victims of Nazism and the Holocaust previously unable to prove their incarceration sites to reapply for compensation and have their cases certified by the ITS, including using the newly accessioned material from Eastern European archives that was once beyond the organisation's reach.<sup>32</sup> Notably, this amendment to West German compensation laws even informed the Federal Republic's decision to reject overtures by the ICRC to terminate the ITS as of 1979, reinforcing German officials' commitment to providing what they considered moral and fiscal *Wiedergutmachung*.<sup>33</sup>

Certifying compensation cases, answering inquiries, clarifying fates, and collecting documents fell within the scope of the ITS's legally mandated operations. Indeed, humanitarian services continued under director Albert de Cocatrix, but he also expanded their scope far beyond these established parameters. New programmes included supporting criminal litigation, facilitating historical research, and participating in academic conferences. Yet, while these developments technically remained within the broadly defined humanitarian framework of the mandate, the additional work nonetheless taxed the ITS's operational infrastructure. Work at the ITS only further intensified as historians began using the archives for their research.

Growing awareness of the Holocaust in the 1970s led to interest in the ITS and what types of documents were tucked within its archive. This development fur-

---

p. 41; also Krzysztof Ruchniewicz, *Deutschland und das Problem der Nachkriegsentschädigungen für Polen*, p. 667–739; Kristián Ungváry, *Ungarn und die deutsche Wiedergutmachung*, p. 740–775; and Tomáš Jelínek/Jaroslav Kučera, *Ohnmächtige Zaungäste. Die Entschädigung von tschechoslowakischen NS-Verfolgten*, p. 776–836, all in: *Hockerts/Moisel/Winstel*, *Grenzen der Wiedergutmachung*.

31 PA-AA, B85/1386, International Commission Annual Meeting Report, May 1977; and B85/1551, letter from Jestaedt, West German Permanent Representative to International Organization, to Interior Ministry and Foreign Office, 8.5.1978.

32 PA-AA, B85/1552, letter from the Foreign Office to all diplomatic and consular offices, 7.2.1978.

33 PA-AA, B 85/1551, letter from Jestaedt, permanent representative to international organisations in Geneva, to the Foreign Office, 8.5.1978.

ther complicated the relationship between the anachronistic mandate and contemporary cultural and political realities. The desire to permit historical research, however, stemmed overwhelmingly from Albert de Cocatrix's initiatives, and remained a peculiarity of his tenure until 2007. Moreover, de Cocatrix's actions underscored earlier West German reports about the absolute ability of the director to decide on its operations, which caused tension between the International Commission and ICRC over the ITS's purpose.

The ICRC named Albert de Cocatrix ITS deputy director in 1955, and director in 1970 following the retirement of Nicolas Burkhardt. The course de Cocatrix steered diverged considerably from Burkhardt's and pushed the ITS to its operational limits. De Cocatrix's decision to grant access to the archives was likely motivated by easing Cold War tensions. More significantly, however, his service as ICRC representative in wartime Berlin also informed his pursuit of ensuring access. His reports on visits to, among others camps, Ravensbrück, demonstrate de Cocatrix's knowledge of Nazi crimes.<sup>34</sup> In fact, his position parallels that of former director Hugh Elbot, whose own persecution at the hands of the Nazis convinced him of the necessity for open access to the ITS's archive in the early 1950s.<sup>35</sup> De Cocatrix shared Elbot's views, but his ability to accord access to historians and participate in conferences proved much more successful.<sup>36</sup> It also eventually threatened the agency's existence.

The expanded use of the ITS's documents for compensation to Eastern Europe and the Soviet Union as well as historical research at this time mirrored not only geopolitical developments, but also social and cultural changes beginning in the 1970s. While the ITS and its management did not recode the meaning of the documents in the same ways it had beginning in the 1940s, shifts in operations towards research and welcoming inquiries from Eastern Europe were nonetheless significant. Correspondence from the ICRC, West Germany, and even the International Commission reveal that they were aware of the new activities. In fact,

---

34 USHMM, RG 19.044M, File G44/13-19.02, Report of visit to Ravensbrück by A. de Cocatrix, April 1945; and File G44/13-20.01, Report by W. Pfister, delegate of ICRC, on the evacuation of Oranienburg-Sachsenhausen camp.

35 Interview with Charles Elbot, May 2011.

36 PA-AA, B 85/1386, Report on Annual Meeting of the International Commission, May 1977.

letters between the ITS and the West German Foreign Office show support for expanded access to the archive.<sup>37</sup>

How and when did the ICITS rescind its prohibitive access policies? Significantly, there is no evidence of an explicit date or official amendment to the protocol or the mandate. However, there are clear indications that the ITS granted expanded access to the collections by 1970, which further corresponds with the lack of resolution concerning ownership of the archive's documents.<sup>38</sup> The ITS's 25<sup>th</sup> anniversary celebrations in 1970 also noted that the archive would remain accessible for research.<sup>39</sup> Beyond Hillel's work, influential studies by Wolfgang Jacobmeyer on forced labour and Rüdiger Lautmann on the persecution of gay men further revealed the importance of the archive for historical examination, the long shadow of Nazi era, and the continued relevance of the ITS.<sup>40</sup>

The ITS was an anomaly compared to humanitarian organisations with origins in postwar relief. There are some parallels in how the ITS repurposed its archive with the evolving mandates of other organisations such as the United Nations High Commissioner for Refugees, which began its life as the successor organisation to the International Refugee Organization. Yet, in contrast, the ITS never legally amended its directives to reflect geopolitical or operational realities, including converting its archives into a research centre, a solution discussed beginning in 1952. Neither the ICITS nor the ICRC suggested any substantive changes, even though both acknowledged the general importance of the archive, further highlighting the interconnectedness of the ITS's humanitarian services with broader political calculations. This became evident in growing trepidation over increased use of the archives, especially to scholars. Exhibiting earlier concerns, some IC-

37 PA-AA, B 85/1551, 1979 Annual Report of the ITS; letter from Foreign Office to Züger, 31.5.1979; B 85/1552, letter to Heide-Bloch, Foreign Office, 2.2.1980; and B 85/1029, letter from the Foreign Office to de Cocatrix, 8.11.1971. See also: B 85/1386, Report of the Annual Meeting of the International Commission, May 1977.

38 Memorial de la Shoah, CRIF documents, ITS Annual Report 1970.

39 Ibid.

40 *Wolfgang Jacobmeyer*, *Vom Zwangsarbeiter zum heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945–1951*, Göttingen 1985; *Rüdiger Lautmann/Winfried Grikschat/Egbert Schmidt*, *Der rosa Winkel in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern*, in: *Rüdiger Lautmann* (ed.), *Seminar: Gesellschaft und Homosexualität*, Frankfurt am Main 1977, p. 325–365. Also see Lautmann's comments to the forum of German memorial sites, in: *GedenkstättenRundbrief* 81 (1998), p. 37–41.

ITS representatives felt that greater access translated into possible politicisation of the ITS. However, it also potentially exposed narratives that ran counter to established social and collective memories and spurned a total reversal of the progress de Cocatrix forged.<sup>41</sup>

### »Humanity's Ancestral Inheritance«

The comparatively harmonious opening of the archives continued roughly until the ITS's next milestone: 25 years of ICRC administration in 1980. Yet, the atmosphere at the celebration was decidedly different from 1970. First, Albert de Cocatrix had been forced out of his position as director, likely a response to the growing operational issues within the ITS, but also to his open access policies. Indeed, the abandonment of détente by new conservative governments in the United States, United Kingdom and France was mirrored by a similar shift in the ITS management and operations. New director Philipp Züger's doctrinal interpretation of the humanitarian mandate gradually quelled any optimism de Cocatrix's »archives of hope« had spawned. Instead, Züger embraced insulating »humanity's ancestral inheritance«, as Belgian officials called the ITS, from any activity that he personally, and not the ICITS, deemed non-humanitarian.<sup>42</sup>

One would reasonably expect that the Second Cold War precipitated the ICITS to demand that the ITS reintroduce access and information control policies with the Eastern Bloc. Curiously, however, there is neither discussion about it, nor any visible effect on the more relaxed information availability initiated by de Cocatrix. In fact, the ITS's complaints about the unwillingness of the Soviet Union and Czechoslovakia to supply documents in spite of their continued use of the archive indicate that the lines of communication between the director and Eastern European officials remained open.<sup>43</sup> In addition, the ICRC and West Germany planned

41 For more on memory in Europe, see *Henry Rousso*, *The Vichy Syndrome. History and Memory in France since 1944*, Cambridge 1994; *Richard Ned Lebow/Wulf Kansteiner/Claudio Fogu* (eds.), *The Politics of Memory in Postwar Europe*, Durham 2006; and *Pieter Lagrou*, *The Legacy of Nazi Occupation. Patriotic Memory and National Recovery in Western Europe, 1945–1965*, Cambridge 2000. Also, *Wulf Kansteiner*, *In Pursuit of German Memory. History, Television, and Politics after Auschwitz*, Athens 2006, p. 214–247.

42 PA-AA, B 85/1552, letter to Heide-Bloch, Foreign Office, 2.4.1980.

43 PA-AA, B 85/1552, Vermerk on the annual meeting of the International Commission, 28.2.1980.

to extend the ITS another 10 to 15 years in order to process pension claims cases from the East, which further contradicts any return to restricting requests from East Europeans. Moreover, it also reveals the complicated issues related to data privacy. More importantly, however, what de Cocatrix's removal revealed was the fraught relationship the ICRC had to its wartime past and how access to the ITS's archives could be used to control historical narratives.<sup>44</sup>

The ICRC's position on the ITS is best characterised as complicated. The organisation tried to maintain the illusion of its neutrality and humanitarianism within the ITS while clearly defying these principles behind the scenes. By the 1970s, the ICRC's complex position on the ITS became increasingly exposed, yet the organisation nevertheless agreed to indefinitely administer the ITS. Why?

The answers lay in part in internal crises at headquarters in Geneva. Allegations that the organisation had taken sides in the Cold War and was unable to effectively manage humanitarian crises contributed to the ICRC's predicament, and thereby affected administration of the ITS. The ICRC wanted to maintain its appearance as neutral, universal, and humanitarian, and the increasingly acute operational crises at the ITS certainly influenced their position. In fact, later accusations by the ICITS and the general public of malfeasance with the ITS by the ICRC look different when considered alongside internal developments during the 1970s.

First, greater access invariably aroused concern at the ICRC. As the largest centralised repository on the individual victims of Nazi crimes, the ITS files contained information that could not only aid these victims, but also inculcate those with a story to hide. The ICRC likely feared that use of the ITS's files would cast further doubt on its governing principles and expose it to further public criticism. It also offers a partial explanation for the ambiguous removal of de Cocatrix and decision to pursue only »humanitarian« activities.

The decision to focus strictly on aid-related operations was also arguably a fractious response to West Germany's condition that it would finance only mandated operations. However, the ICRC's orthodox (re)-interpretation of mandate governed under the Bonn Accords is peculiar when juxtaposed with the progressive-

---

44 PA-AA, B 85/1551, Vermerk from Heide-Bloch, 24.8.1978.

ly expanding parameters of humanitarian tracing. Not only the ICITS and West Germany, but also the ICRC, endorsed these redefinitions and therefore, the repurposing of the ITS's archive and mandate. By framing its concerns under the aegis of humanitarianism, the ICRC radically reversed the course of the ITS set during the 1970s, in spite of its acknowledgement of the importance of access to the archive, especially for previously underserved victims in the Eastern Bloc.<sup>45</sup>

The »humanitarian« regression manifested itself in several ways. In the aggregate, it effectively shut down the ITS and derailed West Germany's foreign policy aims with the ITS, a reality that became increasingly evident in the 1980s. First, the response time for cases increased again, in part because ITS personnel continued their review earlier inquiries.<sup>46</sup> This had a particularly negative impact on the growing number of pension related requests from Eastern Europe and added to a backlog of cases that grew exponentially in the following two decades.

Second, although the ITS's directors had exercised considerable authority over the agency and its interpretations of humanitarianism, this power surged under Philipp Züger and his successor Charles-Claude Biedermann. They discontinued access for research and historical inquiries and stifled even governmental requests. Commission members assured Züger that the agency's primary task was answering personal inquiries. Yet, even these personal inquiries, from East Europeans and other individuals alike, often went unanswered because of purported data privacy considerations. Even within the context of global data privacy laws, Züger's resolution was surprising and revealed a further instrumentalisation of the ITS's humanitarian principles. As a result, from the early 1980s until late 2007, (West) German fears were effectively realised. The ITS during these decades became what one journalist dubbed the »Bermuda triangle of the archival world«, which left the victims it was supposed to aid in *de facto* oblivion.<sup>47</sup>

Fundamentally, the ITS is a story of an archive and its uses, particularly in pursuit of political agendas. Yet, when juxtaposed with similar document collections such as the Berlin Document Center or the German Foreign Office Archives, the ITS represents an archival anomaly. In fact, the ITS archives exhibit many features

45 PA-AA, B 85/1552, letter to Heide-Bloch, Foreign Office, 2.4.1980.

46 PA-AA, B 85/1551, ITS Annual Report 1979.

47 Anna Funder, *Secret History*, in: *The Guardian*, 16.6.2007.

seen in colonial archives, including the continual recoding of documents, and malleable conceptions of access.<sup>48</sup> Not only are the files of diverse provenance, but they remained a contested site long after World War II ended. The conflicts over who controlled the ITS archives and, moreover, had access to the files, were a result of their actual and symbolic value for aiding and memorialising the individual victims of Nazism, but also for the perceived political advantages the documents might offer.

The ITS archives aided the reconstruction of western Europe's families and society, while also supporting relief projects, both of which fell under traditional conceptions of humanitarianism as aid. Yet, as non-state humanitarianism gave way to state-sponsored relief, the institution and its documents also helped reinforce Cold War borders, often to the detriment of millions of East European victims of the World War II. By extension, the archives were important to the fate of Germany and, in particular, the Federal Republic during the postwar era.

The ways in which American, West German and even ICRC officials framed ITS programmes as humanitarian shine a light on the changing face of humanitarianism in the post-World War II era as well as the importance of archives to broader political projects.

The International Tracing Service is an excellent lens through which to investigate evolving interpretations of humanitarianism and information access in the post-World War II world. The ITS's policies showed the political expediency of reframing humanitarianism to include the certification of indemnification cases for Nazi victims and their families which might well be considered humane in the sense of trying to compensate for some of the material losses brought by persecution, and, on the other hand, pursuing justice and accountability by supplying information for the prosecution of alleged perpetrators of Nazi crimes.

---

48 *Astrid M. Eckert*, *Kampf um die Akten. Die Westalliierten und die Rückgabe von deutschem Archivgut nach dem Zweiten Weltkrieg*, Munich 2004; *Heinz Fehlauer*, NS Unterlagen aus dem BDC und die Debatte um ehemalige NSDAP-Mitglieder, in: *Historische Sozialforschung* 35, 2010, No. 3, p. 25–30; *Dieter Krüger*, Archiv im Spannungsfeld von Politik, Wissenschaft und öffentlicher Meinung. Geschichte und Überlieferungsprofil des ehemaligen »BDC«, in: *VfZ* 45, 1997, No. 1, p. 49–74. On the repurposing of colonial archives, see *Ann Laura Stoler*, *Along the Archival Grain: Epistemic Anxieties and Colonial Common Sense*, Princeton 2008, p. 17–55.

However, the extension of the parameters of humanitarianism, and thus the archive's uses, was a double-edged sword. While they could be stretched to legitimate political agendas, so too could they be contracted to exclude any party deemed at any particular juncture unsavoury, particularly when combined with data privacy legislation. The exclusion of East European victims of the Nazis and their collaborators from the basic human right of access to their or their relatives' personal information until the 1970s and the effective closure of the ITS from the early 1980s to 2008 are examples of the ever-changing uses and abuses of humanitarianism and data privacy in the postwar era, especially as instruments of power by states and non-governmental organisations alike. But it also shows the long legacy of World War II, from Cold War tensions to even the development of an international collective memory of the Holocaust and the ways in which not only archives, but also humanitarianism, affected them.



## Zu den Autorinnen und Autoren

---

### Volker Berghahn



Geboren 1938; Studium der Geschichte, Politik und Rechtswissenschaft an den Universitäten Göttingen und North Carolina at Chapel Hill; 1964 PhD an der Universität London; 1970 Habilitation an der Universität Mannheim; 1969–1975 Lecturer, dann Reader an der University of East Anglia; 1975–1988 Professor an der University of Warwick; Übersied-

lung zur Brown University, Providence, RI, in den USA, dort dann John P. Birkenlund Professor of History bis 1998, hernach Seth Low Professor of History an der Columbia University, New York.

### Rainer Hering



Geboren 1961; Studium der Geschichte, Evangelischen Theologie und Erziehungswissenschaft an der Universität Hamburg; 1989 Promotion zum Dr. phil.; 2011 Promotion zum Dr. theol.; 2002 Habilitation für Neuere Geschichte, 2009 Erweiterung der Lehrbefugnis um das Fach Archivwissenschaft, lehrt seit 1992 am Historischen Seminar der Universität Hamburg, seit 2007 als Professor; seit 2010 Lehrbeauftragter für Neuere Geschichte und Archivwissenschaft an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel; 2015 Ernennung zum Honorarprofessor; 1987–2006 am Staatsarchiv

Hamburg tätig, seit 2006 Leiter des Landesarchivs Schleswig-Holstein und Vorsitzender des Archives Committees der German Studies Association.

## Jennifer L. Rodgers



Geboren 1976; Studium der Geschichte und Germanistik an der American University (Washington, DC); 2014 Promotion (PhD) in Geschichte an der University of Pennsylvania; 2013–2014 Fellow am Berlin Program for Advanced German and European Studies an der Freien Universität; 2015 Visiting Fellow am Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF); 2015–2017 President's Postdoctoral Fellow an der University of South Florida in Tampa; 2017–2018 Lecturer an der University of Pennsylvania; seit 2019 Research Assistant Professor of History und Associate Editor am Einstein Papers Project am California Institute of Technology (Caltech) in Pasadena.

## Małgorzata Świder



Geboren 1964; Studium der Geschichte, Pädagogik und Ostmitteleuropäische Geschichte an der Universität in Opole, Universität zu Köln und Universität Dortmund; 2001 Promotion zur Dr. phil. an der Universität Dortmund; 2015 Habilitation; 2001–2016 Lehrauftrag an der Universität Opole; 2016–2019 Professorin für Zeitgeschichte ebendort (Extraordinaria); 2019–2023 Professorin an der Universität der Nationalen Bildung in Kraków (Extraordinaria); seit 2024 ordentliche Professorin für Geisteswissenschaften im Fachbereich Geschichte ebendort; Chefredakteurin der historischen Zeitschrift »Res Gestae«.

## Meik Woyke



Geboren 1972; Studium der Geschichte, Germanistik und Erziehungswissenschaft an der Universität Hamburg; 2004 Promotion zum Dr. phil.; 2005–2007 PostDoc an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg; 2007–2012 wissenschaftlicher Mitarbeiter und 2012–2019 Referatsleiter »Public History« im Historischen Forschungszentrum/Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung; 2009–2016 Chefredakteur, seitdem Mitherausgeber der geschichtswissenschaftlichen Fachzeitschrift »Archiv für Sozialgeschichte«; 2006–2019 regelmäßig Lehraufträge an den Universitäten Hamburg, zu Köln und Bonn; seit 2019 Vorstandsvorsitzender und Geschäftsführer der Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung.

führer der Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung.



## Beiträge aus dem Archiv der sozialen Demokratie

**Marc Buggeln:** Ohne Steuern keine Demokratie? Vergangenheit und Zukunft eines engen Verhältnisses (Beiträge aus dem Archiv der sozialen Demokratie, Heft 22), Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2023 | <http://library.fes.de/pdf-files/adsd/21060.pdf>

**Peter Beule (Hrsg.):** Krisenwahrnehmung und Krisenhandeln im 20. Jahrhundert (Beiträge aus dem Archiv der sozialen Demokratie, Heft 21), Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2023 | <http://library.fes.de/pdf-files/adsd/20726.pdf>

**Stefan Müller (Hrsg.):** Konservativer und gewerkschaftlicher Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Neue Forschungen zu Carl F. Goerdeler und Wilhelm Leuschner (Beiträge aus dem Archiv der sozialen Demokratie, Heft 20), Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie 2023 | <http://library.fes.de/pdf-files/adsd/20572.pdf>

**Michael Schwartz:** Wenzel Jaksch (1896–1966). Biografische Schlaglichter auf einen Sozialdemokraten aus Mitteleuropa (Beiträge aus dem Archiv der sozialen Demokratie, Heft 19), Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2023 | <http://library.fes.de/pdf-files/adsd/20257.pdf>

**Jacob Hirsch (Hrsg.):** Jüdische Menschen in der Arbeiterbewegung. Porträts – Debatten – Motive (Beiträge aus dem Archiv der sozialen Demokratie, Heft 18), Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2023 | <http://library.fes.de/pdf-files/adsd/20398.pdf>

**Annabel Walz/Andreas Marquet (Hrsg.):** Sicher sichern? Social Media-Archivierung aus rechtlicher Perspektive im Archiv der sozialen Demokratie (Beiträge aus dem Archiv der sozialen Demokratie, Heft 17), Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2022 | <http://library.fes.de/pdf-files/adsd/19590.pdf>

**Peter Beule/Stefan Müller (Hrsg.):** Kohäsionskräfte in der deutschen Sozialdemokratie vor 1914 (Beiträge aus dem Archiv der sozialen Demokratie, Heft 16), Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2022 | <http://library.fes.de/pdf-files/adsd/19674.pdf>

**Anja Kruke/Ann Kathrine Maier (Hrsg.):** Das Archiv der sozialen Demokratie in 50 Objekten, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2022.

**Peter Beule (Hrsg.):** Demokratie erlebbar machen – aber wie? Die Frankfurter Paulskirche und das »Haus der Demokratie« als Herausforderung und Chance (Beiträge aus dem Archiv der sozialen Demokratie, Heft 14), Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2022 | <http://library.fes.de/pdf-files/adsd/18943.pdf>

**Michael Schneider:** Der Generalstreik gegen den Kapp-Lüttwitz-Putsch im März 1920, Bonn: Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung 2021 | <http://library.fes.de/pdf-files/adsd/17568.pdf>

**Peter Beule (Hrsg.):** Gutes Klima – gute Gesellschaft! Die ökologische Frage in der Sozialen Demokratie (geschichte.macht.zukunft), Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2020 | <http://library.fes.de/pdf-files/historiker/17202.pdf>

**Peter Beule (Hrsg.):** Smart work!?! Mitbestimmung im digitalen Zeitalter (geschichte.macht.zukunft), Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2020 | <http://library.fes.de/pdf-files/historiker/16466.pdf>

**Nora Thorade:** Vernetzte Produktion. Computer Integrated Manufacturing (CIM) als Vorgeschichte von Industrie 4.0, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2020 | <http://library.fes.de/pdf-files/adsd/17116.pdf>

**Stefan Müller:** Die Spanische Grippe. Wahrnehmung und Deutung einer Jahrhundertpandemie im Spiegel der sozialdemokratischen Presse (Beiträge aus dem Archiv der sozialen Demokratie, Heft 12), Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2020 | <http://library.fes.de/pdf-files/adsd/17115.pdf>

Gedruckte Exemplare können Sie, soweit vorrätig, kostenlos bei uns bestellen:

Friedrich-Ebert-Stiftung  
Archiv der sozialen Demokratie  
Godesberger Allee 149  
52175 Bonn  
Tel.: +49 228 883 8026  
E-Mail: [public.history@fes.de](mailto:public.history@fes.de)



BEITRÄGE AUS DEM ARCHIV  
DER SOZIALEN DEMOKRATIE  
HEFT 23

Friedrich-Ebert-Stiftung  
Archiv der sozialen Demokratie

ISBN 978-3-98628-530-2  
ISSN 1431-6080